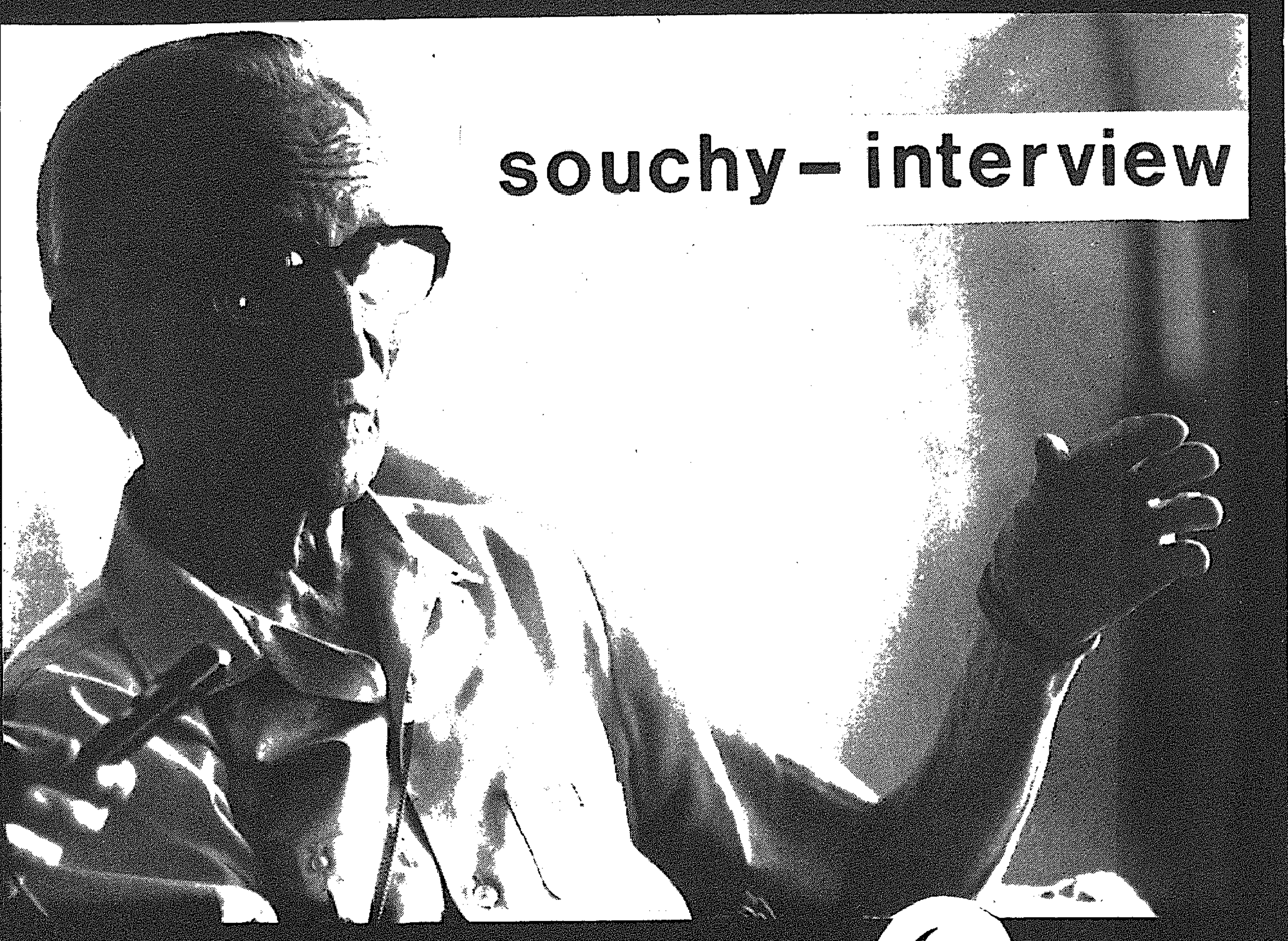
NR.8, 3/82 4.-DM

schwarzer FADEN

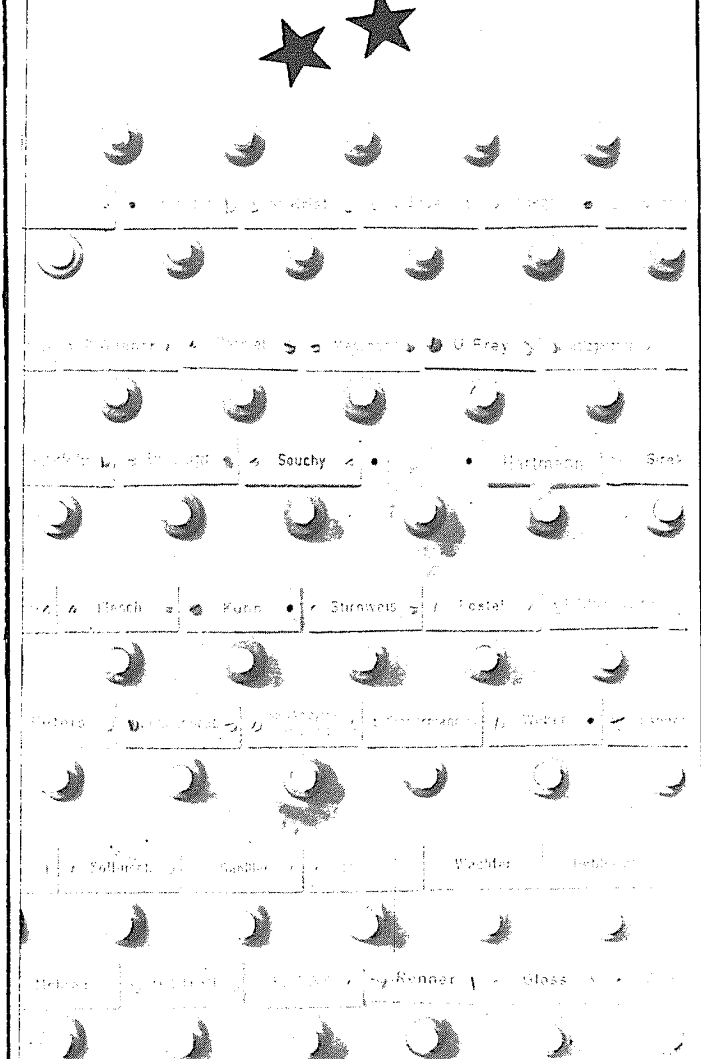
ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



Castoriadis: Militär in der UDSSR
Anarchist und Grüner ?
Soziale Verteidigung
Organisierungsdiskussion
Chomsky's Anarchismus

EDITORIAL

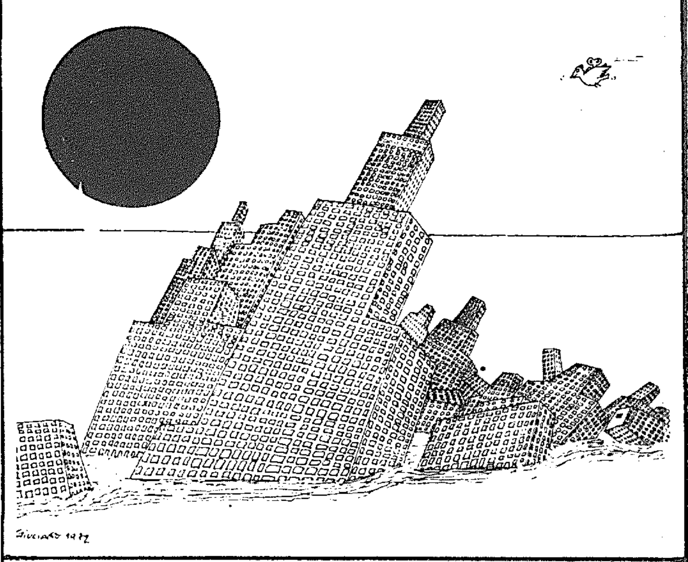
Es spinnt sich ein SCHWARZER Faden durch die Geschichte der Menschheit: die Geschichte der kompromißlosen Kämpfe um und für die Freiheit. Wo dieser Faden heute "ist", wo an ihm anzuknüpfen, wie er weiterzuspinnen ist, um das herauszufinden, machen wir seit Mai 1980 diese Zeitschrift. Wir halten es für notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Unterdrückung, wie der (bisher meist erfolglosen) Befreiungskämpfe kritisch aufzuarbeiten – wir sind der Auffassung, daß diese Aufarbeitung zu unterlassen bedeutet, sich der Geschichtslosigkeit preiszugeben und sich von den wichtigsten Erfahrungen abzuschneiden; denn ohne bewußt aufgearbeitete Erfahrung kann es nur eine fortschrittliche Praxis geben, die fortwährend am Nullpunkt beginnt. In der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen und Bewegungen versuchen wir brauchbare Ansätze unter antistaatlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten, auf die von aktiven Lesern – kritisch – eingegangen werden kann und soll.



HAMBACHER FEST
"BÜRGERKRIEG"
SPANISCHER DOKUMENTARFILM
1936-39
SOZIALE VERTEIDIGUNG
TÄGLICHE ZENSUR
PETER SCHULT -FREIE LIEBE?
GEFANGENINITIATIVE
SAMEN - ALTA-STAUDAMM
ANARCHISTISCHE ORGANISATION
- DISKUSSION -

ALTE NUMMER

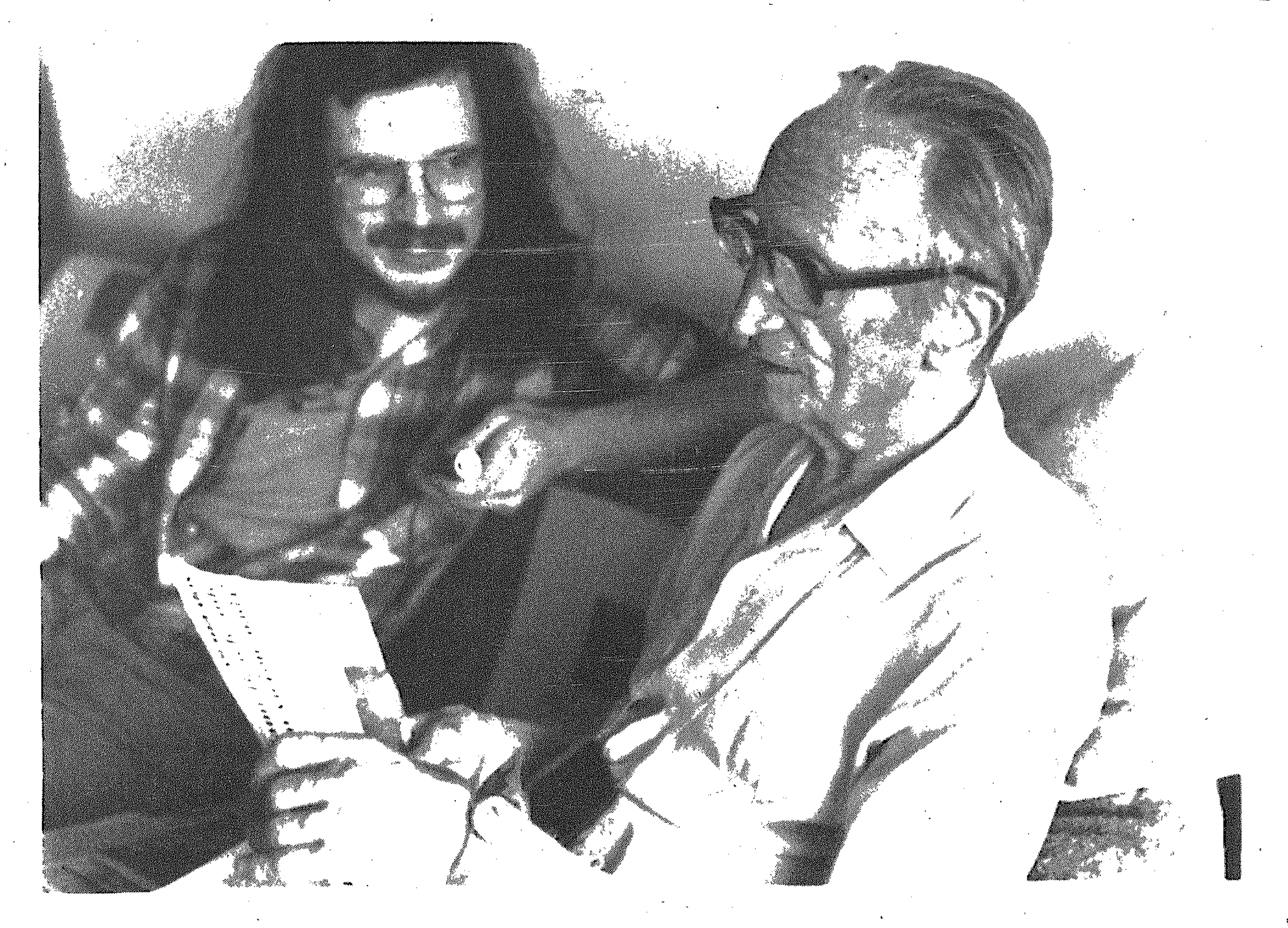
Inhalt & IMPRESSUM



IMPRESSUM:
Herausgeber: Wolfgang Haug, Reutlingen; V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder presserechtlich Verantwortlichen wieder. Auflage: 1500 Exemplare; Satz: LetraSatz, Horst Stowasser, Wetzlar; Druck: Winddruck-Kollektiv, Anzhausen; Weiterverarbeitung: Anares-Gruppe, Köln; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Konto: Friederike Kamann – Postscheckkonto Stuttgart – Nr. 57463–703; Redaktionsanschrift: Schwarzer Faden, Obere Weibermarktstraße 3, 7410 Reutlingen; Tel. 07121/ 37 04 94

ISSN: 0722–8988; Nachdrucke gegen Quellenangabe und Belegexemplar ausdrücklich erwünscht!

Interview mit A. Souchy



Anläßlich seines bevorstehenden 90sten Geburtstages am 28. 8. 82 besuchten SF-Redaktionsmitglieder Augustin Souchy in seiner Münchener Wohnung. Das Interview vom 17. 7. 82 führten Friederike Kamann und Wolfgang Haug, die Photos machte Bernhard Weiss. SF-Leser, die über die nachfolgenden Interviewfragen hinausgehend Interesse haben, seien darauf verwiesen, daß das ZDF für den Abend des 27. 8. Ein Interview mit Augustin Souchy plant.

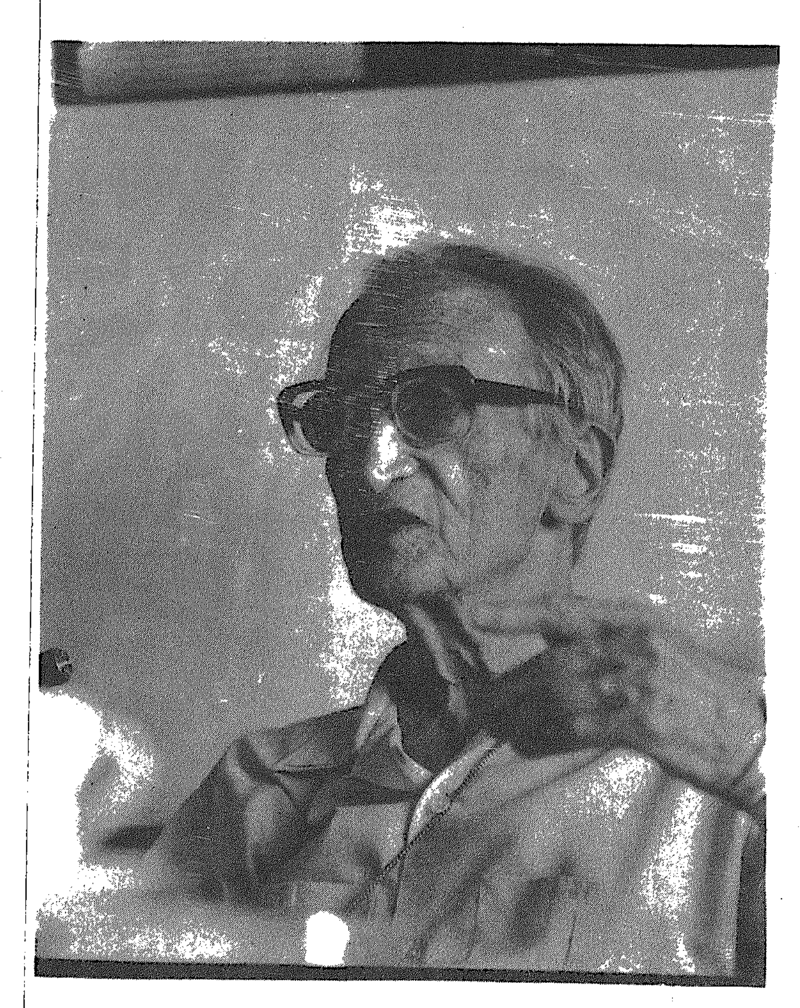
SF: Du hast in aller Welt anarchistische oder anarchosyndikalistische Bewegungen beobachtet und mitbeeinflußt. Obwohl es auch heute wieder Anarchisten in der BRD gibt, so tun sie sich doch überaus schwer als politische Kraft ernstgenommen zu werden. Fühlst du dich deshalb als Fossil oder siehst du Bezugspunkte für dich?

A. S.: Das ist eine schwierige Frage, weil heute tatsächlich die anarchistische Bewegung in allen Ländern kleiner ist als früher. In Argentinien hatten die Anarchisten beispielsweise 20 Jahre lang eine Tageszeitung, La Protesta; die wurde bereits früher unterdrückt, aber jetzt kommt sie überhaupt nicht mehr heraus, weil in Argentinien alles verboten ist. In Spanien kommen zwar Zeitungen heraus, aber die FAI als solche ist in Spanien nicht mehr organisiert, weil die Militanten fast alle im Ausland geblieben sind. In Mexiko geben die Spanier eine Zeitung heraus, aber auch von geringem Einfluß, und in Nordamerika gab es früher die „Freie Arbeiter Stimme", eine jiddische Zeitung für die auch ich Jahrzehnte Mitarbeiter war; sie kommt auch nicht mehr heraus.

Aber ich habe hier andererseits eine Zeitung, die kommt aus Japan. In England gibt's die alte „Freedom" und diesen Verlag Cienfuegos (zum Herbst erscheint dort die englischsprachige Ausgabe von „Vorsicht Anarchist"). Cienfuegos ist der Name eines anarchistischen Genossen der Federacion Libertaria aus Kuba. Er ist im Kampf gegen Batista verschwunden...*

*(Anm: Camilo Cienfuegos, Sohn eines anarch. Aktivisten und selbst Libertärer, kämpfte an der Seite Castros und Guevaras und starb nach dem Sieg über Batista unter mysteriösen Umständen. Man vermutet, daß Castro & Co in seinem Flugzeug, mit dem er abstürzte, eine Bombe versteckten, um sich der Libertären in der Bewegung zu entledigen.)

Jedenfalls, die Bewegung ist nicht so stark wie früher, das muß man klar sehen; andererseits ist es aber so: von der Organisation her sind die Anarchisten nicht mehr so stark, aber die anarchistischen Ideen sind in viele Bevölkerungsschichten eingedrungen; nicht als "anarchistisch", sondern als "antiautoritär". Ihr wißt es ja von Deutschland selbst, es gibt ja in jeder größeren Stadt Zeitungen, die keiner politischen Partei zuzuordnen sind, ... Stadtzeitungen; diese Bewegung ist nicht marxistisch, aber auch nicht rein anarchistisch... und von vielen werde ich des öfteren eingeladen, in Schweden und hier in Deutschland...



Wie stehst du zu den neuen Wahlbewegungen in der BRD? Wir meinen jetzt die GRÜNEN, die Alternativen Listen oder die neueste Hoffnung der „heimatlosen Linken": die demokratischen Sozialisten? Sollten Anarchisten in diesen Sammlungsbewegungen mitarbeiten oder unterstützend wirken, um Einfluß auf lokaler Ebene zu erlangen?

Nein; ich bin der Ansicht, daß es weder moralischen, noch materiellen Wert haben könnte, sich an der Wahlpropaganda der GRÜNEN und Alternativen zu beteiligen; dagegen könnte man die Förderungen, die diese aufstellen, außerhalb der Parlamente zum Teil unterstützen. Im Parlament wären wir genau wie die Grünen jetzt, nicht Fisch und nicht Fleisch. Aber an den Bewegungen müssen wir teilnehmen, nicht nur an der ökologischen, sondern insbesondere auch bei der Frage über Krieg. Das habe ich auch in meinen Briefen (1) geschrieben, da gibt es soviel zu tun; auch Abstimmungen eventuell; ich bin nicht grundsätzlich für oder gegen Abstimmungen. Z.B. beteiligen sich in Kanada viele Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen daran, daß eine Abstimmung gegen den Krieg erfolgen soll. Oder all diese Versammlungen, Demonstrationen, auch die in Bonn oder die der Frauen von Skandinavien nach Paris, die jetzt nach Rußland wollen, – an all diesen Bewegungen sollten Anarchisten teilnehmen.

Anmerkung:
(1) Mit den angesprochenen „Briefen" meint Augustin Souchy offene Briefe an Breschnew und Reagan, in denen er die Abschaffung des Militärs fordert. Ursprünglich in der Zeitschrift „europäische ideen" veröffentlicht, wurden diese Briefe und weitere Gedanken zur Antikriegsbewegung in ein „Nachwort zur 4. Auflage" von „Vorsicht Anarchist!" aufgenommen. Das Buch, das vom Luchterhand-Verlag abgegeben wurde, erscheint zum Oktober im TROTZDEM-VERLAG REUTLINGEN und wird neben dem Nachwort noch durch ein Personenregister und Fotos erweitert.

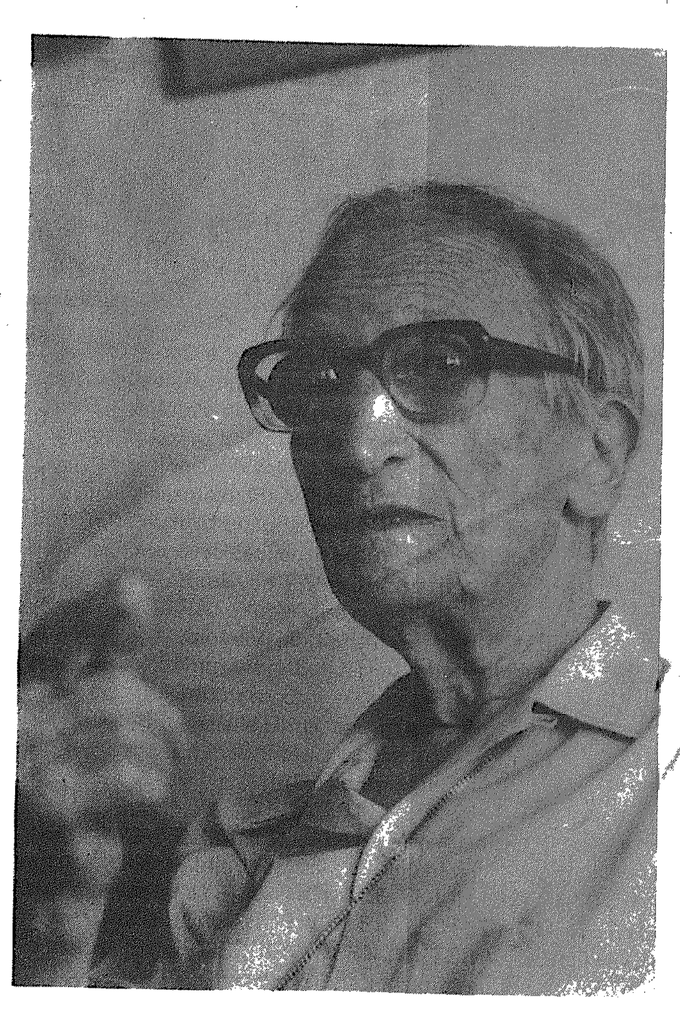




Die IFAU hat es nach jahrelangem Hin- und Her zu einer bescheidenen Kontinuität gebracht. Trotzdem gibt es nur sehr wenige Aktivisten. Hat eine eigenständige Organisation noch Sinn oder sollte man im DGB arbeiten oder ganz „Abschied vom Proletariat" nehmen und sich auf die sozialen Bewegungen stürzen?

Hier in Deutschland ist es natürlich sehr schwer eine neue anarchosyndikalistische Bewegung zu gründen. Nach Beendigung des Krieges wurde solch ein Versuch in Ostdeutschland, wo die Kommunisten die Macht übernahmen, verboten; in Westdeutschland versuchte man die FAUD wieder aufzubauen, aber es ist nicht gelungen, und heute ist das politische Klima dergestalt, daß es wohl nicht möglich sein dürfte, eine neue selbständige anarchosyndikalistische Gesellschaftsopposition aufzubauen. Dies trifft auch für Frankreich und Holland zu. Das einzige Land, wo es noch eine anarchosyndikalistische Bewegung gibt, ist Schweden; die nennt sich allerdings syndikalistisch, hat aber dieselben Grundzüge und war ja auch an die anarchosyndikalistische Internationale (IAA) angeschlossen. Sie haben heute 20.000 Mitglieder. In Deutschland ist es glaube ich sehr schwer; es wurde versucht, es gab ja in Frankfurt, im Ruhrgebiet verschiedene Gruppen, aber sie sind sich nicht einig geworden und das zeigt schon, daß das Klima nicht gut ist.

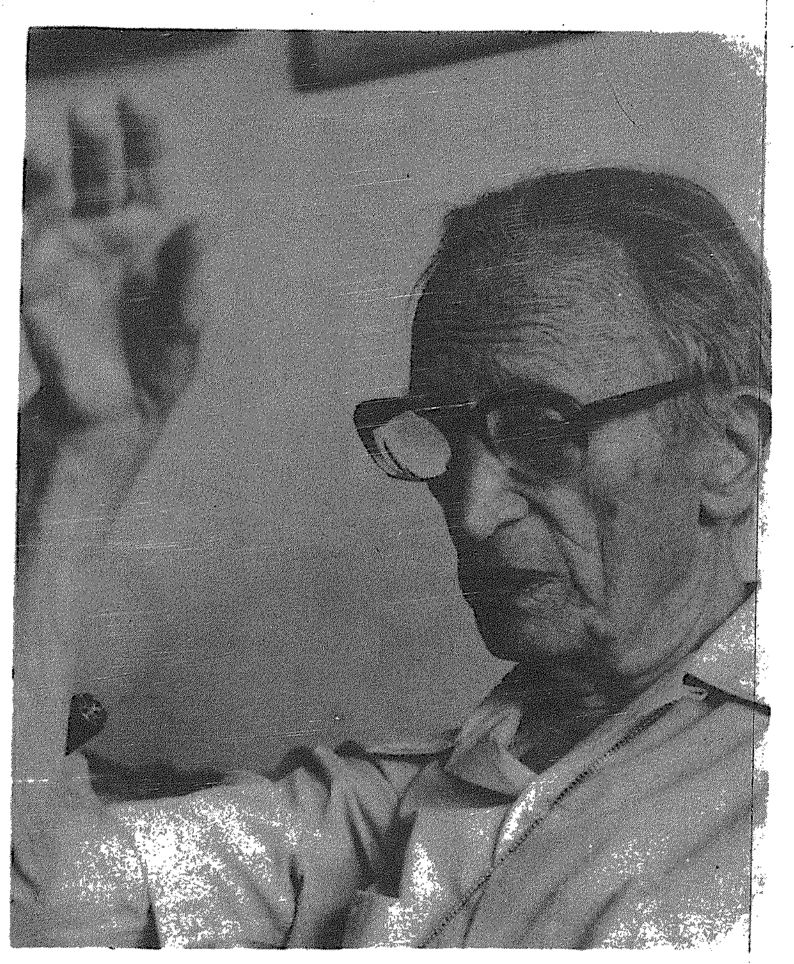
Aber dagegen ist folgendes zu beachten: die Anarchosyndikalisten haben sich früher doch für Dinge eingesetzt wie Selbstbestimmung und Übernahme der Betriebe; etwas was ja damals bei LIP in Frankreich der Fall gewesen ist; diese Ideen sind heute nicht ganz verschwunden und werden von gewissen oppositionellen Elementen innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen.



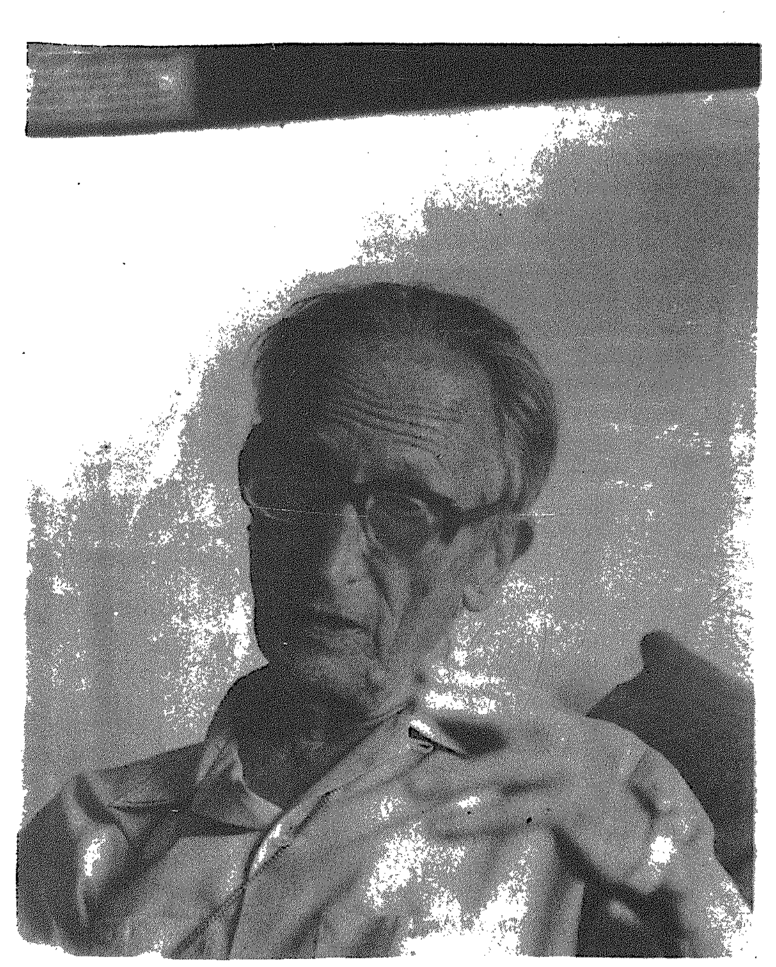
Die Friedensbewegung orientiert sich momentan hauptsächlich auf die Nachrüstung. Rührt sie damit nicht nur an oberflächliche Symptome des Militarismus und müßten nicht auch noch ganz andere Zusammenhänge angesprochen werden?

Ich bin natürlich der Meinung, daß es nicht genügt, sich nur auf die Nachrüstung zu beschränken. Folgende fünf Punkte – würde ich vorschlagen – sollten die Anarchisten zu einer antimilitaristischen Bewegung beitragen:
1. Abschaffung der Geheimdiplomatie und Veröffentlichung der Geheimarchive der auswärtigen Ämter aller Länder. Dazu möchte ich noch sagen, daß dies von Lenin vor dem 1. Weltkrieg gefordert wurde, noch ehe er an die Macht kam. Als er aber selber an die Macht kam, war's aus damit.
2. Organisierung internationaler Volksabstimmungen in allen Ländern gegen den Krieg.
3. Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und der stehenden Heere.
4. Sofortige Einstellung der Kriegswaffenproduktion und Umstellung der Produktion für friedliche Zwecke.
5. Einsetzung internationaler Kontrollkommissionen zur Überwachung dieser Maßnahmen.

Kannst du Vergleiche ziehen zwischen der heutigen Friedensbewegung und deiner Tätigkeit im Antimilitaristischen Büro 1923 in Holland?



Nach dem 1. Weltkrieg wurde ja die „No more war"-Bewegung gegründet und in Holland war die Zentrale. Der Vater von Rudolf de Jong, Albert de Jong war der Sekretär. Und mit dem haben wir zusammengearbeitet. Es handelte sich dabei nicht um eine eigene Organisationsarbeit, sondern wir wollten dann, wenn es nötig war eine breite Bewegung entfachen, in der alle mitarbeiten. Als vor 5 oder 6 Jahren in Dänemark ein Kongress der „No more war"-Bewegung war, habe ich vorgeschlagen, die alten antimilitaristischen Ansätze wieder zu beleben. Je stärker, um so besser; auf allen Gebieten. Das Wichtigste ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Übrigens muß da noch gesagt werden: In England gibt es keine allgemeine Wehrpflicht, was allerdings die Engländer nicht davon abgehalten hat, in Falkland Krieg zu führen. Daher ist die zweite Forderung die nach der Abschaffung aller stehenden Heere.

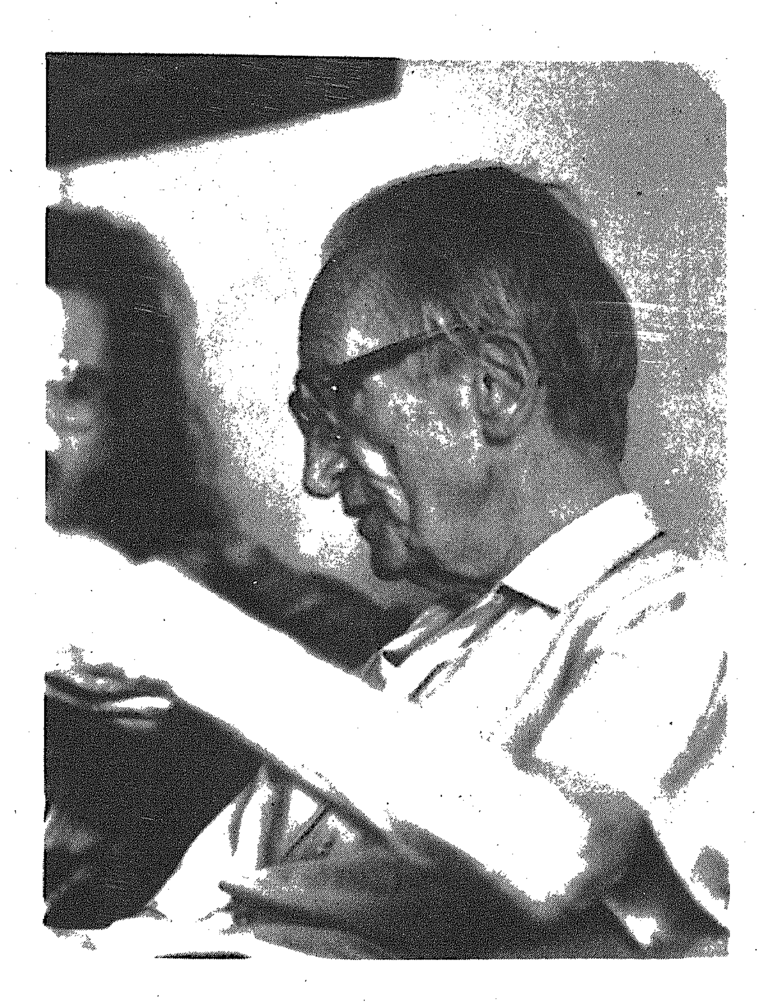


Dann ist sehr wichtig, daß die Atomwaffen und alle Waffen überhaupt zerstört werden. Und dann habe ich noch vorgeschlagen, daß ein Tag im Jahr als Weltfriedenstag bestimmt werden soll. Ihr wißt ja wahrscheinlich, daß der 1. Mai auf die Manifestation der Anarchisten 1887 in Chicago zurückzuführen ist. Ähnlich wie der 1. Mai nicht als ein Weltfeiertag, sondern als ein Weltkampftag gedacht war, sollte das auch der Weltfriedenstag sein. Ich schlage den Tag der Sommersonnenwende vor, der fast von allen Völkern gefeiert wird – als Tag des Lichtes". Der Bereich der Rüstungskonversion – wie in England bei Lucas Aerospace – ist auch sehr wichtig, weil in der Rüstung Mneschen arbeiten, die mit Rüstung nichts zu tun haben wollen, aber wenn die Fabriken ohne Ersatz geschlossen würden, ihren Arbeitsplatz verlieren.

Was hältst du von den Friedensinitiativen der russischen Regierung? Wie beurteilst du die Verhandlung über die sofortige Einfrierung der Waffenarsenale in den beiden Blöcken?

Ich halte nicht viel von den Versprechungen der Russen. Alle Abrüstung müßte international kontrolliert werden, d.h. in Rußland Amerikaner und in Amerika Russen. Die zuständigen Kommissionen dürfen nicht nur von Parlamentariern besetzt werden, sondern es müßten auch die antimilitaristischen oder pazifistischen Organisationen darin vertreten sein. Nicht nur von staatlicher Seite. Wir müssen

selbst einschreiten. Ich bin nicht für die Basisdemokratie um ihrer selbst willen, aber gerade in diesem Bereich kann man sich ihrer bedienen; z.B. bei der Einstellung der Kriegsindustrie und Kontrolle durch die Völker selbst. Da sollen die Arbeiter, die Gewerkschaften natürlich, aber auch die verschiedenen pazifistischen und antimilitaristischen Organisationen dabei vertreten sein.



Der Anarchismus in Spanien und die Rolle der Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg markieren ja bis heute noch den historischen Moment, in dem die meisten anarchistischen Ideen verwirklicht wurden. Du warst damals so etwas wie ein „Öffentlichkeitssekretär". Kannst du uns kurz erzählen, wie es dazu kam und was du beispielsweise zu tun hattest?

Ich war zehn Jahre lang Sekretär der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) in Berlin und bin als solcher öfter in Spanien gewesen. Noch vor Franco natürlich. Als Hitler zur Macht kam 1933, mußte ich aus Deutschland flüchten. Das Sekretariat der IAA in Berlin wurde aufgelöst und vorläufig nach Holland verlegt. Im Jahre 1936 hatte Mussolini Äthiopien besetzt. Und da wollten die Genossen in Barcelona ein Meeting in der Stierkampfarena gegen den Faschismus veranstalten. Sie luden mich ein, daran teilzunehmen. Aber als ich dort einige Tage gewesen bin, wurde deutlich, daß Franco seinen Putsch vorbereitete. Da war es natürlich aus mit den Vorbereitungen für das Meeting. Es ging in die Gewerkschaftslokale, wo man sich vorbereitete, mit Gewehren usw....

Ich war später für 3 Tage im Radio und habe in französischer, englischer und deutscher Sprache gesagt, daß wir in Katalonien Franco besiegt haben. Die Information fürs Ausland war meine Arbeit dort. Dann bin ich auch ins Ausland gereist. Z.B. nach Frankreich zur Volksfrontregierung Léon Blum, um dort um Unterstützung durch Waffen zu bitten – aber es ist nicht viel daraus geworden.

Du hast in deinen Büchern viel von den kollektivierten Land- und Industriebetrieben geschrieben. Wie entstanden sie und was hältst du im Nachhinein für die wichtigsten Erfahrungen? Fanden überregionale Kongresse der Kollektive statt, wenn ja, wie verliefen sie und was wurde dort beschlossen?

Die Kollektivierung ist nicht vom Himmel gefallen. Ich möchte einen interessanten Vergleich anstellen zwischen Spanien und Mexiko. In Mexiko brach 1911 eine Revolution aus und war schon 1917 beendet, als die russische noch gar nicht begonnen hatte. Die Forderungen der Revolutionäre waren: 1. Abschaffung der Wiederwahl eines Präsidenten, weil der regierende Präsident 35 Jahre an der Macht war. 2. Es wurde von den mexikanischen Bauern Land gefordert, das ihnen von den Conquistadoren und der Kirche genommen worden war. Mexiko war das erste Land, das eine Agrarreform durchführte, sodaß jeder Mexikaner, der kein Land hatte, Grund und Boden bekommen konnte. Als dies geschah, stellte sich die Frage: Was sollte man damit tun? Es hat ja jeder für sich gearbeitet. Der Geist kollektiver Arbeit fehlte. Also blieb Mexiko bis heute ein Land, das so kapitalistisch ist wie alle anderen.

Aber in Spanien hatten wir schon im vorigen Jahrhunder damit begonnen, uns mit Kollektivierungen zu befassen. Die Sozialdemokraten wollten ein Gesetz zur Aufteilung von Grund und Boden einbringen. Aber die Anarchisten und Anarchosyndikalisten haben sich damit nicht beschäftigt, sondern die Bauern und Landarbeiter sollten selbst das Land in ihre Hände nehmen und es kollektiv bebauen. Und tatsächlich, auf dem Kongress der CNT im Jahre 1931 wurde beschlossen, anstatt auf eine Agrarreform zu warten, das Land selbst in die Hände zu nehmen und zu bebauen. Das war schon lange Jahrzehnte in der Bewegung der spanischen Anarchosyndikalisten ein Problem, mit dem sie sich beschäftigten. Sie waren damit vertraut, als der Bürgerkrieg ausbrach. Und tatsächlich, überall, wo Franco geschlagen wurde, wurde dann diese Kollektivierung sofort durchgeführt. Es war eine alte Forderung der Anarchosyndikalisten, daß die soziale Revolution nicht durch Gesetze vom Staat von oben eingeführt wird, sondern von unten durch die Arbeiter und Bauern.

Ein Beispiel: Vor Franco gab es in Barcelona drei verschiedene Verkehrsunternehmen. Eines für die Untergrundbahn, ein anderes für die Straßenbahn und eines für die Autobusse. Alle drei waren privat und unabhängig voneinander, während die Arbeiter in einer Transportgewerkschaft waren. Sie beriefen eine Versammlung ein, wo beschlossen wurde, daß sie die Betriebe zusammen übernehmen werden. Die Direktoren wurden sowieso abgeschafft. Die Gehälter der Straßenbahner wurden erhöht, die Arbeitszeit wurde herabgesetzt. Diese Reformen haben wir auf einer einzigen Versammlung eingeführt. Erst vier bis fünf Monate später, als die politische Situation so schwierig war, daß die CNT die Wahl hatte, sich ganz zurückzuziehen oder die Macht allein zu übernehmen, hatte sie keinen anderen Ausweg, als mit anderen Richtungen zusammenzuarbeiten. Die CNT nahm an der Regierung teil, denn sonst hätte die CNT die Befehle der Minister der anderen Gruppen befolgen müssen. Das wollten und konnten sie natürlich nicht tun. Sie beteiligten sich an der Regierung und haben die Kollektivierungen legalisiert.

Im August 1936 gab es in Barcelona eine Konferenz der Landkollektive von Katalonien und im Juni 1937 gab es in Valencia einen Kongreß aller kollektivierten Unternehmungen, sowohl landwirtschaftlicher wie industrieller Art. Ich habe selbst daran teilgenommen, allerdings nicht als Delegierter, sondern als Berichterstatter. Da gab es eine sehr interessante Diskussion über die Frage, wie die Entlohnung sein sollte. Die Landarbeitervertreter traten für das Prinzip ein „Jeder nach seinen Bedürfnissen". Und die von den Industriebetrieben – es waren ja nicht alle Anarchisten – die

wollten das nicht und waren für das Prinzip „Jeder nach seinen Leistungen". Nach zwei Tagen Diskussion gelangte man auf dem Kongress zu der Auffassung, keinen Beschluß zu fassen, den alle befolgen müssen.

Es gab keine einheitliche Kollektivierung, sondern jede Gruppe machte es so, wie sie es für gut befand. Eine sagte z.B., wir wollen kein Geld mehr und sie haben das Geld ganz abgeschafft. Jeder bekam das, was er brauchte an Lebensmitteln usw... Und wenn er andere Dinge benötigte, die im Dorf selber nicht hergestellt wurden, tauschte man mit den Waren aus den Städten. Andere Kollektive haben das Geld beibehalten, vereinbarten aber für alle den gleichen Lohn. Es war eine freiwillige Kollektivierung und das ist der große Unterschied zwischen den spanischen Kollektivierungen und den russischen Kollektivierungen.

Wie wurde der Austausch zwischen den ländlichen und städtischen Produkten geregelt?

In Barcelona waren viele Geschäfte kollektiviert und untereinander organisiert. Die Kleinhändler betrieben eine Zentrale, wo die Bauern ihre Produkte hinbrachten und verkaufen konnten, teilweise direkt, teilweise gegen Kredit; das war nicht einheitlich. Die Bauern lieferten mit LKW's an einen bestimmten Ort und von dort aus wurde es verteilt.

Kannst du aus deiner Sicht kurz den Weg der CNT in der heutigen spanischen Gewerkschaftsbewegung beschreiben? Welche Rolle spielt sie noch?

Als Franco starb, war es die CNT, die während seiner Zeit am meisten verfolgt wurde. Es gab wenig Leute, die die anarchistischen Traditionen weiter fortführten. Franco hatte die Comisiones Obreras (CC.OO.), eine Art staatliche Gewerkschaft gegründet*. Die anderen waren verboten. Der CC.OO. beizutreten bedeutete, der Franco-Gewerkschaft beizutreten. Das wollten unsere Genossen nicht. Ebensowenig die Sozialisten, die Kommunisten aber wohl. Als Franco starb, gründeten die Kommunisten eine eigene Gewerkschaft, unter dem Namen CC.OO. Und das war die stärkste Gewerkschaft in Spanien. Die CNT gehört zu den Schwächsten heute, unter anderem auch aufgrund ihrer Spaltung. Nach Francos Tod wurde eine Art „Betriebsrätegesetz" verabschiedet. Dadurch wurden die Aktionen der Arbeiter an das Gesetz gebunden. Wenn z.B. die Arbeiter Forderungen stellten, verhandelten nur die Delegierten der Gewerkschaften mit den Unternehmern. In der CNT gab es zwei verschiedene Auffassungen hierzu:

Die einen sagten, das ist eine staatliche Organisation, in der wir nicht mitarbeiten wollen; die anderen sagten, wenn wir uns verweigern, dann entfernen wir uns von den Arbeitern. Die letzteren waren nicht absolut dafür, bei den Betriebsräten mitzumachen, wollten sich aber in bestimmten Situationen beteiligen. Trotzdem kam es zur Spaltung, sodaß es heute zwei CNT's gibt. Eine in Madrid (CNT-M), und eine in Valencia (CNT-V)**.

Wie stark sind beide jetzt?

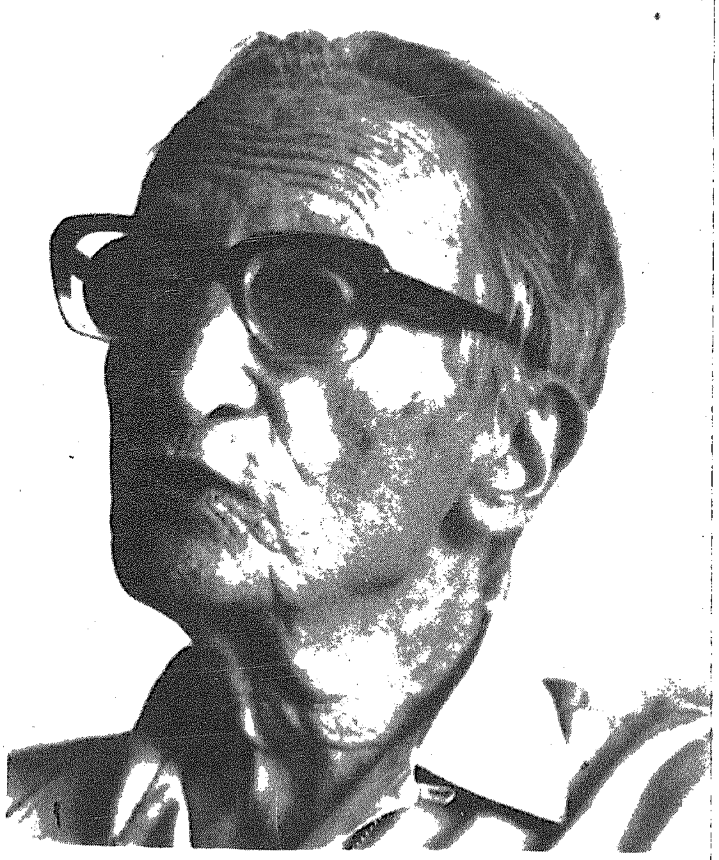
Das ist schwer zu sagen. Wenn sie insgesamt 100.000 sind, ist es schon viel. Ich habe erfahren, daß die lokale Organisation von Barcelona 3000 Mitglieder hat.

Und wozu gehört die Gruppe in Barcelona?

Die gehören zu Madrid** und sind gegen eine Beteiligung an den Betriebsräten, während die in Valencia sich unter bestimmten Bedingungen daran beteiligen.

*Hier irrt Augustin Souchy: Die CC.OO. entstanden Anfang der 60er Jahre als autonome Arbeitergruppen bei den Minenstreiks in Asturien. Die KP Spaniens hat in jahrelanger Wühlarbeit diese Organisation vor den Karren ihrer Partei gespannt. Die Franco-Gewerkschaft hieß CNS. Richtig ist, daß die CC.OO.- und KP-Funktionäre in Francos letzten Lebensjahren einen massiven Entrismus in die CNS betrieben um an wichtige Schaltstellen zu gelangen, so daß sie 1975, nach Francos Tod, einen sehr guten „Start" hatten.
** Die von Augustin Souchy CNT-M genannte CNT nennt sich selber CNT oder CNT 5. Kongress und beruft sich auf die Mehrheitsbeschlüsse des 5. CNT-Kongresses, 1979 in Madrid. Die etwas kleinere, von Souchy CNT-V genannte CNT nennt sich selber ebenfalls CNT (in Katalonien CCT) oder CNT impugnadora, d.h., die die Beschlüsse von Madrid zurückweisen, weil sie diesen Kongress für manipuliert halten. Beide Organisationen sind im Prinzip landesweit organisiert und haben in allen wichtigen Städten ihre jeweiligen Gruppen.

ANM. d. Setzers



Wir wollen die Gelegenheit nutzen und dich zur FAUD (Freie Arbeiter Union Deutschlands) der Weimarer Zeit und zu ihrer Zeitung „Der Syndikalist" fragen. Beide sind heute nur noch wenigen bekannt. Deshalb bitten wir dich als ehemaligen Redakteur, kurz Entwicklung, Auflage und Verbreitung zu schildern.

Die FAUD entstand nach dem 1. Weltkrieg aus der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften, die nach dem Sozialistengesetz gegründet wurde. „Der Syndikalist" war das Organ der FAUD und wurde jedem Mitglied gratis gegeben. Dadurch wußten wir genau, wieviele Mitglieder wir hatten.

Wurde die Zeitung überhaupt nicht verkauft?

Nur wenige. Daß auf der Straße oder in Fabriken verkauft wurde, mag es auch gegeben haben. Wenn ein Ortsverein Exemplare dafür bestellt hat, war das seine Sache.

Dann war also „Der Syndikalist" kein Propagandablatt, sondern ein Mitgliederblatt.

Ja. Wir hatten einmal 120.000 Auflage. Das war aber auch das Höchste. 100.000 war so der Durchschnitt zur Zeit der Kampfe im Ruhrgebiet (1923/24). Da waren die Syndikalisten mit im Vordergrund. In Düsseldorf hatten wir sogar eine Tageszeitung „Die Schöpfung"; sie kam ungefähr zwei Jahre lang als Tageszeitung heraus. Thematisch stand

damals die Frage des Streikrechtes und – von Rußland her – die Organisierung in Räten im Vordergrund. Es bildeten sich Betriebsräte; das haben wir unterstützt – aber nicht das spätere Betriebsrätegesetz, das nur für die großen Betriebe galt. Auch die Idee der direkten Aktion haben wir propagiert und eingesetzt. Als der Kapp-Putsch kam, haben wir den Widerstand in den Bezirken mitorganisiert. Wir haben also eine gewisse Rolle gespielt, aber die Mehrheit der Arbeiter organisierte sich im ADGB.

Wie war das Verhältnis der FAUD zu den anderen Linken und z.B. zur AAUE?

Mit denen haben wir zusammengearbeitet. Auch vor der Machtübernahme Hitlers, als es darum ging, Bewegungen dagegen zu unterstützen. Da war die AAUE von Otto Rühle und Franz Pfemfert. Es gab da verschiedene kleine Gruppierungen, auch die Anarchisten von Erich Mühsam.

Und wie sah diese Zusammenarbeit aus?

Wir hatten gemeinsame Versammlungen gegen den aufkommenden Faschismus. Im ökonomischen Bereich war ja alles durch die Tarifverträge geregelt; da haben wir uns nicht beteiligt – außer wo es unbedingt notwendig war. Aber dieser Ansatz war politischer Natur. Das war keine Organisation auf Dauer, sondern jedes Mal von Fall zu Fall.

Wie habt ihr auf die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD über den sogenannten „Linksfaschismus" reagiert?

Mit der KPD hatten wir nichts zu tun; z.B. als die Sache mit Sacco und Vanzetti war, hatten wir in Berlin eine Protestversammlung der Anarchosyndikalisten einberufen. Parallel gab es eine der Kommunisten. Die Versammlungen waren räumlich getrennt und doch gemeinsam für die gleiche Sache. Sonst hatten wir mit den Kommunisten nicht viel gemein – nur bei bestimmten Problemen.

Siehst du im Nachhinein irgendwelche Fehler in der FAUD-Politik?

Nein. Die FAUD hatte ja höchstens 100.000 Mitglieder und konnte keinen Einfluß auf die politischen Ereignisse in Deutschland ausüben. Sie konnte gar keine Fehler machen. In fast allen Betrieben hatte ja der ADGB die Mehrheit. Wenn es um Fragen ging, wie den Beginn der Militarisierung (Panzerkreuzer) oder den Abtreibungsparagraphen, haben wir immer die Positionen bezogen, die freie Menschen einnehmen mußten.







Wir haben anfangs über aktuelle soziale Bewegungen gesprochen, die libertäre und antiautiritäre Ansätze enthalten. Dazu gehört auch die Diskussion um Selbstverwaltung. Zum Problem der Selbstverwaltung in Betrieben kamen u.a. mit der Solidarnosc auch viele Impulse aus Polen. Wie schätzt du die Bewegung der polnischen Arbeiterselbstverwaltung ein? Vielleicht verglichen mit dem jugoslawischen Modell?

In Jugoslawien ist es so, daß nicht das Wirtschaftsministerium allein von Belgrad aus bestimmt, wer einen Betrieb leitet, sondern in Übereinstimmung mit den lokalen Organen der Stadtverwaltung. Es ist dabei nicht ganz so zentralistisch wie das russische System, wo der Fabriksowjet nur noch Fragen sekundärer Bedeutung entscheidet, etwa Sicherheit, Hygiene... und keinen Einfluß auf die Produktion selbst hat. Aber in Jugoslawien wird der Betriebsleiter eben nicht von der Belegschaft allein gewählt, und sein Gehalt beträgt mehr als das Doppelte des Lohns der Arbeiter. Das entspricht nicht dem Begriff des „Sich-Selbst-Verwaltens" und ist auch nicht so dezentralistisch wie in Spanien '36. Da wählten die Arbeiter ihre Direktoren oder Ingenieure selbst. In Polen ist es ja nun so wie in Rußland, das Ministerium bestimmt die Betriebsorganisation. Da hatten die Arbeiter nichts zu sagen – ihre Forderung nach Selbstverwaltung kam aus dieser praktischen Erfahrung – nicht, weil sie die internationale Arbeiterbewegung kennen oder irgendwelche Ideale oder positive Postulate verwirklichen wollten. Dazu kam noch die durch den Zentralismus verursachte schlechte Wirtschaftslage. Ich glaube nicht, daß einer der polnischen Arbeiterführer die Geschichte der 1. Internationale kennt, – sondern allein aus praktischer Erwägung...

Ähnlich war es in Israel bei den Kibuzzim; die gab es ja

auch nicht, weil sie Kropotkin gelesen hatten. In Israel kamen die ersten Einwanderer bereits vor dem 1. Weltkrieg, zur Zeit der sozialistischen Siedlungsprojekte, – z.B. in Berlin-Oranienburg der 'Garten Eden' von Landauer, Oppenheimer, Gesell... .Gleichzeitig entstand die zionistische Bewegung. Die ersten kamen nach Palästina in einer Gruppe von 100 Personen, Männer und Frauen, und jeder bekam vom zionistischen Komitee ein Stück Land. Und das hätten sie ja nun für sich selbst bebauen können. Denn das zionistische Komitee sagte nicht: ihr müßt ein Kollektiv gründen! Sondern sie haben es aus praktischer Erwägung gemacht. Wasserleitungen, Straßenbau, Elektrizität, Felder anlegen – das hätten sie einzeln ja niemals fertiggebracht. Aus der gemeinsamen Arbeit ergab sich dann das kollektive Zusammenleben. Damit gingen sie im persönlichen Bereich noch weiter als die Spanier, die ja nach wie vor in ihren engen Kleinfamilien lebten, wie elend das auch immer war.

Wie erklärst du dir den Widerspruch zwischen dieser frühen Kibuzzbewegung und dem Nationalismus den der Staat Israel heute gegenüber den Palästinensern praktiziert?

Das begann mit der allmählichen Einrichtung und dem Zustrom der Verfolgten unter Hitler. Von den ersten Einwanderern kann man sagen, daß sie grob gesagt Sozialisten waren,, auch wenn die die marxistische oder anarchistische Lehre nicht unbedingt kannten. Die meisten aus Polen gehörten dem BUND an, der russisch sozialistischen Partei in Polen.

Der Nationalismus begann mit der Staatsgründung Israels. Es gab damals zwei Richtungen: die eine von Ben Gurion – er propagierte einen eigenen Judenstaat; die andere wurde verkörpert von Martin Buber, Professor Magnes, die den IHUT gründeten. Sie waren dafür, daß die Juden zusammen mit den Arabern einen Staat gründeten. Aber Ben Gurion hatte die Mehrheit. Hätten sie damals den Rat Martin Bubers befolgt, wäre die Situation heute eine ganz andere...

Und jetzt bei den letzten Wahlen wurde ja Begin Ministerpräsident, und da hat der österreichische Bundeskanzler Kreisky ja nicht ganz unrecht, das ist ein halber Faschist, der Begin.

Wir haben am Schluß noch eine persönliche Frage: In deinem Buch „Vorsicht Anarchist" beschreibst du alle wichtigen Persönlichkeiten aus der anarchistischen Bewegung der Weimarer Zeit. Es fehlt aber fast ganz, was so die tägliche Kleinarbeit ausmachte, was du eigentlich tatest, wie du gelebt hast. Dabei handelt es sich doch um deine Memoiren. Hast du all dies bewußt ausgelassen, wurde es gekürzt, oder fehlt es deshalb, weil der Akzent auf politische Erinnerungen liegt?

Ja, das letzte ist der Fall. Ich sagte mir, das Persönliche hat keine Bedeutung.

Würdest du uns von dem Persönlichen auch ein bißchen was erzählen, weil es für uns ja auch um den Menschen Souchy geht?

Mein Vater war von seinem Vater her Handwerkermeister, hatte einen eigenen Betrieb und einen Laden, wo er die Waren verkaufte; Drechslermeister. Proletarischer Kleinbürger, oder wie nennt man das? Zuerst habe ich bei meinem Vater gearbeitet, dann ging ich nach Berlin und machte eine Ausbildung als chemischer Laborant, und damit verdiente ich mein Geld. Und da ging ich dann auch abends in die Bibliotheken und habe die ganze Literatur gelesen.

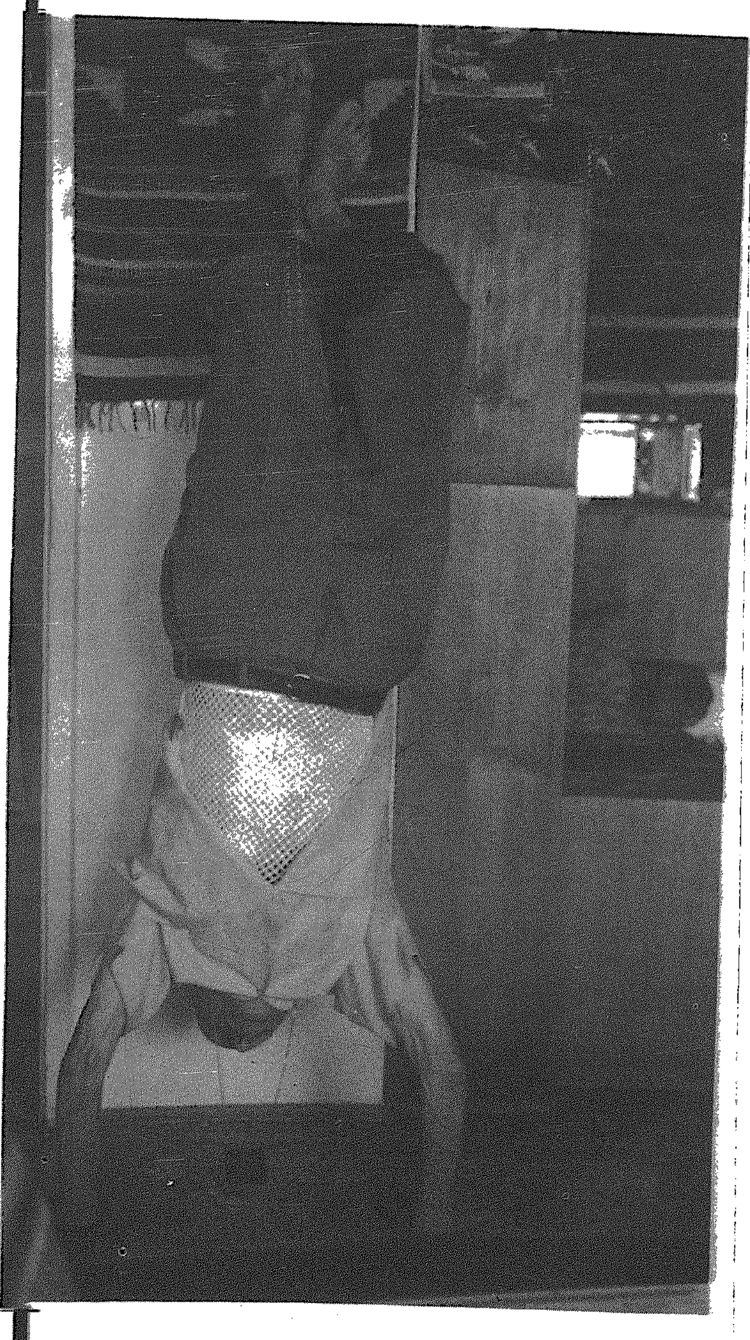
Dann ging ich nach Wien und arbeitete in einem Labor, und als der 1. Weltkrieg ausbrach, das habe ich ja schon geschrieben, wurde ich verhaftet, denn ich gehörte der Gruppe um die BEFREIUNG an die heute in Graz herauskommt; die hat den Ursprung in „Erkenntnis und Befreiung" von Pierre Ramus. Wir waren vor allem Antimilitaristen. Alle, die nicht Österreicher waren, wurden ausgewiesen. Da wurde ich an einen anderen gefesselt und bekam einen Steckbrief, einen Zettel: „Vorsicht Anarchist!"

Und wie bist du überhaupt zur anarchistischen Bewegung gestoßen?

Mein Vater war Handwerksgeselle und wurde Sozialdemokrat, wie August Bebel – der war auch Drechslermeister, und war dann der bekannteste Sozialdemokrat in Ratibor, Oberschlesien, wo ich geboren bin...

Als Kinder wurden wir auf der Straße mit „Demokrat, Demokrat" beschimpft.

Als ich nach Berlin ging, habe ich mir Adressen von dortigen Sozialdemokraten mitgenommen. Und dann ging ich einmal in eine Versammlung, in Neukölln in der Hasenheide, da sprachen Clara Zetkin und Gustav Landauer. Ich habe mir beide angehört, und Gustav Landauer hat mir besser gefallen. Am nächsten Tag ging ich dorthin, wo er seine Zeitung herausgab, den „SOZIALIST", und allmählich wurde ich bekannter und befreundeter mit ihnen und kam so in die Bewegung.

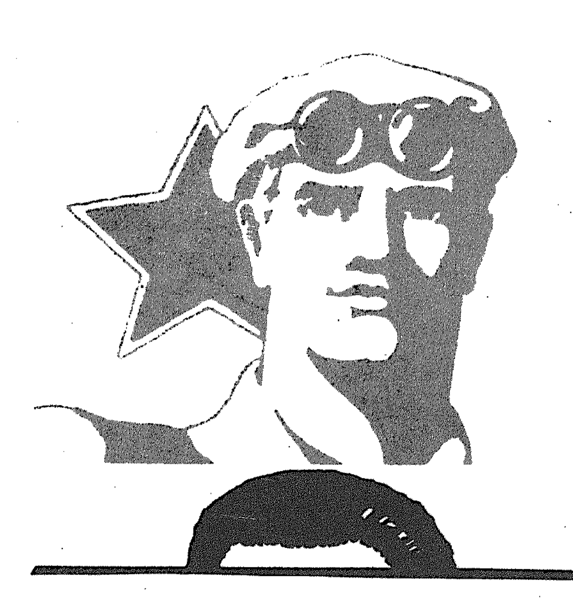


mit 90 noch jung

MILITÄRMACHT UDSSR

(Am polnischen Beispiel illustriert)

– Interview unserer italienischen Freunde von der Rivista A mit Cornelius Castoriadis –
(Übersetzt von Roland Meerbrey; bearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Wolfgang Haug)



Was ist die Sowjetunion heute, 60 Jahre nach der Oktoberrevolution? Was wird aus diesem totalitären System in 60 Jahren? Diese Fragen sind an Cornelius Costariadis gerichtet. Es sind dieselben Fragen, mit denen sich die Teilnehmer eines Seminars „Arten des sowjetischen Totalitarismus und Imperialismus" beschäftigten; organisiert vom „Centro Studii Libertari **G. Pinelli**", Ende März in Mailand.

Die Infragestellung der sozialen Natur der UdSSR ist heute groß in Mode gekommen. (...) Anscheinend ist die Période definitiv abgeschlossen, in welcher sich keine Zweifel stellten oder die bloße Hinterfragung des sowjetischen Regimes schon bedeutete, auf der Seite des amerikanischen Imperialismus oder „Lakai der Reaktionäre" zu sein. Castoriadis gehört aber keinesfalls zur heutigen „spätreifen Kompanie". Zusammen mit Claude Lefort – in der hervorragenden Zeitschrift „Socialisme ou Barbarie" – beschäftigte er sich mit der Sowjetunion seit den letzten Kriegsjahren, als er nach Paris kam.

Castoriadis, Athener, studierte Recht, Ökonomie und Philosophie. Am Anfang der Besetzung Griechendlands durch Deutsche und Italiener gründete er, gemeinsam mit anderen kommunistischen Dissidenten eine politische Widerstandsgruppe in Opposition zur offiziellen kommunistischen Partei. Sie schlossen sich zustimmend der trotzkistischen Organisation von Spiros Stünas an, bis Ende 1945 als er nach Frankreich umsiedelte. Ab diesem Zeitpunkt wird sein Interesse für die „Länder des realen Sozialismus" systematisch. Sein Einfluß auf die extreme Linke Frankreichs nahm ständig zu: Seine Analysen sind laufende Währungen unter den Protagonisten des Mai 68. Heute lehrt Castoriadis an der „Ecole Pratique des Hautes Etudes", einem Pariser nachuniversitären Institut. Er ist Autor zahlreicher Bücher, u.a. „L'institution imaginaire de la societe, 1975", „Les carrefours du labyrinthe, 1978", „La societe francaise, 1979"; (inwieweit diese Titel auf deutsch vorliegen ist der sf-redaktion leider unbekannt; aus der zitierten Zeitschrift entstanden bei MAD/Edition Nautilus folgende zwei Titel: „Arbeiterräte und selbstverwaltete Gesellschaft" und „Postskript zur Neudefinition der Revolution".) Costariadis hat seit Jahren aufgehört, sich als Marxist zu definieren. Diese Trennung gab ihm jedoch nicht (wie bei vielen seiner Generation geschehen) den Anstoß zur Position der Sozialdemokratie oder des Liberalen, sondern zur Richtung eines immer besser akzentuierten libertären Bewußtseins. Die Begegnung in Mailand war eine gute Gelegenheit, ihn zu interviewen.

FRAGE: In deinem letzten Buch „Devant la guerre" schreibst du, daß Rußland nicht mehr hinreichend als Land beschrieben ist, in welchem die Technobürokratie zur dominierenden Klasse wurde, sondern in welchem die Ausbeutung und Unterdrückung Höhen erreichte, wie sie noch nie in der modernen Geschichte bekannt waren. Was sind das für neue Elemente?

ANTWORT: Um dir antworten zu können, ist es notwendig vorher einige Betrachtungen anzustellen. An erster Stelle müssen wir hervorheben, daß der Terror der Masse in der Form des Stalinistischen verschwunden ist. Es gibt keine Mörder von hunderten, von tausenden von Menschen mehr, auch keine Konzentrationslager von zig-Millionen Gefangenen. Sicher gibt es totale Repression, aber diese Repression ist im gewissen Sinne wesentlich wirkungsvoller, will heißen, sie hält das Volk unter der Macht der Obrigkeit, ohne Hinrichtungen von Massen und ohne Millionen von Menschen in den Konzentrationslagern. Der „klassische" Terror der Stalin-Ära ist nichts anderes als eine Phase, die ich das „Delirium" nenne. Es gab keine rationale Rechtfertigung zu der Verbreitung dieses Terrors, weder ökonomisch, noch politisch. (...) Jetzt ist dieses „Delirium" verschwunden. Aktuell sind Lügen, Lügen in enormer Quantität, aber diese Lügen sind kein „Delirium". Die totale Verachtung der Wirklichkeit, welche einst in der stalinistischen Ära charakteristisch war, ist verschwunden und die Schuld an Mißerfolgen wird nicht mehr von den wahren programmgemäßen Plänen auf die sabotierenden Anarchisten oder Trotzkisten geschoben. Es existiert nicht einmal mehr eine totalitäre, künstliche Konstruktion der Realität. Ein anderes, für die Betrachtung wichtiges Element ist die Zersetzung und praktische Liquidation der Ideologie. Eine Ideologie muß einerseits einen universellen Zuschnitt und rationale Argumente haben, andererseits in die Organisation der sozialen Realität eingreifen können. Dies ist heute in Rußland nicht der Fall. Der Marxismus-Leninismus ist ein vereinfachtes Ritual, welches nicht einmal versucht mit aktuellen Fragen übereinzustimmen und in die Organisation der sozialen Wirklichkeit einzugreifen. D. h., daß die „Roten Herrschaften" nicht mehr die totale Kontrolle der Realität in Händen haben. Das Regime verzichtet auf die Kontrolle der Gedanken und der Seele des Menschen. Sicher: sollte irgendeiner seine Opposition gegen das Regime öffentlich demonstrieren, endet er in der Psychiatrie oder im Konzentrationslager, – im besten Fall verliert er seine Arbeit. Aber solange niemand protestiert wird jeder in Ruhe gelassen. Das Regime beschränkt sich auf die Kontrolle des äußerlichen Benehmens. Es läßt sich sagen, daß das Regime pawlowianisch oder skinnerisch (Pawlow und Skinner waren Verhaltensforscher, die meinen, daß der Mensch – wie ein Tier – auf jedes Signal einen bestimmten Reflex zur Antwort gibt; sprich: daß der

Mensch wie eine Maschine gefüttert werden kann und der Fütternde sein „Tierchen" dann ganz unter Kontrolle halten kann; nach Skinner sollten Kinder mit Lernmaschinen erzogen werden; nach Skinner werden Gefangene im US-Knast MARION „angepaßt" und nach Skinner leben sogenannte Alternativler (Futurum oder Walden II) in Landkommunen, wo mit Lob und Tadel geregelt wird. „Polemische sf-red.") geworden ist und auf die Supersozialisation des Menschen verzichtet. Im Gegensatz zur Vergangenheit neigt heute das Regime zur Privatisation, zur kleinen persönlichen Karriere und zum Wodka. (Na denn Prost, Brüderchen! Anm. Roland M.)

FRAGE: Aber was repräsentiert diese Entwicklung? Was besagt es für das aktuelle Regime?

ANTWORT: Vor allem ist es wichtig zu verstehen, daß das Totalitaristische bereits am Anfang fehlgeschlagen war, genauso wie irgendwelche Formen der Selbstreformierung der Bürokratie. Mit dem Tode von Stalin wird angenommen (und viele denken das auch noch heute), daß die Bürokratie sich von selbst reformieren kann, und daß die russische Gesellschaft sich in diese Reformrichtung weiterentwickelt; vom Standpunkt eines universellen Ostens oder von einer östlichen Ideologie aus betrachtet, ist der Staat normal und neigt in die Richtung aller Gesellschaften: ein wenig Demokratie und ein wenig von der freien Marktwirtschaft. Man begann daher Reformen zu studieren und sie im bürokratischen Systen einzuführen; man begann zu studieren, inwieweit sich mehr ökonomische Rationalität einführen ließe – im östlichen Sinne, im Regime-Sinne. Sie glaubten daran, die Probleme der russischen Gesellschaft mit dem Schema der amerikanischen Soziologie analysieren zu können: große Mode, Spiele und Wettbewerbe zwischen verschiedenen Interessengruppen. Aber so lag die Sache eben nicht. In der Realität waren bereits zwei Versuche für eine Reform von oben vorhanden. Der erste – von Malenkow – wollte die Produktion der Güter für den Konsum erhöhen; aber dies scheiterte sehr schnell an der Intervention von Seiten des Heeres. Der zweite – von Chrustschow – wollte vor allem die militärische Bewaffnung limitieren. Auch Chrustschow's Versuch wurde von einer Koalition eliminiert, die Teil des Heeres war. Nach allem lohnt es sich nicht mehr, Versuche von Selbstreformen näher zu verfolgen.

Heute, wo die kommunistische Partei zum „totalen Parasiten" geworden ist, verfolgen wir die phantastische Entwicklung auf dem militärischen Sektor; **viele wenn nicht die großen Fragen**, welche die russische Gesellschaft betreffen,



können nicht angepackt werden ohne das Einverständnis des Heeres! Deswegen gehe ich so weit zu sagen, daß das Heer die dominierende Macht in der russischen Gesellschaft geworden ist. Heute ist die Macht in Rußland eine „Stratokratische Macht", folglich eine Struktur, die das Wachsen des Heeres mit dem sozialen Körper in Einklang sieht.

FRAGE: Aber das Heer scheint nicht direkt die Macht zu verwalten, es besitzt keine „zentrale Position" in der sowjetischen Machtstruktur.

ANTWORT: (...) Vor allem anderen müssen wir uns fragen, was ist die Macht? Bzw. einfacher, der formale Apparat der Macht? Wir dürfen nicht einfach an eine Reproduktion der Macht denken in der Form, wie sie uns bekannt ist. Heute gibt es in Rußland eine neue Form der Macht, die wir mit unseren bisherigen Modellen nicht erklären können.

In diesem Fall handelt es sich nicht nur um das Heranwachsen einer militärischen Macht, sondern um ein neues Phänomen... Niemals bisher existierte ein Heer, das sich in solchem Ausmaß mit der Industrie zu einem Komplex verwickelte um zu bestehen. (...) Meiner Ansicht nach dominiert dieses russische Heer, weil es bei Plänen, bei Direktiven etc. bevorzugt behandelt wird, weil es national und international auswählen kann. (Um ein konkretes Beispiel einzufügen: die polnischen Solidarnosc-Vertreter im Exil warnen die Friedensbewegung vor der Militärmacht UdSSR, weil diese auch in Polen Rohstoffe, Arbeitskräfte und Fabriken für ihre Zwecke einsetzt; d.h. z.B. in Polen Pläne aufstellt, was und wieviel fürs Militär gegen welche Bezahlung zu produzieren ist. Diese „Fremdarbeit" ist auch ein Grund für Polens Mißwirtschaft; Anm. sf-redaktion) Der militärische Sektor hat jedoch kein Interesse zu bestimmen, wer als Ausbilder nach Ost-Sibirien bestimmt wird oder wie der Preis für Schuhe festgelegt wird; – für solche Sachen besteht die Bürokratie der Partei.

FRAGE: Also besitzt die Partei immer noch einen wichtigen Posten in der sowjetischen Gesellschaft?

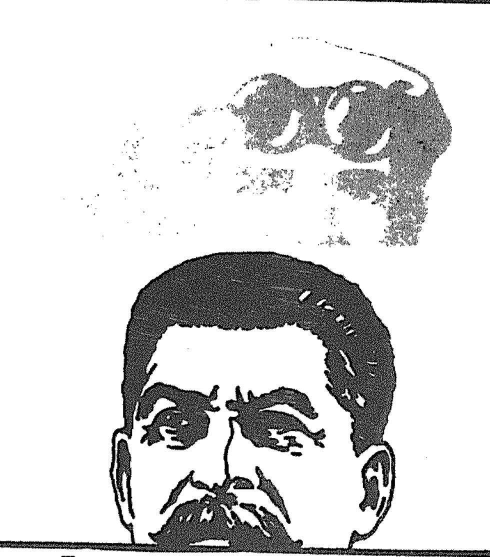
ANTWORT: (...) In Rußland gibt es zwei Sektoren: Der zivile Sektor, welcher nicht funktioniert oder nur schlecht funktioniert: in diesem Bereich gibt es einen konstanten Mangel an guten Produkten bzw. schlechte Qualität.

Dann der militärische Sektor, welcher perfekt funktioniert und der Rußland zur ersten militärischen Macht der Welt machte. Diese Situation will etwas verdeutlicht werden:

Das Heer der Nach-Stalin-Zeit ist ein Heer von Nuklear-Ingenieuren, Elektronikern, Chemikern, Ingenieuren der Metallurgie...; kurz ein Heer von Spezialisten. Das Wachstum der Differenz zwischen dem zivilen Sektor und dem militärischen Sektor ist enorm. Es scheint, daß die militärischen Bereiche als die einzigen effizienten Teile der russischen Gesellschaft gelten. Diese militärische Gesellschaft (ich spreche, um genau zu werden, vom professionellen Teil im Heer) ist vor allem eine enorme Industrie, welche nach meinen Kalkulationen **ca. 20 Millionen Arbeiter** einbezieht; – auf eine Gesamtzahl von 140 – 150 Millionen Arbeiter.

Wie ist es möglich, daß dieser Sektor effizient produziert? Um dies zu beantworten, ist es nicht hinreichend, auf die großen Möglichkeiten der Produktion hinzuweisen. Zum Beispiel fallen seit 10 Jahren der Agrarwirtschaft 30 % der Investitionen zu, und sie ist trotzdem immer in einer desasterähnlichen Situation. Es existiert also eine andere Organisation der militärischen Produktion, von welcher wir heute – dank der Aussagen der Dissidenten – die Daten haben. (Laut Solidarnosc-Vertretern gibt es auch Privilegien für in der 'militärischen' Industrie tätige Arbeiter; Anm. der sf-redaktion)

Zusammengefaßt (...): notieren wir die militärische „Unter-Gesellschaft" als die einzige lebende Kraft in dem Regime, zu der die Partei im Vergleich als eine Art „Spezies von lebenden Kadavern" erscheint, dann sehen wir, daß der Totalitarismus im klassischen Sinne den Platz für einen



neuen Typ von sozialer Formation freimachte; diese nenne ich „Stratokratie" (laut Duden: „Fehlanzeige"; geschätzte Übersetzung der sf-redaktion: **Herrschaft einer Schicht**)

FRAGE: Hat es trotzdem noch Sinn, das sowjetische Regime als totalitäres zu bezeichnen, charakterisiert durch die Formen, die uns bekannt sind?

ANTWORT: Ich glaube, wir müssen erkennen, daß wir uns einem neuen geschichtlichen Wesen gegenüberstehen, welches mit dem klassischen Totalitarismus eine gemeinsame Charakteristik hat: es hängt an der brutalen Gewalt um der brutalen Gewalt willen. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied, weil wir feststellen müssen, daß in Rußland das Ziel einer totalen Herrschaft von der Gesellschaft getrennt wurde. Die Herrschaft versucht weiter das Ziel zu sein, bleibt aber eine externe (= äußerliche) Herrschaft. Warum? Ich denke, daß wenigstens im Fall von Rußland der klassische Totalitarismus fehlgeschlagen ist mit seinem zentralen Ziel das humane Sein total zu assimilieren oder, wenn es fehlschlägt, es zu vernichten. Dies läßt sich unmöglich beweisen, aber meiner Ansicht nach „übersetzt" uns der Zusammenbruch der Partei und das Hervorgehen des Heeres diese Möglichkeit. (Folgt man Castoriadis' Argumentation und sieht das Militär als Subsystem der östlichen Gesellschaften, dann ist die Militärdiktatur in Polen nicht der letzte Ausweg eines totalitären Systems a la Chile, Argentinien usw., sondern **eine logische Konsequenz**, die möglicherweise allen osteuropäischen „real-militärischen" (?) Ländern droht. Ist der militärische Sektor **privilegiert** in der Auswahl am know-how, Techniken, Rohstoffen und Industrieanlagen und funktioniert **deshalb** besser als alles andere, so wird er dann zum Einschreiten gezwungen, wenn eine organisierte Gewerkschaft diese Privilegien wieder für andere gesellschaftliche Bereiche zurückfordert; oder wenn eine Partei (durch Massenaustritte wie in Polen) so weit abgestorben ist, daß sie ihre formalen Verwaltungsaufgaben nicht mehr erfüllen kann. Das heißt auch, diese Arbeitsteilung zwischen Militär (tatsächliche Macht) und Partei (offizielle und bürokratisch-verwaltende Macht) funktioniert nur, wenn die K[illegible]ft zwischen den beiden Systemen Militärgesellschaft und Gesamtgesellschaft nicht so groß wird, daß die Gesamtgesellschaft zusammenbricht; tut sie das, dann muß das Militär — um seine Teilgesellschaft zu erhalten, die Macht und die lästigen Aufgaben in der Gesamtgesellschaft mitübernehmen; d.h. ca. 20 Millionen managen dann die Gesellschaft alleine! Demzufolge schließt auch Castoriadis: — Anm. der sf-redaktion)

Sicher ist die Geschichte noch nicht beendet, aber in diesem Punkt der „Evolution" wird deutlich, daß es unmöglich ist, den Widerstandsfaktor Mensch zu übergehen. Wir wiederum können denken, daß immer die Möglichkeit des Kampfes für die Freiheit vorhanden ist, — und nicht nur denken, sondern auch versuchen, dies in Aktionen umzusetzen.

bonn oder berlin ?

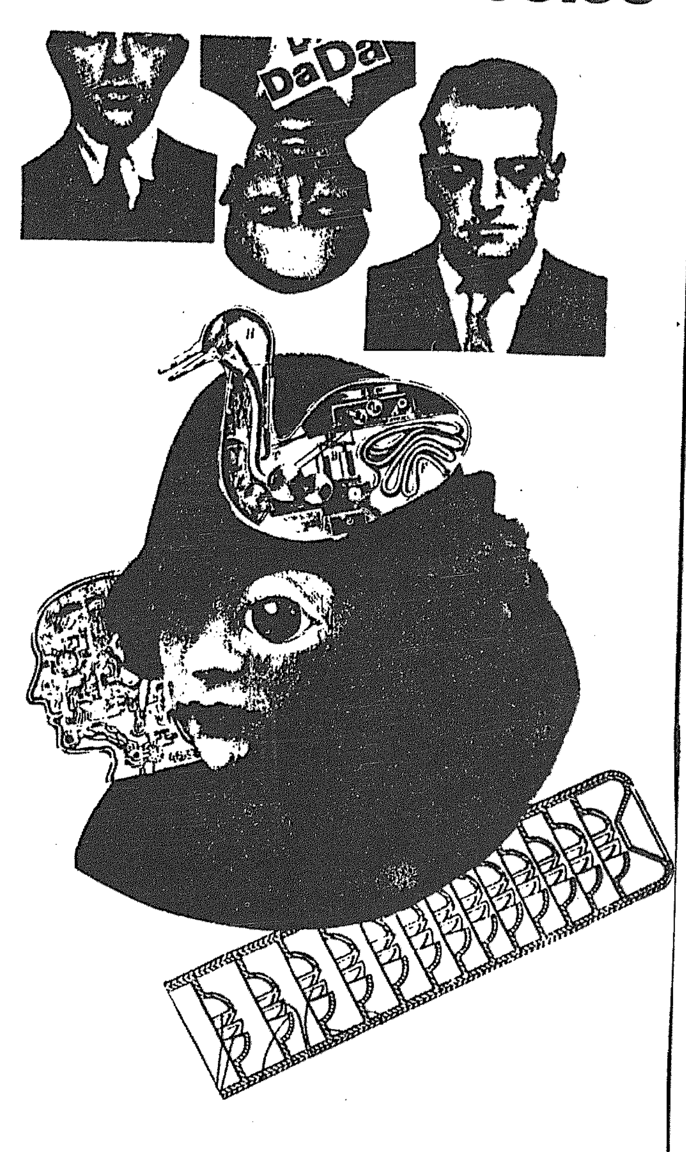
a. celso

Die Friedensbewegung mobilisierte nach Bonn und obwohl ihr kleinerer Teil: die Anti-Kriegs-Bewegung zu Hause blieb und ihr noch kleinerer Teil: die Anti Imperialismus-Bewegung nach Berlin fuhr, kamen mehr als zur medienberühmt gewordenen Bonner Friedensdemo 81. Während die Anti-Imps blauäugig ihren Sieg am Nolli feiern, hatte so manche Gruppe bei ihrer Rückkehr ein Mitglied weniger aufzuweisen. Wer dennoch vom Sieg spricht, muß ein Gruppenbewußtsein haben, wo der einzelne nichts mehr zählt und nur noch die Sache wichtig ist; ein militarisiertes Bewußtsein also, das die Frage zuläßt, für wen da eigentlich gekämpft wird.

Trotzdem brachte der Nolli eine zentrale Erfahrung: daß so oft verspürte Ohnmacht trotz andauernder staatlicher Aufrüstung kein Dauerzustand sein muß, daß eine Opfermentalität (die intellektuelle Entsprechung zum no-future-Denken) unangebracht ist, bzw. den Glauben an die eigene Kraft aufgibt. Hinzu kommt, daß es eine Grenze für Angst gibt und hier macht der Staat seine Fehler. Wer „dicht macht" und versucht, chilenische Stadien auf deutsche Straßen zu übertragen, läßt der Angst keinen Ausweg. Wer mit der Angst Politik macht – und darin sind die Einsatzleiter seit ein paar Jahren wahre Meister – muß eine WAHL lassen. Wenn keine Wahl mehr bleibt, verändert sich die Angst: auch der Furchtsame hat keine Chance mehr, also muß er sie nutzen.

„Die Anti-Kriegs-Bewegung blieb zu Hause", ist eine Behauptung, die vielleicht von anderen Aktiven widerlegt wird. Klar erscheint, daß viele Anarchos, Spontis und andere Linksradikale keinen Bock hatten, superfriedlich einen Tag in Bonn spazierenzugehen; für teures Fahrgeld in einer Masse eingepfercht zu sein, wo auch organisiertere Gruppen (als wir sie haben) keine Akzente mehr setzen können. Reden zuzuhören, von denen man sich – wie am 1. Mai von den Gewerkschaften oder bei Antinazidemos von der SPD/DKP nicht vertreten fühlt. Kurz, die Friedensbewegung war in Bonn genauso zahlreich vertreten, wie im Jahr zuvor, und sie war in ihrer Zusammensetzung weniger radikal als je zuvor. Nach Berlin fuhr die westdeutsche Antikriegsbewegung, wenn überhaupt, dann ganz vereinzelt. Die Gründe liegen auf der Hand: zu weit – zu teuer – zu zentralistisch – und: man kennt sich zu wenig aus, um ohne sichere Verluste mitzumischen. Kurz und schlecht, ein großer Teil der überzeugtesten Reaganfans machte gar nichts außer mit klammheimlicher Freude die TV-Nachrichten aus Berlin bzw. mit gelangweiltem Abwinken das Friedenstralala von Bonn zu verfolgen. Viel zu kurzfristig und vor allem ohne organisatorische Basis, ohne konkrete Treffs, Ortsangaben etc. wurden noch Aufrufe zu dezentralen Autobahnblockaden verschickt, eine von der Sprache (kein „Kampf dem..." etc.) und vom Inhalt (dezentrale direkte Aktionen) äußerst begrüßenswerte Sache. Aber sie verdeutlichte die momentane Schwäche der Antikriegsbewegung, es reicht nur zu zentraler Mobilisierung, zum Ausrichten auf die großen Symboldemonstrationen, aber es hat sich noch keine Struktur entwickelt von der aus dezentrale Aktionen organisiert werden könnten. Daß die breite „Friedensbewegung" (incl. DKP, Krefelder... etc.) kein Interesse an direkten Aktionen hat, dürfte klar sein, zu sehr unterscheidet sich ihr Politikverständnis von unserem, zu sehr werden sie immer den Symbolen, den Massen etc. hinterherjagen, egal was sie am Ende bewirken. Die Friedensbewegung zu beeinflussen, dürfte also eine Sysiphosarbeit sein, die nur Kräfte im bürokratischen Gerangel um Einfluß verschleißt; wichtiger wäre die praktische Organisierung der Anti-Kriegs-Bewegung. Erst dann erzielen solche Aufrufe wie der zur „Blokkade sämtlicher Autobahnen der BRD am 10. 6." Wirkung. In unserer momentanen Situation war die einzige – uns bekannt gewordene – Auswirkung ein Strafantrag gegen das Münchner BLATT wegen der „Veröffentlichung eines Aufrufs zur Begehung von Straftaten". Um die Diskussion noch etwas weiterzuführen, drucken wir einen Artikel der Berliner „RADIKAL" nach; wieder mit dem Hintergedanken, daß unsere über 100 Berliner Abonnenten sich in Zukunft aufschwingen, den SF als Diskussionsforum mitzubenutzen und uns authentische Beiträge zuschicken, denn daß wir stellvertretend analysieren oder diskutieren, halten wir mit unserem Amspruch für nicht vereinbar. Bis jetzt deckt ihr uns eher mit Aufrufen oder mit Action- bzw. Initiativen-Berichten ein, anstatt mit Analysen oder Diskussionsbeiträgen, die in einer v i e r t e l j ä h r l i c h erscheinenden Zeitschrift viel sinnvoller wären. U.a. weil K. Ätzer zu einem ganz ähnlichen Schluß kommt, wollen wir ihn hier abdrucken.

(„Schwarzer Kanal" ??? tzz)



Rhytmuswechsel

oder: Wenn wir alle unser revolutionäres Über-Ich mitbringen, dann sind wir schon doppelt so viele



Reagan-Show — Gleisdreieck der Bewegung? Hängt die organisierte Politik, die Politik der Organisationen, den Rest der Bewegung von sich ab? Auf den VV's um den Reagan-Besuch wurden Differenzen deutlich, die unsere Gemeinsamkeiten zu untergraben drohen. Die Organisierten fühlen sich im Aufwind, bei Unorganisierten entdeckt man Kadermentalitäten; andere verkriechen sich in ihrem Frust, fliehen die Langeweile und das Gefühl, sich nicht mehr einbringen zu können. Aber der Rückzug vieler ist nicht nur Folge der grenzenlosen und unbeirrbaren Aktivität derer, die zu wissen scheinen, wo es lang geht; durch ihn werden jene z.T. erst in die Kaderrolle gedrängt. Wir müssen die unterschiedlichen Positionen und Politikauffassungen diskutieren, um weiter zusammen handeln zu können.

Als die Bewegung abging, rannten wir los, den Blick vom Raum der vereisten Gegenwart gelöst, schauten irgendwohin, nirgendwohin, egal wohin, und genossen den Luftstrom, der an uns vorbeiflog. Unsere Spontaneität führte uns unfehlbar über das Packeis, in das sich unsere Spuren einrissen. Dann wurden wir zu schnell für uns — oder war es doch zu glatt? Wirliefen noch eine Weile dem Mythos unserer Spontaneität hinterher (einige laufen immer noch), dann lehrten Einbrüche und Bauchlandungen uns den Unterschied zwischen Spontaneität und Unbesonnenheit. Spontaneität heißt, ohne Nachzudenken das Richtige tun zu können; Unbesonnenheit ist, wenn man besser nachgedacht hätte. Wir schickten uns an, Neuland zu betreten — oder treten wir auf dem selben Boden nur anders auf? Zaghaft begannen wir, nach- und vorauszudenken. Aber die meisten von uns hatten in der Anfangseuphorie die Erinnerung, mit der man in den Kampf um die Zukunft geht, vergessen mitzunehmen. Aus der Geschichtslosigkeit entsteht der Fehler der Wiederholung, die Wiederholung der Fehler. Und da die Tragödie bereits vor Jahren als Farce wiedergekehrt war, scheint uns nur noch das Komödienstadel zu bleiben. Die Überwindung der Kopflastigkeit hat bisweilen die Kopflosigkeit begünstigt. Man zerbricht sich den Kopf über Marschrouten, den günstigsten Ort der Konfrontation mit den Bullen, mögliche Beeinflussung der Gerichtsentscheidung usw. — was sinnvoll ist. Aber ständig droht alles in die militärstabsmäßige Planung der Randale abzugleiten. Taktik gegen Taktik, wie werden die Massen am effektivsten eingesetzt. Darüber scheinen einige von uns vergessen zu haben, die nötigen Krawallutensilien herzustellen, Farbbeutel, Krähenfüße etc.

Wenn die Bullen auf beiden Seiten der Demo nebenherlaufen? Die Bedrohung ist jedem klar; auf einer VV kann man zusätzlich erfahren, daß dies „entwürdigend" ist. An meine Würde hatte ich gar nicht gedacht. Darum: alle müssen entschlossen... geschlossen... starke und machtvolle Demonstration... blublaberlall. Nun, ich denke, wenn jeder sein revolutionäres Über-Ich mitbringt, sind wir schon doppelt so viele. Ehre, Würde, Verantwortung, Entschlossenheit — das sind Reagans Worte am 11.6.. Begriffe und Moraleinstellungen, die als lächerliche Kobolde anscheinend auch in unseren Köpfen noch ihr Unwesen treiben.

Insgeheim ist ja auch schon alles für die Demo vorbereitet, zumindest die Marschordnung: Kreuzberg 36 vorn, dahinter die bewährten Hamburger, Kreuzberg 61 in der Mitte, Schöneberg läuft hinten, ebenfalls verantwortungsvolle Position; aber die Ehre, die Spitze zu bilden, gebührt natürlich den 36ern, schließlich hat es dort auch die ersten Hausbesetzungen gegeben. Ordensverleihung am 12.12. jeden Jahres auf dem Heinrichplatz.

Am 11.6. kommt es auf der Straße zum Glück alles ganz anders. Militärtaktiker waren wir noch nie. Mit Demozug in Richtung Schloß ist nichts. Die Bullen ziehen einen banalen Strich durch unsere Rechnung indem sie den Nolli in ein chilenisches Fußballstadion verwandeln. Aber auch ihre Rechnung geht nicht auf (oder etwa doch?): die action geht ab, und sie geht geil ab. Nolli, Potse, Maaßenstraße, Winterfeldplatz: unsere Klamotten überfliegen schwerelos die Grenzen der Ordnung, das Recht steht in Flammen. Die Augenblicke, in denen es mir gelingt, aus den Fesseln der gewohnten Ohnmacht zu springen, gleichen sich: ob 12.12., Goltz-Straße, Haig oder ein anderer Anlaß — das feeling ist dasselbe. Kein bedächtiger Zeigefinger, der zwischen mir und „der Bevölkerung" hin- und herwandert und an die Notwendigkeit „vermittelbarer Aktionen" zwecks zukünftiger Revolution gemahnen will, läßt mich auf die Gegenwart der Revolte verzichten. Das ist das eine.

Man kann die Frage diskutieren, ob man nicht doch hätte versuchen sollen, die action näher vors Schloß zu tragen statt sich gierig auf sie zu stürzen dort, wo sie uns angeboten wird. Z.T. schliddern wir wie Esel auf dem Glatteis der Taktik und Besonnenheit, greifen nach dem erstbesten Halt, der sich bietet, nicht sehend, daß es die Saugnäpfe und Krallen sind, die uns seit Jahrzehnten in ihrer Macht halten wollen. Als hätten die leninistischen Parteiredner in der Geschichte nicht längst ausgekaspert; als wären in den trotzkistischen, international-kommunistischen, antiimperialistischen Organisationen nicht die wasserköpfigen Embryos derjenigen Institutionen erkennbar, die wir gestern noch aufs Abstellgleis ihrer Geschichte der Disziplin geschoben hätten. Wo es darum geht, daß wir etwas organisieren, koordinieren, vorbereiten müssen, stehen die Organisationen schon bereit, wie der Igel in der Fabel. Sie überreichen einem Flugblätter, Infos, Ratschläge und dann — wenn man es endlich glaubt, daß sie es besser wissen müssen — Anweisungen. Wo Argumente gesucht werden, bieten sie sie an, nein: feil. Die Marktschreierpose soll allzuoft das Klischee als Inhalt verkaufen.

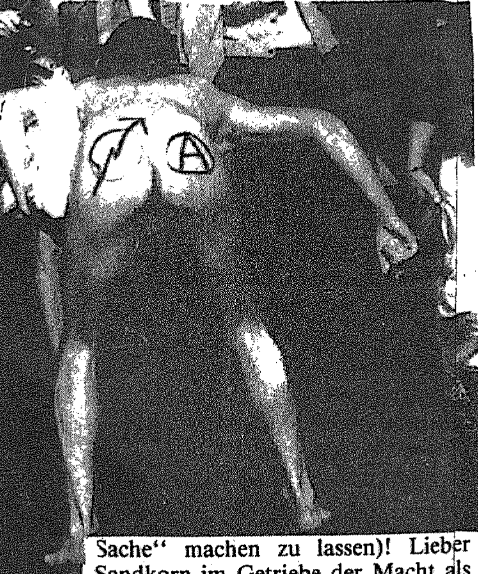
VV im Kukuck: Vorschlag — Gegenrede — Beifall — Vorschlag weggeputzt. Demo ab Nolli oder Treffpunkt gleich am Schloß, wo das Politrodeo mit den eingeflogenen Yankee-Stars ablaufen soll? Die Argumente gegens Schloß (Erfahrung mit Jubel-Berlinern bei der Militärparade) spielen kaum eine Rolle, an ihnen wird nicht weiterdiskutiert. Statt dessen: Wer wagt es überhaupt, gegen die Demo aufzutreten? Diejenigen, die nicht bei den wochenlangen Vorbereitungen mitgeholfen haben! Knock-out! Arbeit, Einsatz zählt, Argumentationsersatz No 1. Außerdem tragen wir durch die Ankündigung der Demonstration eine große „Verantwortung" gegenüber den Westdeutschen (wahrscheinlich sogar gegenüber dem Weltproletariat), worauf unser ‚bester Mann' dankenswerterweise aufmerksam macht. Es findet sich keiner, der ihm die Verantwortung abnehmen kann; No 2. Auf die immer noch nicht „Überzeugten" wird ein Feuer magischer Beschwörungsformeln abgeschossen: breiter Widerstand... gemeinsam... Stärke zeigen... einheitlich... Geschlossenheit... Mit Führerpathos wird ein Massenfeeling herbeiimaginiert, in dem so manch einem die Wangen zu glühen beginnen; No 3...

(Wie schon beim Haig-Auftritt, wo wir uns viel zu früh in der Goltzstraße festgebissen haben, als es noch möglich war, näher ans Rathaus zu kommen.) Allerdings warum? Action bleibt action, strategische Ziele (Einnahme des Rathauses, Verhinderung des Reagan-Besuchs) haben wir sowieso nicht, und publikumswirksam war es auch.

Zum Publikum (der durchs Medienspektakel inszenierten „Öffentlichkeit"): Anfangs hat sich die Bewegung nicht darum geschert, wie die Straßenaction bei „der Bevölkerung" ankommt; die action war selbstverständlicher Ausdruck dessen, was wir wollten. Und siehe da, bis tief in die bürgerliche Öffentlichkeit hinein verstand man unsere Ausdrucksformen, sympathisierte sogar mit uns. Dann gelang

es der Politik der Massenmedien, unsere Aktionsformen isoliert von den damit verbundenen Inhalten zu präsentieren und den Haß der Bürger auf uns zulenken. Wir werden nicht umhin können, den Inhalt des Aufruhrs, den Aufruhr als Inhalt (nachträglich) zu vermitteln. (Nachträglich, weil wir uns von ihm nicht abhalten lassen, wenn die Vermittlung nicht gelingt.)
Aber machen wir nicht auch selbst die Öffentlichkeit zum Publikum? Ist das Publikum nicht für uns zum Spiegel geworden, durch den hindurch wir uns nur noch selbst betrachten können? Versichern wir uns der Existenz unserer Bewegung nicht durch die Schlagzeilen und TV-Berichte, die wir erzielen? Paradoxerweise richten wir Aktionen auf den „Erfolg“ in den Massenmedien aus, denen es sowieso gelingen wird, die Öffentlichen Reaktionen zu steuern. Subversiv wären Aktionen, die unter dem Einfluß der Massenmedien hindurchtauchen würden.

Zur anderen Frage: Wie bringen wir unsere Inhalte rüber, welche Rolle spielen wir in bzw. gegenüber der Friedensbewegung? Soll mir keiner mit dem Gelaber kommen, durch militante Straßenaction erreiche man nichts, mache man sich in puncto Frieden unglaubwürdig etc. pp. Vor allem keiner, der alle paar Jahre zur Wahlurne rennt, um seine Ja-Stimme zum System und dessen Gewaltapparat abzugeben. Unsere Militanz ist antimilitaristisch insofern sie sich jeder uns aufgezwungenen Ordnung widersetzt. Aber ich fürchte (?), unser Beitrag zur Friedensbewegung ist dort am stärksten, wo er sich nicht artikuliert. Welche Inhalte haben wir bisher geschafft zu artikulieren? Nato, Yankee-Imperialismus, El Salvador, Profitinteressen des bundesdeutschen und multinationalen Kapitals und deren Rolle im imperialistischen Treiben... Aber die Richtigkeit einer Position entscheidet sich nicht nur nach den Antworten, die man auf bestimmte Fragen gibt, sondern wesentlich danach, ob man die richtigen Fragen stellt. Selbst wenn viele erst seit einiger Zeit anfangen, die Unterdrückung im eigenen Land in weltweiten Zusammenhängen zu sehen, sind der Imperialismus und die ihn erzeugenden Profitinteressen nichts neues. Die Frage, die sich seit seinem Bestehen stellt, ist, wie es überhaupt möglich ist, daß breite Massen das blutige Spiel des Imperialismus mitspielen. Nicht das Kapitalinteresse ist der Skandal, sondern die Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem System! Es wäre naiv zu glauben, es bedürfte nur der Aufklärung über Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung am eigenen Arbeitsplatz und dem Völkermord in der Dritten Welt o.ä., um die Massen gegen den Imperialismus zu mobilisieren. Die Aufklärung kommt immer schon zu spät! Sie trifft auf Individuen, deren Charakterstrukturen in einem Sozialisationsprozeß geformt wurden, der vor jeder „politischen Entscheidung“ ansetzt. Wenn die Erziehung durch Familie, Schule, evtl. kirchliche Moral etc. gelingt, wachen die Leute schon als Spießer in der Welt der Politik auf, mit einem spießigen Weltbild. Die Selbstopferung in der Arbeitsdisziplin ist der Prüfstein. Die Massenmedien sichern den Sozialisierungsprozeß ab: sie präsentieren die Politik als Nachricht; sie ist ein Geschehen, von dem man im nachhinein erfährt; Handeln tun immer die Anderen; nach diesem Handeln wird man ausgerichtet: Nach-richt. Das Bewußtsein bleibt vom Willen und der Tat abgeschnitten, die Struktur des kapitalistisch durchrationalisierten Alltags degradiert es zur Meinung, die sich in der (Parlaments-) Wahl zwischen vorgegebenen Möglichkeiten erschöpft. Das Funktionieren im Alltag ist Voraussetzung und Folge der Untertanengesinnung. Radikale Politik heißt demnach, die Subversion im Alltagsleben voranzutreiben. Der Antiimperialismus beginnt im Klassenzimmer: wenn Schüler lernen, auf Noten zu scheissen, wenn sie Klassenarbeiten verweigern, sich der Schulpflicht entziehen; im Elternhaus: wenn sich Leute der elterlichen Autorität widersetzen, die erdrückende Sexualmoral durchbrechen; in der Fabrik: Absentismus und Sabotage; in jedem von der Tauschwertlogik befreiten Akt: Kaufhausdiebstahl ist Antiimperialismus! Das System wird nur zerbrochen werden können, wenn ihm die Untertanen entzogen werden. Das Problem ist nicht die Nato, sondern die Tatsache, daß Leute bereit sind, als Soldaten für die Nato zu kämpfen! Die imperialistische Rolle der Nato aufzudecken kann für uns nur eine nebenbei zu erledigende Aufgabe sein. Unsere Fragestellungen dürfen sich nicht auf der Ebene des offiziellen Politikverständnisses abspielen: Wer ist der Hauptfeind? Wer ist aggressiver: Nato oder Warschauer Pakt? Nicht nur weil auf dieser Ebene die Mehrheit der Bevölkerung sich bereits für die Antworten der Massenmedien entschieden hat, sondern auch weil sich hier unversehens der Zynismus einschleicht: historische Rolle der UdSSR, immerhin aus großer Revolution entstanden etc. Auf einmal sind die dem Sowietsystem unterworfenen Menschen im politischen Denken vergessen. Der Kampf gegen Unterdrückung kennt weder Kalkül noch Himmelsrichtungen, er ist in Ost und West derselbe. Und er hat dort anzusetzen, wo Herrschaft entsteht und erfahren wird: im Alltag. Dort, wo es sich entscheidet, ob die Leute mitspielen oder sich auflehnen. (Daß der Kampf dann antikapitalistisch und antiimperialistisch ist, versteht sich von selbst.) Die Unerträglichkeit des kapitalistischen Alltags hat unsere Revolte auf den Weg geschickt, lassen wir sie nicht in die historischen Abwässer der Berufsrevolutionäre kanalisieren.
Wir sind dabei, uns umzuorientieren. Die Häuser, deren Besetzung Ausdrucksform unserer Bewegung war und ist, sind für einige zum Fetisch geworden. Die meisten jedoch haben andere Inhalte in den Kampf einbezogen. Wenn diese Inhalte zu straighten und dogmatischen Politikformen führen, besiegeln wir selbst das Ende der Bewegung. Aber die Form gehört zum Inhalt dazu. Wenn wir die Inhalte richtig bestimmen, können sie nicht Gegenstand von Kaderpolitik auf der einen Seite und Grund von Bewegungsmüdigkeit auf der anderen Seite werden. Nehmen wir die Vorbereitungs-VV's zu Reagan als Ansatz, in eine Diskussion über Inhalte in der Anti-Kriegsbewegung zu kommen. Aber lassen wir die Fangarme der Organisationen ins Leere greifen! Wir brauchen Strukturen, durch die Kontinuität und Koordination von Diskussionen und Aktivitäten möglich sind. Wir können Diskussions- und Thesenpapiere zirkulieren lassen, verstärkt die vorhandenen Zeitungen, Schwarzer Kanal, radi etc. benutzen, vielleicht das Info wieder beleben; bilden wir Aktions- und Arbeitsgruppen, diskutieren wir auf den VV's inhaltlicher (ohne VV's zu wöchentlichen Einrichtungen zu machen — dann kommen bald nur noch dieselben). Es wird immer viele Sachen zu organisieren geben. Aber belassen wir es bei den Sachen in puncto Organisation! Fangen wir nicht an, uns selber zu organisieren (um dann zu Diener „der



Sache“ machen zu lassen)! Lieber Sandkorn im Getriebe der Macht als Öltropfen im Revolutionsapparat!

K.Ätzer





Michel Foucault:

INTERVIEWAUSSCHNITTE AUS „MIKROPHYSIK DER MACHT" — merve-Verlag Berlin, 1976

— Zum Gefängnis Attica:
Man stellt nun natürlich die Frage, was diese Maschine produziert, zu was diese gigantische Anlage dient und was aus ihr herauskommt. Zum Zeitpunkt der Erbauung von Auburu und des Gefängnisses von Philadelphia, die beide als Modell für die großen Einsperrungsmaschinen dienten, glaubte man, daß in der Tat etwas produziert würde: „rechtschaffende" Menschen. Heute wissen wir (und die Behörden sind sich darüber vollkommen im Klaren), daß nichts dergleichen produziert wird. Daß überhaupt nichts produziert wird. Daß es sich schlicht um einen großen Taschenspielertrick handelt, einen eigenartigen Mechanismus, de, als ein Kreislauf der Aussonderung funktioniert: die Gesellschaft sondert aus, indem sie Leute ins Gefängnis steckt, die das Gefängnis zerbricht, zermalmt, physisch ausmerzt; und wenn sie einmal zerbrochen worden sind, sondert das Gefängnis sie aus, indem es sie in die „Freiheit" entläßt und in die Gesellschaft zurückschickt; und dort sorgt ihr Leben im Gefängnis, die Weise, in der man sie behandelt hat, der Zustand in dem sie herausgelassen werden, dafür, daß die Gesellschaft sie aufs neue aussondern wird, sie ins Gefängnis steckt..."

am erschreckensten: „Ich meine das doppelbödige Spiel mit den Gittern: jene, welche das Gefängnis von der Außenwelt trennen und jene, welche innerhalb des Gefängnisses jede der Einzelzellen von den anderen abtrennen. Was die ersteren betrifft, die Gitter an den Toren, so bin ich mir wohl darüber im Klaren, wie Gefängnistheoretiker diese rechtfertigen: die Gesellschaft muß geschützt werden.

(Natürlich könnte man sagen, daß die größten Gefahren für die Gesellschaft nicht von den Autodieben ausgehen, sondern von Kriegen, Hungersnöten, Ausbeutung und all denen, die dies zulassen und auslösen, aber lassen wir das...)

Wenn also die ersten Gitter einmal durchschritten sind, könnte man erwarten, einen Ort vorzufinden, an dem die Gefangenen an das Gemeinschaftsleben, an eine Achtung vor dem Gesetz, an eine Rechtsausübung usw. „readaptiert" werden. Nun, man erkennt stattdessen, daß der Ort, an dem die Gefangenen zehn bis zwölf Stunden täglich verbringen, der Ort, den sie als ihr „Zuhause" betrachten, ein entsetzlicher Tierkäfig ist: etwa 2 Meter mal 1,5 Meter, auf einer Seite vollkommen vergittert. Der Ort, an dem sie allein sind, wo sie schlafen und wo sie lesen, wo sie sich ausziehen und ihre Notdurft verrichten, ist ein Käfig für wilde Tiere. Und darin liegt die ganze Heuchelei des Gefängnisses. Man hat den Verdacht, daß der Regierungsbeauftragte, der die Besichtigung leitet, wirklich innerlich kichern muß. Man hat den Eindruck, er müsse zu sich selbst und auch zu uns etwas sagen wie: „Ihr habt uns Räuber und Mörder übergeben, weil ihr sie für wilde Bestien hieltet; ihr verlangtet von uns, wir sollten aus ihnen auf der anderen Seite der Gitter, die euch schützen, zahme Lämmer machen; aber es gibt keinen Grund, warum wir die WÄCHTER, die Repräsentanten von „Recht und Ordnung", wir, die Werkzeuge eurer Macht und eurer Vorurteile, sie nicht für wilde Tiere halten sollten, ebenso wie auch ihr. Wir sind mit euch identisch; wir sind ihr; und folglich bauen wir in diesem Käfig, in den ihr uns mit ihnen gesteckt habt, weitere Käfige, die zwischen ihnen und uns das Verhältnis von Ausschließung und Macht wiederherstellen, welches das große Gefängnis zwischen ihnen und euch herstellt. Ihr habt uns zu verstehen gegeben, daß sie wilde Bestien sind; wir geben es nun wiederum ihnen zu verstehen. Und wenn sie dies gut gelernt haben werden hinter Gittern, werden wir sie zu euch zurückschicken.

Der einzige Weg für die Gefangenen, diesem Drillsystem zu entkommen, ist die kollektive Aktion, die politische Organisierung, die Rebellion."

TEILERFOLG GEGEN ANSTALTSLEITUNG
betr,: Schwarzer Faden Nr. 1 + 2

JVA:
„§ 68 Abs. 2, Satz 2 StVollzG besagt, daß dem Gefangenen einzelne Ausgaben oder Teile von Zeitungen oder Zeitschriften vorenthalten werden können, wenn sie das Ziel des Vollzuges oder die Sicherheit und Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würden.

Wie sich aus den Seiten 30 ff beiliegender Nr. 1 der angehaltenen Zeitschrift ergibt, soll neben der physischen Beeinträchtigung insbesondere die psychische Umfunktionierung des Inhaftierten, bishin zu dessen Vernichtung, Ziel des Strafvollzugs sein. Auf Seiten 4 ff der Nr. 2 obiger Ausgaben wird unmißverständlich zum Kampf gegen den Staat und dessen Rechtsordnung aufgerufen.

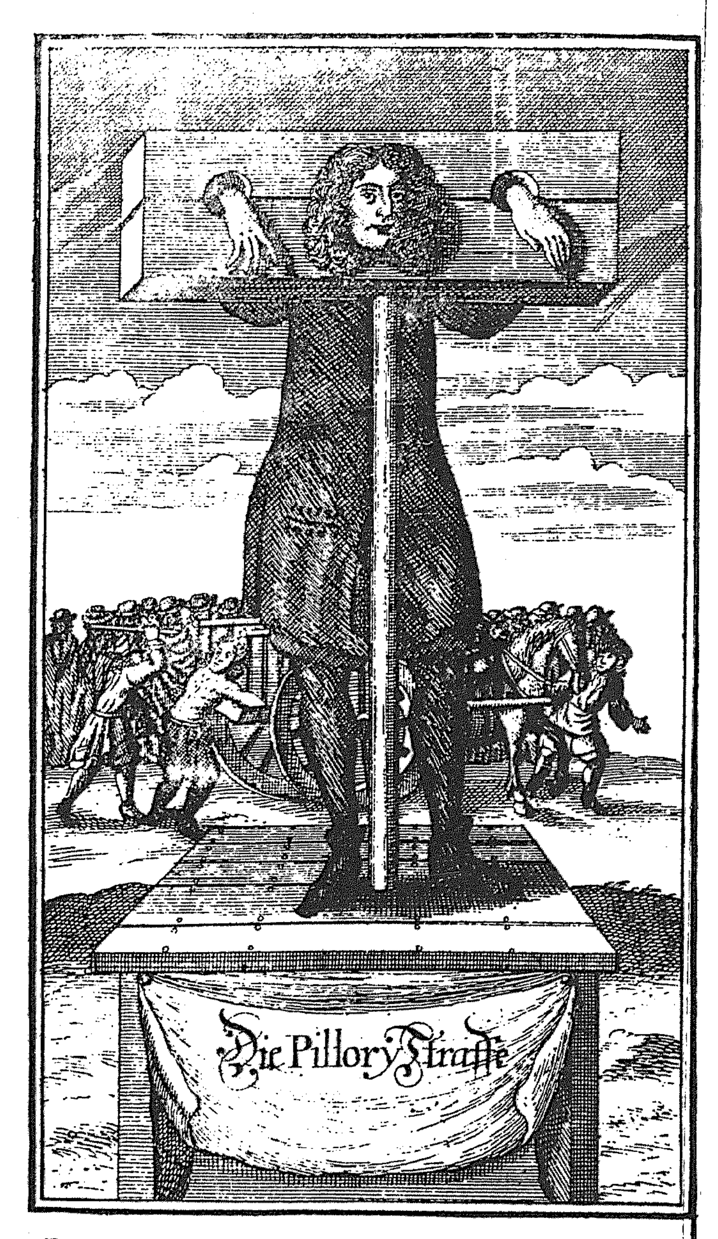
Durch das zugesandte Schriftgut sollte Straßer in seiner ablehnenden Haltung gegen die Anstaltsleitung bestärkt werden. Aus dem Inhalt dieser Zeitschriften ist zweifelsohne eine Ablehnung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates erkennbar. Bereits das Deckblatt dieser Publikation spricht für sich: deutlich sichtbar bezeichnet sie sich als **anarchistische** Vierteljahresschrift. Durch eine destruktive Protesthaltung soll der Gefangene insbesondere dazu animiert werden, die bestehende Anstaltsordnung zu ignorieren, um so verstärkt einen Autoritätsabbau im Strafvollzug zu fördern. Mittels terroristischer Parolen (so schnell geht's – sf-redaktion) sowie agitatorischer Angriffe gegen die Rechtsstaatlichkeit soll der Antragsteller „aufgeheizt" werden. (...)

Nach Entfernung des tendenziösen Artikels „Knastarchitektur – die Suche nach dem 'richtigen' Vernichtungsbau" (inzwischen als Broschüre im TROTZDEM-VERLAG nachgedruckt – sf-redaktion) wurde die gegenständliche anarchistische Vierteljahresschrift Nr. 1 des Magazins „Schwarzer Faden" dem Strafgefangenen Gottfried Straßer ausgehändigt. (...)"

Gottfried Straßer:
1. Der Bezug der Vierteljahresschrift „Der schwarze Faden" wird gestattet
2. Soweit diese Zeitschrift bisher aufgehalten wurde, werden die Anhaltungen aufgehoben.
3. Die Kosten des Verfahrens ... trägt die Staatskasse.

Landgericht Regensburg:
(...) Der Antrag, die Anhalteverfügung bezüglich der Seiten 29–38 aufzuheben, ist nicht begründet. ... Schon die Formulierung des Titels: „Knastarchitektur – die Suche nach dem 'richtigen' Vernichtungsbau" zeigt, daß eine sachliche Auseinandersetzung nicht beabsichtigt ist. So wird schon im ersten Satz ausgeführt, daß die Geschichte der Gefängnisse, – des Strafvollzuges überhaupt – eine Geschichte der Entwicklung und Erforschung baulicher und sozialer Techniken zur Bestrafung, Disziplinierung und Überwachung der Unterdrückten und Beleidigten ist. Eine Wiedergabe der Formulierungen und der Darstellungen im einzelnen verbietet sich, weil sonst der Zweck der Vorenthaltung nicht erreicht werden könnte. Die Überlassung des beanstandeten Artikels an den Antragsteller würde die Anstaltsordnung erheblich gefährden. ... Es ist damit zu rechnen, daß der Artikel anderen Gefangenen vor Augen kommt. Diese können in einer eventuellen Widerstandshaltung gegenüber dem Strafvollzug bestärkt werden, was die Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würde. Eine Verbreitung des Artikels könnte zu einer außerordentlichen Unruhe in der Anstalt führen. ...

(...) Soweit in dieser Anhalteverfügung zusätzlich entschieden worden ist, daß dem Antragsteller das Magazin



Der Pranger in England.

Im Hintergrund öffentl. Stäupung.

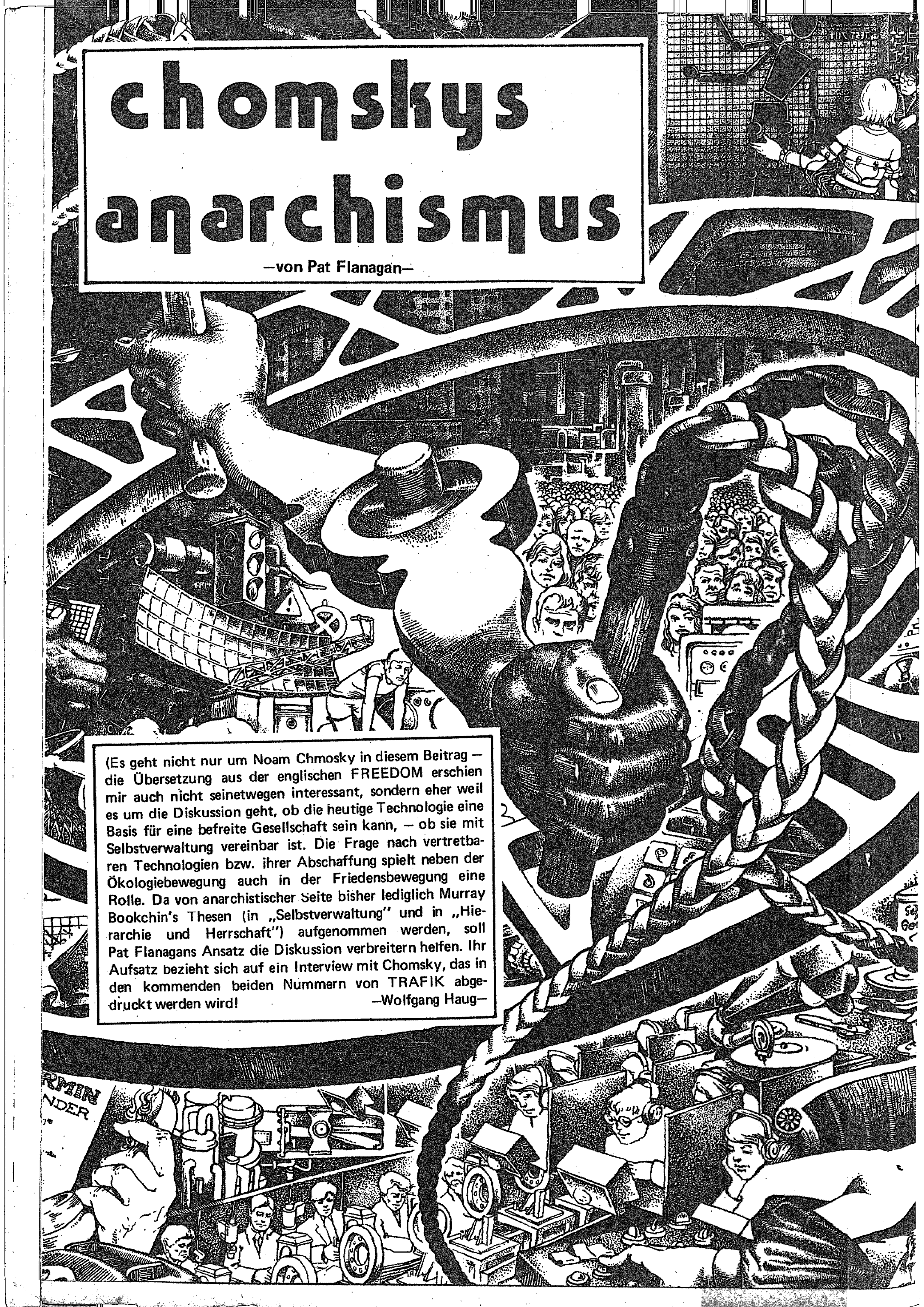
„Der schwarze Faden" in Zukunft vorenthalten wird, ist der hiergegen gerichtete Antrag zulässig. (...) Die Ablehnung der Bezugsgenehmigung **kann nicht** auf den Inhalt einer Zeitschrift gestützt werden, da diese Begründung lediglich für die Fälle des § 68 Abs. 2 StVollzG zulässig ist. Es ist nicht ersichtlich, daß die Verbreitung des Magazins im Sinne des § 68 Abs. 2. Satz 1 StVollzG mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist. In allen anderen Fällen kann der geregelte Bezug einer Zeitschrift nur ausgeschlossen werden, weil er den „angemessenen Umfang" im Sinne des § 68, Abs. 1 überschreitet. (...)"

Und zum Schluß gibt das Landgericht der JVA noch einen Tip, wie das lästige Problem eleganter zu lösen wäre:

„Dabei darf die Vollzugsbehörde berücksichtigen, daß die Gestattung weiterer Zeitungen und Zeitschriften nicht nur eine ins Gewicht fallende Erschwerung der inhaltlichen Kontrolle des Schriftguts mit sich brächte, sondern auch die Übersichtlichkeit des Haftraums beeinträchtigen würde. Dies hat das Bundesverfassungsgericht (NSTZ 1982, 132) zu Recht der Untersuchungshaft (§ 119 Abs. 3 STPO) entschieden." .

chomskys anarchismus

—von Pat Flanagan—



(Es geht nicht nur um Noam Chmosky in diesem Beitrag — die Übersetzung aus der englischen FREEDOM erschien mir auch nicht seinetwegen interessant, sondern eher weil es um die Diskussion geht, ob die heutige Technologie eine Basis für eine befreite Gesellschaft sein kann, — ob sie mit Selbstverwaltung vereinbar ist. Die Frage nach vertretbaren Technologien bzw. ihrer Abschaffung spielt neben der Ökologiebewegung auch in der Friedensbewegung eine Rolle. Da von anarchistischer Seite bisher lediglich Murray Bookchin's Thesen (in „Selbstverwaltung" und in „Hierarchie und Herrschaft") aufgenommen werden, soll Pat Flanagans Ansatz die Diskussion verbreitern helfen. Ihr Aufsatz bezieht sich auf ein Interview mit Chomsky, das in den kommenden beiden Nummern von TRAFIK abgedruckt werden wird!

—Wolfgang Haug—

Es gibt eine Reihe von Widersprüchen in Noam Chomsky's Arbeiten. Einer liegt darin, daß Chomsky's libertäres, soziales Denken konservativ ist, – ganz im Gegensatz dazu, daß er zu den führenden Geistern und zu den originellsten, tiefschürfensten und revolutionärsten Denkern in der theoretischen Linguistik (Sprachwissenschaft), – seinem akademischen Spezialfach – zählt. Die unkritische Behauptung C. P. Oteros, dem Herausgeber von (Chomsky's) „Radical Priorities", daß Chomsky möglicherweise der führende Theoretiker des Anarchismus sei, ist schlicht falsch.

Chomsky selbst ist der erste, der betont, daß seine Schriften über die zeitgenössische Bedeutung der libertären und speziell der anarchosyndikalistischen Ideen, nicht den Anspruch auf besondere Originalität erheben. Im Gegenteil erklärt Chomsky in „The Relevance of Anarcho-Syndikalism" (Für P. F., die beste, prägnanteste Darlegung von Chomsky's Anarchismus in „Radical Priorities"):

„Laßt es mich geradeheraus aussprechen, ich betrachte mich wirklich nicht als anarchistischen Denker. Ich bin ein zweitrangiger Mitläufer."

Nur die Tatsache, daß Chomsky selbst sagt, daß er kein innovativer (erneuernder) zeitgenössischer Anarchist ist, muß nicht heißen, daß er wirklich keiner ist. Trotzdem wird jeder, der sich die Mühe machte, seine libertären Schriften* zu lesen, die Wahrheit dieser Behauptung bestätigen. Sein Hauptanliegen in den (aufgeführten) Schriften ist ausgesprochen zweispurig:

– 1) Libertär-sozialistische und speziell anarchosyndikalistische Ideen und Praktiken zu bewahren und vor dem Vergessen zu schützen (von Seiten der Geschichte und der Unterdrückung, Verfälschung und Verdrehung durch prokapitalistische oder autoritär-marxistische bzw. staatssozialistische Ideologen)

und

– 2) die zeitgenössische Relevanz oder den Wert der Anwendung dieser Ideen und Organisationsformen auf die existierenden kapitalistisch-industriellen „Demokratien" des Westens zu betonen.

„Ist es notwendig," fragt er in „The Relevance of Anarcho-Syndicalism" (in: „Radical Priorities"), „daß anarchistische Konzepte zu der vorindustriellen Phase der menschlichen Gesellschaftsformen gehören, oder ist der Anarchismus d i e vernünftige Organisationsmethode für eine weit fortgeschrittene industrielle Gesellschaft?

Nun, ich für meinen Teil glaube das letztere, d.h. ich denke, daß die Industrialisierung und der Fortschritt der Technologie Möglichkeiten für Selbstverwaltung auf breiter Ebene schaffen, wie sie in früheren Perioden einfach nicht existierten und daß dies tatsächlich die vernünftigste Methode für eine fortgeschrittene Industriegesellschaft ist; eine, in der die Arbeiter sowohl die Kontrolle über ihre unmittelbaren Angelegenheiten bekommen, d.h. die Leitung und Kontrolle des Betriebs, als auch, daß sie selbstständige Entscheidungen treffen können, die die Struktur der Ökonomie, die sozialen Institutionen, die Regionalplanung usw. btreffen...

Ein Großteil kann automatisiert werden. Vieles von der notwendigen Arbeit, die benötigt wird um einen annehmbaren Stand des sozialen Lebens aufrecht zu erhalten, kann Maschinen übertragen werden, – wenigstens im Prinzip –; dies bedeutet, daß die Menschen frei für kreative Arbeit sein können, die objektiv in frühen Stufen der industriellen Revolution nicht möglich war."

In einem tieferen Sinn setzt Chomsky's Glaube an die vorteilhaften Kräfte angewandter Wissenschaft und Technologie, die den Menschen von entfremdeter Arbeit befreien und ihm das kreative und befriedigende Schaffen für sich selbst erlauben, einfach das marxistische Denken des 19. Jahrhunderts und das anarchosyndikalistische Denken des 20. Jahrhunderts fort. Marx' Behauptung im KAPITAL, daß unentfremdete, frei-kreative Arbeit für sich selbst nur auf der Basis der vollen Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus möglich ist und seine Überlegungen in den GRUNDRISSEN zum befreienden Charakter der Automation, werden in der anarchosyndikalistischen Tradition weitergetragen.

In den Schriften Rudolf Rocker's zum Beispiel, einem führenden anarchosyndikalistischen Autor, Aktivisten und Historiker, finden sich gleichzeitig eine Kritik an den lähmenden, entmenschlichenden und mechanischen Auswir-



kungen der Maschinen-Dominanz und der Ausbeutung der Menschen im kapitalistischen Arbeitsprozeß wie ein Beharren auf dem befreienden Wert moderner technologischer Erneuerungen in Industrie und Wissenschaft, wenn sie freiheitlich-sozialistischer Bestimmung dienen. Trotz der gegenwärtigen Verwendung der Maschinen und hochentwikkelten Technologien durch diejenigen, die sie besitzen und die die existierende Ökonomie und staatlichen Institutionen dazu benutzen, ihre Herrschaft, Ausbeutung und Kontrolle über den Rest der Gesellschaft zu erweitern, sind sowohl Chomsky wie Rocker einig in ihrem optimistischen Glauben in die nützlichen Möglichkeiten einer Maschinen-Technologie, insofern sie richtig genutzt werden.

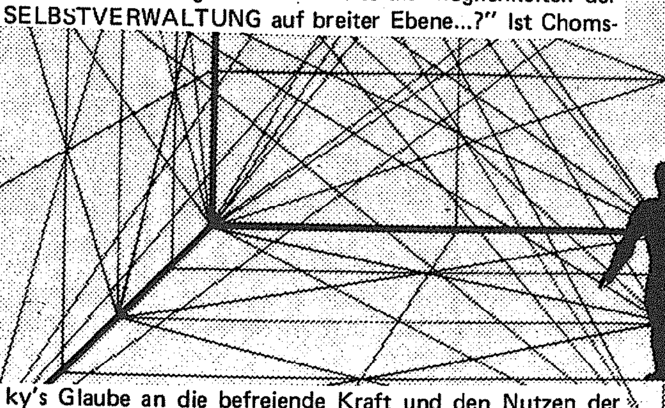
Es würde weit über diesen Artikel hinausgehen, den grundlegenden Einfluß des Anarchosyndikalismus allgemein und Rudolf Rocker's im besonderen auf Chomsky's Denken zu verfolgen. (Viele Begriffe Chomsky's, z.B. der Gebrauch von Bezeichnungen wie „Staatssozialismus" und „Staats-

Anmerkung:

*Begonnen mit der Abhandlung zum Spanischen Bürgerkrieg in „Amerika und die neuen Mandarine" (1969, Suhrkamp Verlag); teilweise auch in „Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen" (1971, Suhrkamp Verlag), der Einleitung zu Daniel Guerin's „Anarchismus" (1967, Suhrkamp Verlag); im deutschen fehlt Chomsky's Vorwort; es findet sich in „Aus Staatsräson" von Noam Chomsky (1974, Suhrkampt Verlag), der zweiten seiner Russel-Vorlesungen „Über Erkenntnis und Freiheit" (1973, Surhkamp Verlag) und der „Radical Priorities".

kapitalismus" zur Beschreibung der Sowjetunion und der USA, scheinen bei Rocker entlehnt.) In gewissem Sinn ist seine Kritik an der 'technischen Intelligenz' oder den Spitzentechnikern, die der Gesellschafts- und Staatsmacht sowohl in wesentlich kapitalistischen wie in staatssozialistischen Gesellschaften dienen, nichts anderes als ein modernisierter Rocker oder Bakunin...

Den folgenden Teil des Artikels will ich aber lieber der kritischen Untersuchung der Frage widmen, ob Chomsky's Anspruch angebracht ist, daß die anarchosyndikalistischen Ideen und Konzepte für eine heutige westliche kapitalistische Industriegesellschaft bedeutsam oder wertvoll seien. (Indem ich dies versuche, setze ich ein Hintergrundwissen an freiheitlich-sozialistischen und anarchosyndikalistischen Traditionen voraus und abstrahiere von der gleichermaßen wichtigen Frage, ob die anarchosyndikalistischen Ideen / Konzepte dem Ziel einer libertären, sozialistischen Gesellschaftsordnung genügend entsprechen.) Ist der Anarchosyndikalismus, wie er von Chomsky beschrieben wird, „die vernünftige Organisationsmethode einer hochentwickelten Industriegesellschaft? Vergrößert die Industrialisierung und der technologische Fortschritt die Möglichkeiten der SELBSTVERWALTUNG auf breiter Ebene...?" Ist Chomsky's Glaube an die befreiende Kraft und den Nutzen der modernen Technologie gerechtfertigt?



Ich versuche zu belegen, daß dem nicht so ist. Wenn es jemals einen Bereich gegeben hat, in dem nicht Wunsch sondern illusionsloses Denken und Verstehen notwendig war, dann dort, wo es sich um das Verhältnis von angewandter Wissenschaft, Maschinentechnologie und menschlicher Befreiung handelt.

Für den Anarchosyndikalisten ist Sozialismus im wesentlichen identisch mit „ökonomischer Demokratie" (d. h. Besitz, Management und Kontrolle in der Hand der Arbeiter). Während sie jede „politische" Form von Partei, Staat oder bürokratischer Regierung als unnötig und nicht wünschenswert ablehnen,... betrachten Anarchosyndikalisten die SELBSTVERWALTUNG in jedem Bereich der Arbeit als den Schlüssel und den Mittelpunkt einer freiheitlich-sozialistischen Gesellschaft. (Lenin's Irrtum in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" und anderen Polemiken gegen Anarchosyndikalisten und Linkskommunisten bestand darin, daß er bestehende antilibertäre reformistische und bürokratisch-kollaborierende Gewerkschaftsformen mit der echten Form von direkter Arbeiterselbstverwaltung im Arbeitsbereich vermischte.)

Für mich steht nicht der Wert der Ideale oder Ziele einer „ökonomischen Demokratie" wie sie von Chomsky mitvertreten wird in Frage. Es geht vielmehr um das Problem, ob existierende Methoden, Herangehensweisen und Entwicklungen von angewandter Wissenschaft und Maschinentechnologie im Arbeitsbereich prinzipiell mit diesen Zielen übereinstimmen...

Was ich herausarbeiten möchte ist, daß die existierende Maschinentechnologie grundsätzlich weit davon entfernt ist, für eine direkte Arbeitsselbstverwaltung verwendbar zu sein, ja, daß sie für anarchosyndikalistische Ziele geradezu unbrauchbar ist. Weit davon entfernt den Menschen zu befreien, sind die bestehenden technischen und technologischen Trends in der Industrie grundlegend autoritär und gegenrevolutionär.

Was sind das für Trends? Sie werden von so verschiedenen Autoren, wie den Mitgliedern der Frankfurter Schule oder von Lewis Mumford, Norman Mailer und Jacques Ellul gut beschrieben:

1) Immer größere Zerstückelung und Spezialisierung des Arbeitsprozesses in allen Bereichen.
2) eine konsequente Trennung und Lähmung von geistiger und körperlicher Kreativität des Menschen
3) immer weitergehende Ersetzung und Verdrängung des Menschen durch immer kompliziertere und raffiniertere Maschinen und Techniken
4) der vollständige Besitz und das Monopol auf das technologische Wissen, das gebraucht wird, um diese Maschinen zu bedienen, in den Händen einer elitären Minderheit.

Das Ergebnis dieses Trends ist ein bestimmter, gut verankerter 'technologischer Totalitarismus': diejenigen menschlichen Arbeitskräfte, die nicht durch Maschinen ersetzt oder verdrängt werden, werden zunehmend auf zwei Kategorien beschränkt: funktionierende elitäre Spitzentechniker oder machtlose Opfersklaven des technologischen Fortschritts (der von Chomsky so günstig beurteilt wird). Meine rein auf Erfahrungen gestützte Behauptung ist, daß diese Trends mit Selbstorganisation und Produktionskontrolle durch die heutige Belegschaft in unseren westlich-kapitalistischen Gesellschaften bei weitem nicht vereinbar sind, sondern eine gewünschte Praxis betrieblicher Demokratie verunmöglichen. Es gibt einen grundlegenden Widerspruch zwischen den Bedingungen der Existenz und Nutzung von moderner angewandter Wissenschaft, Maschinentechnologie und den Bedingungen für die Möglichkeit einer direkten Arbeiterkontrolle und SELBSTVERWALTUNG.

Im Nachklang auf die (damals) modernen Kriegführungsmethoden des Spanischen Bürgerkriegs, schreibt und argumentiert George Orwell, daß eine zweifache tiefgreifende Verwandtschaft bestand: auf der einen Seite zwischen der Einfachheit und der demokratischen Nutzung der Waffen und auf der anderen Seite zwischen einer hochqualifizierten Komplexität einer autoritären Kontrolle. Oder anders ausgedrückt: Demokratie und maschinentechnologische Komplexität verhalten sich umgekehrt proportional zueinander. Je einfacher und handhabbarer die Waffensysteme, desto größer sind die Aussichten auf ihren demokratischen Gebrauch. Je technologischer, je komplexer, desto wahrscheinlicher wird ihr elitärer, autoritärer und antidemokratischer Gebrauch. Bemerkenswert ist, daß Orwells Argumentation nicht auf den Mißbrauch (das im Prinzip Vermeidbare) bestimmter technischer Mittel abzielt. Ahnlich wie die Argumentation von Mumford oder Ellul ist es eine auf Erfahrung basierende Argumentation, die auf der autoritären und antidemokratischen Logik der Existenz und dem Gebrauch moderner maschineller Methoden aufbaut. Ich befürchte, daß Orwell recht hatte, und daß seine Argumentation verallgemeinert und auf die kapitalistische Industrie insgesamt angewendet werden kann.

(Daraus wird, nebenbei bemerkt, klar, daß indem Enzensberger diese grundlegenden Eigenschaften moderner Technologie ignoriert, seine in der Arbeit über BEWUSSTSEINSINDUSTRIE unternommenen Versuche zu belegen, daß moderne technische Mittel der Massenkommunikation einen demokratisch-revolutionären Charakter haben, hinfällig werden. Genau das Gegenteil dürfte wahr sein.)

Von Beginn an nimmt Chomsky's naiver Glaube an die befreienden Möglichkeiten von moderner angewandter Wissenschaft und Maschinentechnologie eine unhaltbare TRennung zwischen den MITTELN und den ZIELEN der maschinell-technologischen Nutzung vor. Ähnlich wie Marx legt diese Kritik an den gefährlichen Auswirkungen kapitalistischer Produktionsmethoden nahe, daß eine bestimmte technologische Methode auch — unverändert — angewendet werden kann, um befreiende libertäre Ziele zu verwirklichen; in unserem Fall, um direkte Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung des Arbeitsprozesses zu realisieren. Natürlich ist dies in einem oberflächlichen Sinn wahr. Heutige Produktionsmittel können dazu benutzt werden, Nahrung, Medizin, Bücher und andere nützliche Produkte für die Armen und Unterprivilegierten der Welt herzustellen, anstatt Rüstungsgüter und alltägliche Konsumdrogen. Aber im radikalen Sinn ist es eine unhaltbare Mystifikation anzunehmen, daß irgendein technologisches System in irgendeinem Zweig der Industrie einfach als neutrales Mittel behandelt werden kann, das zum guten oder schlechten, zum libertären oder antilibertären Zweck (eine dazugehörige Aneignung und Kontrolle vorausgesetzt) angewendet werden kann. In Wahrheit stellt nahezu jeder Bereich moderner Maschinentechnologie — Computer oder automatisierte Prozesse aller Art sind die Paradebeispiele — ein mehr oder weniger komplexes und spezialisiertes System dar (eine nicht auseinanderdividierbare Einheit von Mittel und Ziel); mit entsprechenden als „natürlich" eingebauten Bedingungen für die Existenz, die Arbeit und deren Auswirkungen. Diese erwähnten Trends und Auswirkungen sind auch als „selbstverständlich" in die „natürlich notwendigen" Produkte existierender moderner Techniken und Prozesse der Arbeitswelt eingebaut. Um zu rekapitulieren: Von diesen Auswirkungen liegt die wichtigste darin, daß die Belegschaft in eine kleine Elite kollaborierender Techniker (deren Macht und Privilegien sich direkt aus ihrem Monopolbesitz an theoretischer und praktischer Wissenschaft und technischem Know-How ableiten.) und in eine machtlose verbleibende Mehrheit von Massenarbeitern und Arbeitslosen aufgeteilt ist.

Bis jetzt habe ich meine Bemerkungen bewußt begrenzt als Kritik an Chomsky's naivem Optimismus für die befreienden Möglichkeiten einer modernen Technologie mit der anarchosyndikalistischen Zielen gedient oder solche erreicht werden sollen. In Übereinstimmung mit den Grundvorstellungen und Überzeugungsinhalten dieser Tradition sollen sie in der Arbeitswelt, speziell in der modernen Industrie, erreicht werden. Wenn Chomsky's Ansatz, der auf dem Glau-



ben in die Bedeutung und den Wert des Anarchosyndikalismus beruht, in der Industriesphäre scheitert, dann scheitert er auch hinsichtlich der verbleibenden Institutionen und Zusammenhänge westlich-kapitalistischer „Demokratien". Wie Ellul und andere gezeigt haben, setzen sich die technologisch-totalitären Trends und die grundlegend antifreiheitlichen Auswirkungen, die ich in Bezug auf die Ökonomie angesprochen habe, auch im Bereich der Funktionsweise bestehender staatlicher Institutionen, der Freizeit- und Konsumbereiche... kurz in unserer gesamten Gesellschaft durch. (...)

In Kapitel 20 von „Radical Priorities" zeigt auch Chomsky, daß er sich der elitären Macht und antidemokratischen Rolle der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz in der Struktur der modernen Ökonomie und der Staatsgeschäfte bewußt ist.

„Keine Bewegung für eine soziale Veränderung kann hoffen ihr Ziel zu erreichen, bevor sie nicht selbst die weitestgehenden intellektuellen und technischen Errungenschaften stellt und bevor sie nicht in den Bevölkerungsschichten verankert ist, die in jedem Bereich die produktive und kreative Arbeit machen."

Wie Chomsky denke ich, ist die entscheidende offene Frage, ob die Bewegung für eine freiheitlich-sozialistische Veränderung in tatsächlicher Praxis „normale" intellektuelle Spitzentechniker von ihrem geistlosen Arbeiten für Gemeinde und Staatsmacht abbringen und zu einem Arbeiten für die freiheitlich-soziale Veränderung bringen kann. Worauf ich aber bestehe ist a) daß diese „normalen" Spitzentechniker a u f g r u n d der bestehenden Technologie so „normal" sind und konsequenterweise b) daß ohne eine radikale Verwerfung des bestehenden „technischen Totalitarismus" weder die „normalen" Mitglieder der technischen Intelligenz, noch die bereits überzeugten Anarchosyndikalisten noch sonst irgendjemand eine libertäre Veränderung erreichen können werden.

Ich bin keine vom Wunschdenken durchdrungene Romantikerin (so sehr ich all diese moderne Maschinentechnologie für ihre lähmenden und entmenschlichenden Auswirkungen hasse) was die kurzfristigen Möglichkeiten anbelangt, die bestehenden technologischen Trends umzukehren, oder die Fähigkeit der Menschen, die westlich-kapitalistischen Gesellschaften auf eine vernünftigere Weise umzuorganisieren, die — einfach gesagt — eine direktere Beziehung zwischen den Menschen und zur Natur ermöglicht. Aber genau wie die Hoffnung auf eine Rückkehr zu früheren industriellen und sozialen Bindungen eine vom Wunschdenken erzeugte Illusion ist, so ist dies Chomsky's Glaube an die Möglichkeit, heutige Maschinentechnologie für anarchosyndikalistische Ziele verwertbar zu machen. Anarchisten können keine Illusionen mehr haben. Der einzig rationale Standpunkt ist, zu versuchen, die eigenen libertären Prinzipien völlig kompromißlos zu praktizieren...

+ + +

ARME SCHWEINE

HORST BLUME

„Einer für alle — alle für einen." Nicht nur bei Gewerkschaften ist dieser Wahlspruch seit dem Fall Neue Heimat fragwürdig geworden. „Westfleisch", der genossenschaftliche Super-Schlachthof vor den Toren Hamms fördert nach Ansicht seiner Kritiker Agrarfabriken und überschwemmt den Markt mit industriell produzierter Massenware — zum Nachteil von Bauern und Verbrauchern.

Doch inzwischen regt sich unter den Bauern Widerstand. Der agrarpolitische Arbeitskreis der Westf. Lipp. Landjugend (WLL) veranstaltete eine vielbeachtete Podiumsdiskussion zu diesem Problem und denkt über Alternativen nach. Lassen wir zunächst die Etappen, in denen es zu dem Konflikt gekommen ist, chronologisch ablaufen.

1. Lebendvermarktung — Überschaubarkeit

„Von den gesamten gewerblichen Schlachtungen an Schweinen wurden 1954/55 41,2 % auf Groß- und Schlachtviehmärkten lebend aufgetrieben, 1975/76 waren es nur noch 8,9 %" (1) Zahlreiche in Verbrauchernähe stattfindende dezentrale Lebendviehmärkte spiegelten vor ca. 20 Jahren für Jedermann einsahbar und unverfälscht das Marktgeschehen wider: Angebot und Nachfrage regelten den Preis. Sog. „Agenten" bekamen von den Bauern den Auftrag, das Vieh zum höchstmöglichsten Preis an die dortigen Metzger zu verkaufen. Das Mittel der Preise bildete die amtliche Notierung, nach der man sich auch außerhalb der wöchentlichen Auftriebe richten konnte. Die Metzger schlachteten die gekauften Schweine in kommunalen Schlachthöfen, die in jeder Stadt vorhanden waren. Der Vorteil der Lebendvermarktung liegt darin, daß — im Gegensatz zur Totvermarktung — der Bauer die volle Kontrolle über seine Produkte behält, indem er bei der Preisfindung für seine Tiere an Ort und Stelle mitreden kann. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist heute längst nicht mehr der Fall.

2. Durch Anpassung zum zweifelhaften Erfolg

Vor folgendem Hintergrund kam es zur Änderung der Konzeption der genossenschaftlichen Vieh- und Fleischvermarktung: „In marktfernen Gebieten, vor allem in Schleswig-Holstein, entstanden leistungsstarke Versandschlachthöfe. Sie waren in der Lage, auf Abruf die Großformen des Lebensmittelhandels (Supermarktketten und Wurstfabriken, d. Verf.) an Rhein und Ruhr rasch und ausreichend mit großen Fleischpartien einheitlicher Qualität zu beliefern. Mit der Entwicklung der Transport- und Kühltechnik konnte schon über geringe Entfernungen hinweg Fleisch kostengünstiger als lebende Tiere befördert werden. Die Hansalinie wurde zu einer „Fleischschiene" mit Einbahnverkehr in Richtung Süden. In Westfalen-Lippe fand demgegenüber in den sechziger Jahren Schlachtvieh über unzählige Kanäle seinen Absatz. Sie waren für die wachsende Produktion zu eng geworden. (...) Die genossenschaftliche Vermarktung war durch eine Vielzahl von Ortsgenossenschaften gekennzeichnet, (...). Das zersplitterte Angebot und die geringen Kapitalbildungsmöglichkeiten der genossenschaftlichen Vermarktung machten neue Initiativen erforderlich." (2)

Die Ziele für eine moderne Vieh- und Fleischvermarktung sahen folglich für den Westfälisch-Lippischen Land-

„ 1) die Kosten für die Erfassung und den Absatz möglichst niedrig zu halten,
2) die Bereitstellung großer Partien einheitlicher Qualität zu gewährleisten, und
3) die Marktposition des genossenschaftlichen Vieh- und Fleischangebots zu stärken." (3)

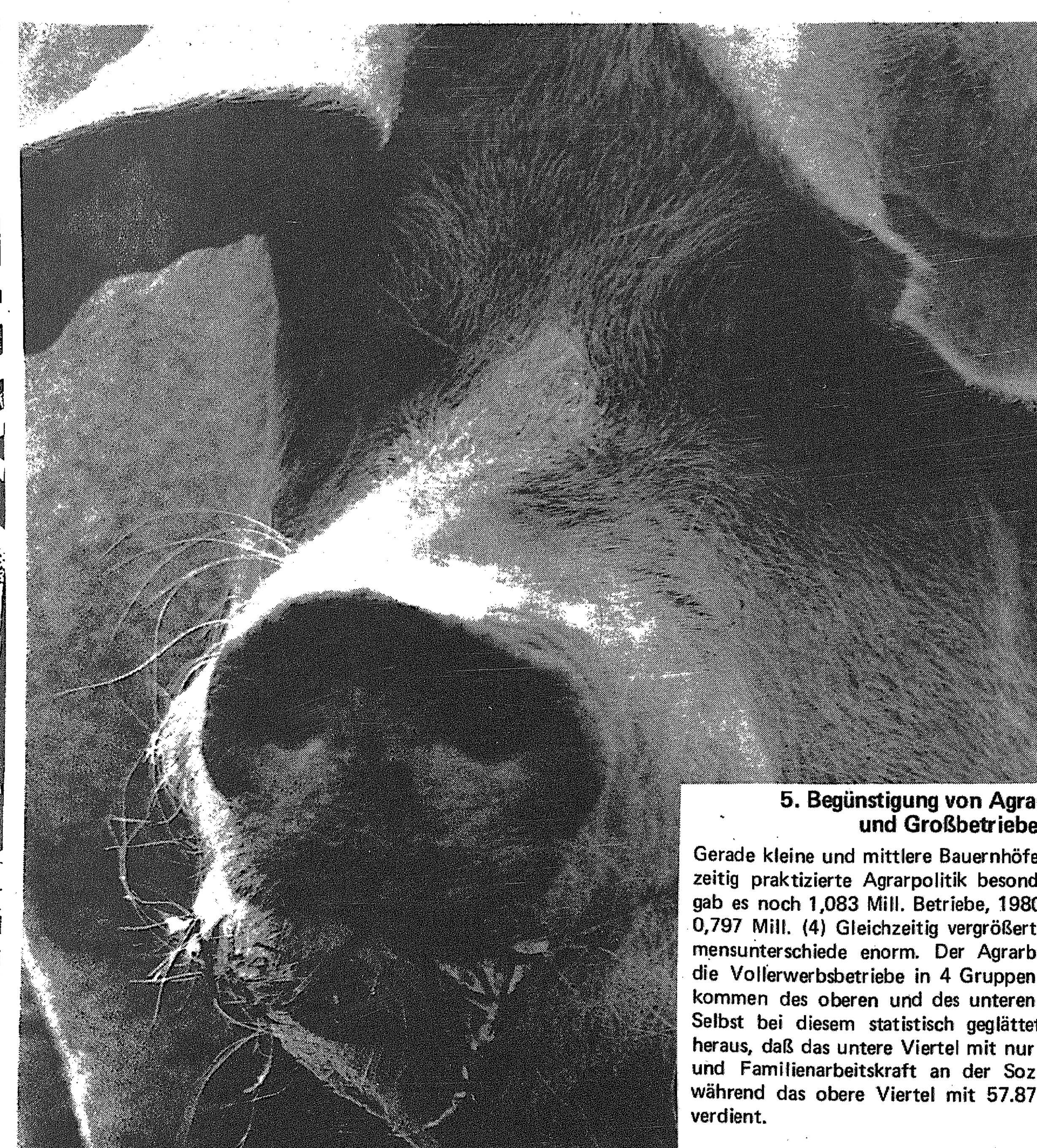
3. Konsequenz: Zentralisierung

Durch den sich anbahnenden Strukturwandel mußten immer mehr städtische und kleine private Schlachthöfe aufgeben. Dafür entstanden — vielfach von Steuergeldern subventionierte — Versandschlachthöfe in den Zentren der Schweinemast. So geschah es auch in Westfalen: Ursprünglich existierte hier die Vieh- und Fleischzentrale Westfalen eGmbH (VFZ), die als genossenschaftliche Vermarktungsorganisation zusammen mit ihrer Tochter „Provianda" über das geschützte Warenzeichen „Westfleisch" verfügt. Die insgesamt 84 örtlichen Genossenschafften waren zwar alle Mitglieder der VFZ, konnten aber gleichzeitig Konkurrenten der Zentrale sein, weil nur ein bestimmter Teil der Fleisches über die VFZ abgesetzt, der andere Teil aber in der betreffenden Region selbst vermarktet wurde.

In den örtlichen Genossenschaften waren die einzelnen Bauern Mitglied. Ursprünglich als Selbsthilfeeinrichtungen gegründet, genießt diese Unternehmensform noch hohes Ansehen, obwohl durch die abgehobenen Vorstandsentscheidungen die Bauern in der Regel keine wirkliche Entscheidungsgewalt mehr haben.

Mit dem Bau der großen Versandschlachthöfe in Paderborn, Lübbecke und Coesfeld hob Westfleisch die relative Eigenständigkeit der örtlichen Erzeugungsgemeinschaften und Genossenschaften auf **und vollzog somit einen tiefgreifenden Strukturwandel**. Da durch diese Maßnahmen angeblich die Vermarktungsstruktur „nachhaltig verbessert" wurde, konnten öffentliche Beihilfen zum Bau der Großschlachthöfe kassiert werden.

1980 wurde sogar noch der 4. Großschlachthof in Hamm-Uentrop für ca. 50 Mill. DM gebaut. Interessant ist dabei, daß eine Genossenschaft, die ja keine Gewinne machen darf und zum Wohle ihrer Mitglieder wirken sollte, immerhin einen Großteil der 50 Mill. DM für den Großschlachthof ihren Mitgliedern bei den Viehrechnungen abgezogen haben muß!



5. Begünstigung von Agrarfabriken und Großbetrieben

Gerade kleine und mittlere Bauernhöfe sind durch die derzeitig praktizierte Agrarpolitik besonders gefährdet. 1970 gab es noch 1,083 Mill. Betriebe, 1980 waren es nur noch 0,797 Mill. (4) Gleichzeitig vergrößerten sich die Einkommensunterschiede enorm. Der Agrarbericht 81 unterteilt die Vollerwerbsbetriebe in 4 Gruppen und stellt das Einkommen des oberen und des unteren Viertels gegenüber. Selbst bei diesem statistisch geglätteten Bericht kommt heraus, daß das untere Viertel mit nur 7.568 DM pro Jahr und Familienarbeitskraft an der Sozialhilfegrenze steht, während das obere Viertel mit 57.873 DM das 7,6fache verdient.

4. die Folgen

— Westfleisch hat ganz Westfalen flächendeckend mit Großschlachthöfen bestückt und verfügt mit über 30% der Schlachtungen in diesem Gebiet über eine große Marktmacht.
— Die anliefernden Bauern stehen dieser Marktmacht vereinzelt gegenüber und büßen an Mitspracherecht bei der Preisfindung ein.
— Die kleineren kommunalen Schlachthöfe müssen aufgeben, weil sie mit Großschlachthöfen nicht konkurrieren können.
— Ohne kommunale Schlachthöfe können die Metzger nicht mehr selber schlachten und müssen bei Westfleisch und anderen Großunternehmen gekühlte Schweinehälften beziehen. Sie benötigen aber zur Herstellung ihrer Wurstspezialitäten die Warmverarbeitung nach dem Schlachten. Da diese durch die Versandschweine unmöglich gemacht wird, produzieren die Metzger eine Einheitswurst wie die Handelsketten auch und müssen zudem einen höheren Preis als diese verlangen, weil sie nicht so gut durchrationalisiert sind.
— Die großen Versandschlachthöfe werden dort gebaut, wo zahlreiche industrielle Mäster anzutreffen sind. Aus Gebieten mit einer kleinbäuerlichen Struktur zieht sich die Westfleisch entgegen dem genossenschaftlichen Auftrag zurück.

6. Unterschiedliche Preise für gleiche Schweine

In einer Situation, in der 60 % der Einnahmen in der Landwirtschaft aus der Schlachtvieherzeugung kommen, ist es ein Skandal, daß industrielle Großmäster durch Sondervereinbarungen höhere Preise als die anderen Bauern bekommen. Und das geschieht folgendermaßen: Da der Schlachthof in Hamm-Uentrop nun einmal so groß geworden ist (11.000 Schweine werden in der Woche geschlachtet), hat er Auslastungsprobleme und ist dringend auf der Suche nach zusätzlichen Schweinen. Gefragt sind hierbei nicht einige Wenige von ein paar kleinen Bauern. — Nein, große Mengen gleichbleibender Qualität (?) sind gefragt. Und die bekommt man eben von den Großmästern aus Holland oder Westfalen. Dabei haben diese schon genügend Trümpfe in der Hand: einen durchrationalisierten Betrieb, hohe Lagerkapazitäten, um Futter günstig zu kaufen, usw...

Der agrarpolitische Arbeitskreis der Landjugend Unna/Soest stellt dazu treffend fest: „Entscheidend ist, daß ein genossenschaftliches Unternehmen, das mit Bauerngeld aufgebaut wurde, heute Schweine aus Bereichen teuer einkauft, die die bäuerliche Schweinehaltung in der BRD ruinieren." (5) Die besseren Preise für die Großmäster können nur deshalb bezahlt werden, weil Westfleisch bei den mittleren und kleineren Betrieben die Schweine schlechter bezahlt. Die schlechtesten Preise gehen aufgrund der Marktmacht von Westfleisch in die Wochennotierungen (= durchschnittliche Preise) ein und drücken die Erlöse der Schweineerzeuger.

7. Schweinerei im Schlachthof

Wenn der Westfleisch-Fahrer mit seinem LKW die Schweine beim Bauern abholt, ist der Preis zu diesem Zeitpunkt ungewiß. Erst nach dem Schlachten werden die Schweine in verschiedene Handelsklassen eingestuft. Diese Klassifizierung ist dann die Grundlage für den Preis, der später mitgeteilt wird.

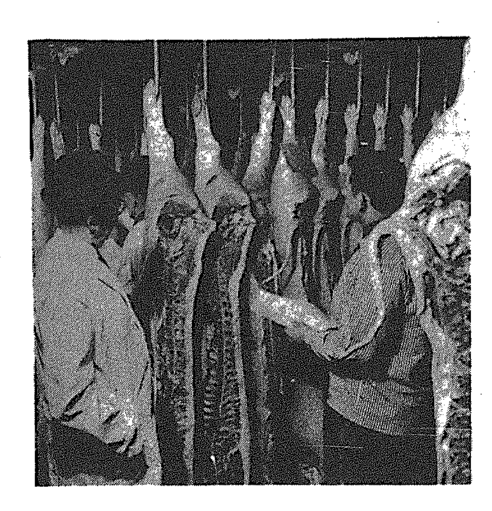
An dem Ablauf zeigt sich erneut recht deutlich, wie sehr der Bauer an Einflußmöglichkeiten auf die Vermarktung seiner Produkte verloren hat: Er verkauft und erfährt erst später, was er dafür bekommt.

Die Einteilung in die Handelsklasse muß bei den riesigen Mengen schnell durchgeführt werden und ist zu einem Teil der subjektiven Bewertung des Klassifizierers unterworfen. Er ist Angesteller des Unternehmens und es ist klar, daß er in Zweifelsfällen das Fleisch eine Klasse tiefer einstuft und den Bauern so das Geld wegnimmt. 1979 wurden bei den Kontrollen des zuständigen Landesamtes 31 % und 1981 noch 13 % der Klassifizierungsergebnisse beanstandet, wobei die Dunkelziffer nicht berücksichtigt ist. Durch Manipulationen gehen nach Berechnungen der Landwirtschaftskammer den Bauern 30 Mill. DM verloren. Die 8 Kontrolleure für ganz NRW nützen da auch nicht viel: 2 Wochen wird dann in einem Schlachthof kontrolliert, in den anderen 50 Wochen kann manipuliert werden.

8. Vertrauen ist gut, Kontrolle besser

Um diesem Mangel abzuhelfen, haben sich einige Bauern in besonderen Kursen als Kontroll-Klassifizierer ausbilden lassen. Doch Westfleisch läßt ihre eigenen Mitglieder nicht als Kontrolleure in ihre Schlachthöfe. Begründung: Eine Genossenschaft kann und braucht nicht manipulieren und deswegen seien bäuerliche Kontrollen überflüssig.

Die private Firma Barfuß erklärte sich dafür 1980 bereit, bäuerliche Kontrollen zuzulassen. Es wurde zwischen der Viehverwertungsgenossenschaft Lippborg und Barfuß ein Vertrag geschlossen. Danach hat jeder liefernde Bauer das Recht, den Schlachthof zu betreten und kann die Verwiegung und Klassifizierung seiner Schlachttiere verfolgen. Obwohl eine umfaasende Kontrolle immer noch nicht gegeben ist, werden die Betrügereien dadurch schwieriger.



9. Westflesich drückt sich vor der Diskussion

Im Herbst letzten Jahres hat sich der agrarpolitische Arbeitskreis Unna-Soest der Westf. Lipp. Landjugend bemüht, alle Beteiligten für eine Podiumsdiskussion an einen

Westfleisch-Umsätze

Die Westfleisch Vieh- und Fleischzentrale Westfalen e. G. hat 1981 ihren Gesamtumsatz auf über 1,3 Mrd. DM gesteigert. Das waren wertmäßig 16 Prozent und mengenmäßig 4 Prozent mehr als im Vorjahr.
Zu den Hauptumsatzträgern gehörten die über 2,5 Millionen Schlachtschweine (+ 4,4 %) und 147 000 Schlachtrinder (+ 12 %). Im Nutzviehbereich wurden 923 000 Ferkel (+ 1,7 %) und fast 50 000 Kälber (+ 21 %) umgesetzt.
An den gewerblichen Schlachtungen bei Schweinen hat die Westfleisch in Westfalen-Lippe einen Anteil von 31,7 Prozent, auf Bundesebene von 7,3 Prozent. Bei Großvieh liegt der Marktanteil auf Landesebene um 19 Prozent und auf Bundesebene um 2,3 Prozent.

Landwirtschaftliches Wochenblatt vom 25. 3. 1982

Tisch zu bekommen: Westflesich, Barfuß, Westf, Lipp. Landwirtschaftsverband (WLV), Landwirtschaftskammer und Landjugend. Die Verhandlungen mit Westfleisch und dem WLV um die Teilnahme zogen sich in die Länge. Schließlich sagten beide Gruppen mit der Begründung ab, eine neutrale Diskussionsleitung sei nicht gewährleistet. Diese an den Haaren herbeigezogene Begründung läßt vermuten, daß die Verantwortlichen Angst vor den bohrenden Fragen der Bauern haben. Da die Landjugend die Entwicklung nicht tatenlos abwarten wollte, führte sie am 26. April eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Wem nützen die großen Schlachthöfe?" durch. Teilnehmer waren Romberg (Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Unna und CDU-Ratsherr im Rat der Stadt Hamm), Barfuß (Versandschlachter), Leifert (Landjugend). Zu dieser Veranstaltung kamen 150 Bauern und es zeigte sich, daß auch ohne Unterstützung von Westfleisch und vom Bauernverband Arbeit und Argumente der Landjugend anerkannt wurden. Podiumsdiskutant Romberg lobte die faire Diskussionsleitung des Landjugendlichen Wedell. Die Bauernversammlung forderte mit großer Mehrheit Westfleisch auf, sich das nächste Mal im Herbst der öffentlichen Diskussion zu stellen.

10. Selbstvermarktung – eine Alternative?

Eine Möglichkeit, sich von den Großschlachthöfen unabhängig zu machen, bietet die Selbstvermarktung von Fleisch. Da viele Haushalte Kühltruhen besitzen, könnte sich Erzeuger–Verbraucher-Gemeinschaften bilden, die mit den ortsansässigen Metzgern zusammenarbeiten. Ein Vorteil dieser Vermarktungsweise ist, daß die Bauern einen gerechten Preis bekommen und deswegen in der Lage sein werden, gesundes Fleisch zu liefern. Die Verbreitung der Selbstvermarktung hängt jedoch in einem starken Maß von der Kooperationsbereitschaft der Erzeuger und Verbraucher ab. – Beide sind gefordert!

Anmerkungen:

1) Wöhlken, Einführung in die landwirtschaftliche Marktlehre
2) Landwirtschaftliches Wochenblatt, 11. 2. 82
3) Bauernblatt Nr. 25
4) Agrarbericht 81
5) Bauernblatt Nr. 25

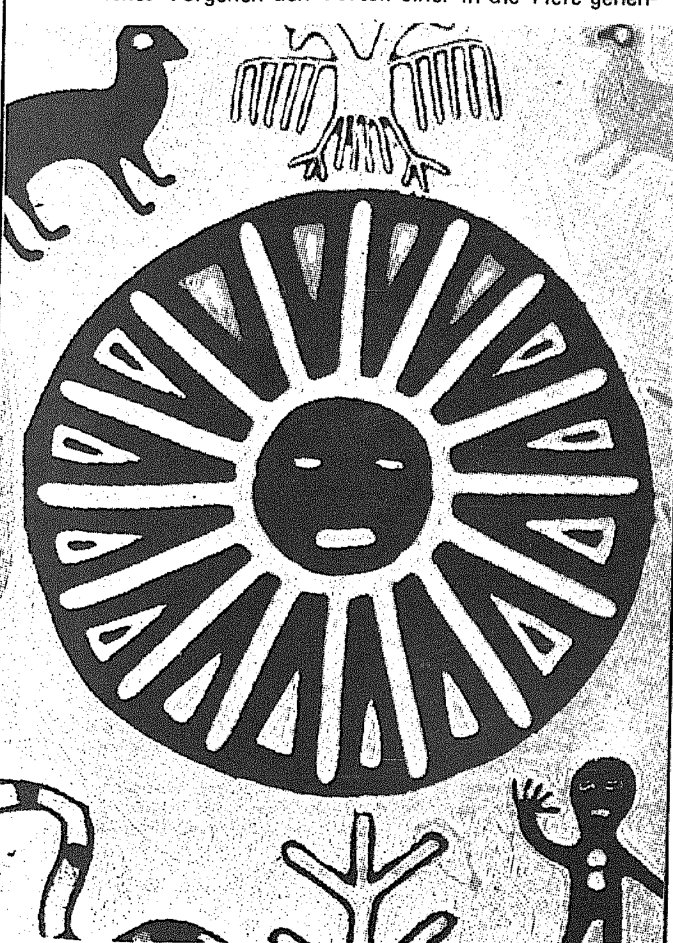


ALEMANTSCHEN 2

— Horst Blume—

Die Redaktion befindet sich auf der Suche nach einer Lebensweise, in der sich ein umsichtiger Umgang mit der Erde und die Verhältnisse zwischen den Menschen entsprechen. Sie stellt Überlegungen an, welche Kultur- und Organisationsformen eine Lebensweise ohne Geld und Staat möglich machen.

In den häuslich-dörflichen Agrargesellschaften, wie sie während der Jungsteinzeit existiert haben oder bei einigen heutigen Urbevölkerungen noch bestehen, sehen sie einen Faden, an den es sich anzuknüpfen lohnt. In mehreren Beiträgen werden verschiedene Aspekte des Übergangs von der Jäger- und Sammlergesellschaft zur Agrargesellschaft beleuchtet. Die Rolle der Frau in Verbindung mit der Fruchtbarkeit der Erde und die Frage nach der Entstehung der Macht stehen hier im Vordergrund. Insgesamt erhält der Leser einen vorzüglichen Einblick in die Entwicklung und Bedeutung des Ackerbaus. Allerdings liegen die Beiträge an manchen Stellen deutlich Abseits von den tagespolitischen Diskussionen. Einerseits bringt ein solches Vorgehen den Vorteil einer in die Tiefe gehenden Analyse. Andererseits verstärkt es aber auch die Gefahr, daß sogar um ländliche Alternativen bemühte ihre heutigen Probleme in einigen Artikeln nur schwer wiederfinden. Neue Denkansätze bedürfen, wenn sie nicht zur Wirkungslosigkeit verurteilt sein wollen, der ständigen Auseinandersetzung mit real agierenden Bewegungen. In diesem Falle mit der sich langsam formierenden agrarpolitischen Opposition zum Bauernverband und den alternativen Landbauvereinigungen.



Der Beitrag über das bedrohte Erbe der Kultpflanzen durch die Saatgut-Multis spannt einen Bogen zu dem 2. zentralen Thema: Es definiert und bewertet die verschiedenen Theorien (Modernisierungstheorien, Dependencia-Theorie), mit denen die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft der 3. Welt und ihre Abhängigkeit von den Metropolen erklärt wird. Die eigenen Vorstellungen laufen auf eine für notwendig gehaltene Abkehr vom Geiste der Ökonomie in einer Nahrungs-Selbstversorgergesellschaft hinaus, ohne jedoch eine bis ins letzte ausgefeilte Strategie zur Erreichung dieses Zieles anbieten zu wollen.

Bei den „Schwierigkeiten bei der Alpenüberquerung" wird der autonome Fabrikkampf der italienischen Arbeiter als allumfassender Widerstand gegen die Durchökonomisierung der Arbeit verstanden und dem „Traumkitsch der Gorz'schen Dualwirtschaft" eine Abfuhr erteilt. — Eine geschmackvolle Aufmachung und zwei schöne Gedichte helfen mit, den schwergewichtigen Inhalt halbwegs ohne Kopfschmerzen zu verdauen.

Alemantschen Nr. 2, 142 Seiten, 9 DM. Bezug: Meinhard Rohner, Breuelgasse 22, 6457 Maintal 2.



diskussion: soziale verteidigung

von Matthias Schwark

Es ist zweifelsohne verdienstvoll, wenn auch im „schwarzen faden" darüber diskutiert wird, welche Konzepte gegen Rüstungswahnsinn existieren und wie man sie verwirklichen kann. In diesem Sinne hat Volker Schössler einige Bemerkungen zur Sozialen Verteidigung aufgeschrieben, die von der Grundthese ausgehen, daß niemand sich Gedanken gemacht habe, was eigentlich verteidigt werden soll und ob sich dafür der persönliche Einsatz lohne.

Dabei mißversteht Volker aber die Vorstellungen über Soziale Verteidigung (SV) in dreierlei Weise:

1.) Das Konzept der SV wurde gerade deswegen diskutiert, **weil** mensch sich die Frage stellte, was verteidigt werden solle. In Anbetracht der gerade von den Staatsapparaten in Ost und West verursachten horrenden Steigerung der Militärausgaben, der durchgehenden Militarisierung der hochgerüsteten Nationen und der Köpfe ihrer Bewohner und der Tatsache, daß heute jeder vom Zaun gebrochene atomare Krieg **alles** zerstören würde, fragen sich Leute, die diese Konzeption durchdachten, ob mensch sich nicht theoretisch waffenlos verteidigen könnte.

Im Laufe der folgenden Jahre kam dann die Forschung zu dem Ergebnis, daß erst, wenn sich eine Gesellschaft sozial stark gewandelt habe, ihr die SV nach außen möglich sei. **Das** (nach außen verteidigen) ist für uns sicher fraglich.

Mit dieser Erkenntnis einher ging aber auch die andere, daß SV im inneren wirksam werden kann, und zwar als Verteidigungsform einer sozialen Bewegung, um ihre **Lebensweise** abzusichern und zu schützen. Was anderes tut Volker, wenn er gegen den Staat als Prinzip, die „zubetonierte Heimat", angeht. Ob er es alleine oder mit einer Bewegung oder sonstwie versucht, eine libertär-sozialistische Gesellschaft aufzubauen, immer steht er vor der Botwendigkeit, seine Bestrebungen voranzubringen, abzusichern, für sie auch zu kämpfen.

2.) Hierzu bietet die Konzeption der SV Möglichkeiten; mensch muß sie nur kennen. Sie ist z.B. auch eine **Methode**, strukturelle Gewalt zu überwinden und Widerstand gegen gewaltsame Interventionen in basisdemokratische Prozesse leisten zu können.

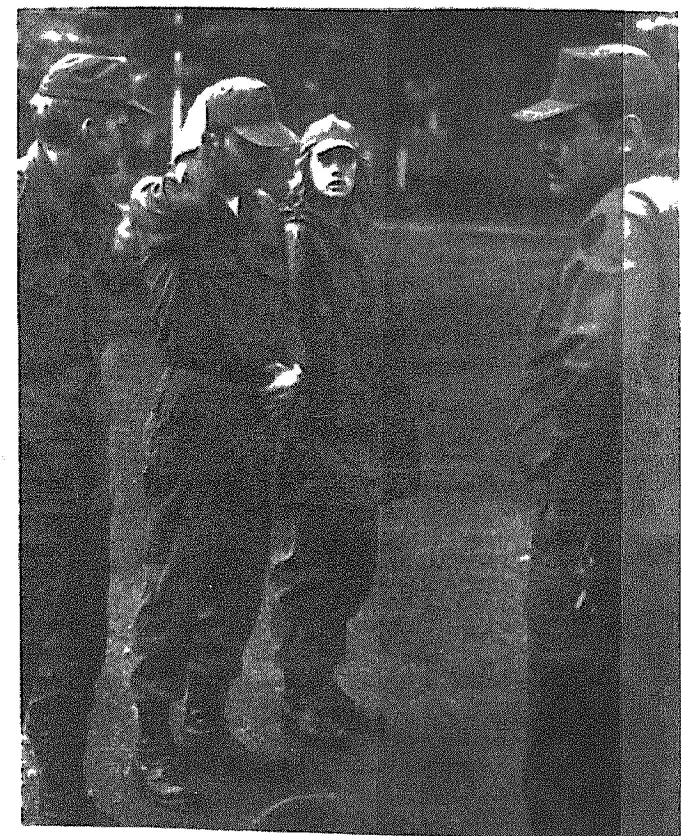
Ihre ersten Vertreter waren Leute, die sich Anarchisten nannten oder als solche verstanden werden können. Zwar wurde damals in Indien, den USA und der niederländischen antimilitaristisch-sozialistischen Bewegung das Konzept nicht als SV bezeichnet, aber wesentliche Gedanken stammen aus diesen Kreisen.

Die Hauptfrage ist, ob Gruppen und Individuen genügend **Macht von unten** entfalten können, um sich gegen die Herrschenden durchzusetzen. Hierzu dienen dutzende von taktischen und strategischen Möglichkeiten. Die Vorstellung der SV geht davon aus, daß sie von Basisgruppennetzen durchgeführt wird, in der autonom handelnde Individuen bewußt und gemeinsam in einer Bezugsgruppe Widerstand leisten – sei es gegen AKW's, gegen Militarismus, gegen Startbahnen usw.

Die **Hauptschwierigkeit** liegt darin begründet, daß die SV auf **gewaltfreiem** Kampf beruht. Hier gibt es viele Diskussionen und Meinungen. Tatsache ist aber, daß das Konzept nur dann funktionieren kann, wenn die Gewaltfreiheit handlungsleitendes Prinzip bleibt (darüber wird gestritten und ein paar Worte von Volker zu dieser Schwierigkeit hätten mehr geholfen, als eine Mißinterpretation der SV).

3. Das Grunddilemma bei Volker ist, daß ihm einerseits eine ideale Gesellschaft vorschwebt, für die er eintreten will und die in diametralem Gegensatz zur heutigen Gesellschaft steht (wie Volker in einigen Beispielen richtig herausstellt). Andererseits schreibt er nicht, was er denn für eine Vorstellung hat, wie diese ideale Gesellschaft hier und heute vorbereitet werden kann. Er verfällt deshalb in zwei Widersprüche:

– Volker sagt, mensch müsse bei der SV auch Leben und Gesundheit auf's Spiel setzen. Das ist sicher richtig. Aber will er es denn nicht tun bei der Verwirklichung der libertären Gesellschaft? Das muß er doch wohl; die Errichtung einer solchen Gesellschaft wird Opfer fordern,



richtung einer solchen Gesellschaft wird Opfer fordern,
machen wir uns doch nichts vor!

– er wirft dann der SV vor, sie wolle diese (üble) Gesellschaft verteidigen. Damit übernimmt Volker die herrschende Sprachregelung von „Verteidigung". Dann ist es leicht, dieses Konzept mit einigen Zitaten von Anarchisten abzulehnen (es gibt genügend gegenteilige Zitate). Einer Idee aber, die sich nicht so versteht, wie es die Herrschenden gerne vorschreiben würden, wird mensch so nicht gerecht!

Wir sind uns sicher einig, daß etwas gegen Rüstungswahnsinn und Militarismus getan werden muß, auch wenn die Meinung um sich griff, der militärische Staats-Bürokratie-Wirtschafts-Komplex sei so enorm aufgebläht und unüberwindlich. Resignation jedenfalls sollte nicht die Konsequenz sein. Die SV **kann**, wenn sie mit Kenntnis diskutiert wird, einen Weg aus dem Dilemma zwischen der bloßen Appelation an diesen Riesenkomplex und revolutionärem Schneckenhaus weisen.

ZUM KONZEPT DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

In diesem Beitrag soll nicht versucht werden, das Konzept der sozialen Verteidigung umfassend zu erläutern. Es gibt hierzu eine Menge Schriften und Aufsätze, die das geleistet haben. Hier soll es vielmehr darum gehen, einige Fragen und Probleme aufzuzeigen, die sich für Anarchisten ergeben, wenn das Konzept näher betrachtet wird.

A.) Die **Grundthese**, von der ich in diesem Artikel ausgehe, ist, daß sich die gegebene politisch-historische Situation grundlegend von allen vorangegangenen unterscheidet – und dies auch für Anarchisten und ihre Vorstellungen gilt und gelten muß. Es hat sich eine gesellschaftliche und staatliche Umwelt herausgebildet, deren Merkmale objektiv andere sind und andere politische Handlungsmuster verlangen, als sie z.B. noch von Anarchisten vor dem 2. Weltkrieg für richtig erachtet wurden. Der gesellschaftliche Rahmen, der Denken und Handeln bestimmt, hat sich entscheidend gewandelt.

Dies gilt nicht nur für die durchgreifende Militarisierung der staatlichen Strukturen in aller Welt sowie des Bewußtseins der meisten ihrer Bewohner; Tendenzen, die sich u.a. im absurden System atomarer Abschreckung zeigen, dessen Bedrohung für alle Bewohner der Erde konkret und unentrinnbar ist. Es gilt auch für die ökologische Situation der Biosphäre, die flächendeckend und ganz direkt global bedroht ist. Ebenso läßt sich für die Möglichkeiten und Mittel der Staatssysteme eine bislang nie erreichte Zentralisierung und Monopolisierung der Gewaltinstrumente feststellen; erinnert sei nur an die Entwicklung der Mikroelektronik, die umfassende Datenerfassungssysteme ermöglicht und entsprechende Zugriffe auf die Menschen begünstigt. Wenn als Maxime gelten kann, daß die autonome, freie Lebensgestaltung aller Menschen für alle ihre Lebensbereiche anzustreben ist, dann stehen wir heute demgegenüber praktisch vor einer beispiellosen Verfeinerung des Destruktionspotentials für alle Bereiche der menschlichen Gesellschaft. Diese Entwicklung der Destruktivkräfte, von vielen Marxisten in der Hoffnung auf die Entfaltung der Produktivkräfte übersehen, ging einher mit einer tendentiellen Durchdringung aller Lebensbereiche durch den Militarismus, für meine Begriffe ein Gestaltungsprinzip der Gesellschaft, das am meisten anarchistischen Vorstellungen widerspricht.

B.) Diesem Tatbestand können sich Anarchisten nicht entziehen; sie können ihm auch gar nicht entfliehen. Es gibt zwar die Position einiger Anarchisten, daß alle die von mir aufgezählten Umstände „vom Staat" – als Prinzip – verursacht sind, daher per Definition schlecht und sowieso nicht kümmernswert sind. Dieser Position mag früher auch eine gewisse Bedeutung und Berechtigung zugekommen sein, weil es 'Nischen' im gesellschaftlichen Leben gab, in die mensch sich zurückziehen konnte. Sei es, daß mensch auswanderte, Kommunen oder andere selbstverwaltete Einheiten zu schaffen suchte, oder gar libertäre Revolten in Gang setzen konnten wie in der Ukraine oder in Spanien.

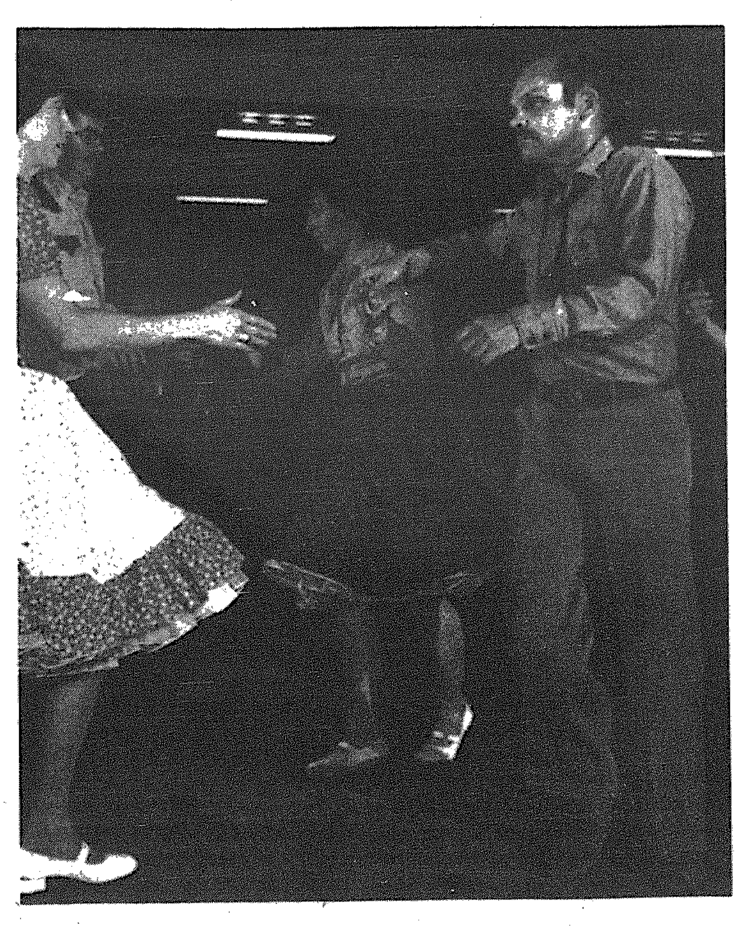
Heute jedoch sind diese Versuche insofern überholt, als sie keine Gewähr dafür bieten, daß ihr – natürlich früher auch schon vorhandener – zweischneidiger Charakter ungewollt dem herrschenden System hilft, mit seinen Problemen besser zurecht zu kommen. Die Zentralisierung der Gewaltpotentiale bei den Staatsapparaten und ihre beispiellose Perfektionierung lassen es meines Erachtens letzlich aussichtslos erscheinen: Ausweichen ist heute nicht mehr möglich. Vielmehr kommt es darauf an, die Strukturen und Denkapparate, die das herrschende Destruktionssystem bestimmen, direkt anzugehen und zu bekämpfen.

Das heißt nicht, daß Bestrebungen alternativer Kultur sinnlos sind. Sie haben aber bei der gegebenen historisch-politischen Situation nur dann einen Sinn, wenn sie mit einer Strategie zur Absicherung des alternativen oder neuartigen Charakters verbunden sind. Denn insbesondere, wenn solche Bestrebungen Kernbereiche der Herrschaft antasten, geraten sie leicht in Gefahr, vereinnahmt oder zerstört zu werden: Selbstverwaltete Betriebe sind schnell in der Situation, bei Strafe des Untergangs oder der unerträglichen Selbstausbeutung, sich Spielregeln kapitalistischer Marktwirtschaft unterwerfen zu müssen. Kriegsdienst- und Totalverweigerer werden bei ihren Versuchen individuell-antimilitaristischer Alternative oft Opfer einer repressiven Justiz und später der Arbeitswelt (als Vorbestrafte). Versuche autonomer Entscheidungsfindung werden meist sogleich, wie zuletzt im Falle der Startbahn West, durch die Staatsgewalt unter Verweis auf demokratische Mehrheiten verhindert.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß ein Ausstieg aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen heute weder allein durch alternative Verfahrensweisen, noch durch individuelle Verweigerung denkbar erscheint. Solche Feststellungen gelten auch für Anarchisten. Einige meinen, aufgrund ihrer generellen Ablehnung jeglicher Interaktion mit Gruppierungen, die nicht ihre Ansichten teilen, schon ihren libertären Prinzipien Genüge zu tun. Gerade durch die Verweigerung aber ermöglichen sie dem bekämpften Staat, seine Instrumente noch effektiver zu gebrauchen. Notwendig ist aber eine **konstruktive** Handlungsperspektive, ohne die heute ein Widerstand gegen den alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringenden Militarismus sinnlos erscheint.

Die angeführten Probleme drängen wieder zwei grundlegende Fragen in den Vordergrund, die unter Anarchisten schon häufig zentrale Punkte der Debatte waren. Die erste Frage ist, wie ein organisatorischer Zusammenhalt gefunden werden kann (vgl. den Beitrag von A. CELSO in sf Nr. 7), der ein direktes Vorgehen gegen die von mir beschriebene bedrohliche Entwicklung ermöglicht. Die zweite Frage ist, wie der nötige sofortige gemeinsame Kampf mittels kleiner Schritte so geführt werden kann, daß kein Anarchist befürchten muß, entweder angepaßt oder integriert zu werden, oder einem irrationalen Haß gegen scheinbar nicht veränderbare Strukturen zu verfallen.

Die vielen Überlegungen zur Strategie einer Sozialen Verteidigung bieten hier, so meine ich, durchdenkenswerte Per-



spektiven für politisches Handeln. Anarchisten dürfen nicht glauben, nur auf ihrer Seite oder aufgrund ihrer Grundhaltung entstünden gute Ideen; sie müssen vielmehr auch jene anderer Gruppen und Leute unter ihren libertären Prämissen überprüfen. Gerade in der geschilderten qualitativ neuartigen Situation ist es doppelt nötig; Anarchisten haben noch nicht oft ihre Stärke bewiesen und häufig waren sie zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Anarchisten haben heute aber auch eine Verantwortung für die zukünftige Gestalt der Erde und des menschlichen Lebens, der sie sich nicht entziehen dürfen.

C.) Welche Überlegungen zu einer Sozialen Verteidigung sind nun in diesem Zusammenhang interessant? Ich möchte auf drei Aspekte eingehen:

- den internationalistisch-antimilitaristischen Charakter;
- die Verankerung in und durch autonome Individuen und Basisgruppen;
- Gewaltfreiheit und Opferbereitschaft.

1.) Zunächst hatten sich eher bürgerliche Leute mit der Frage beschäftigt, ob es eine Alternative zum völkermordenden Massenkrieg und der drohenden atomaren Vernichtung gebe. Sie diskutierten die Möglichkeit einer anderen Verteidigung und kamen zu dem Ergebnis, daß eine waffenlose, zivile Verteidigung generell einer bewaffneten Verteidigung überlegen sein kann. Sie dachten dabei an Massenungehorsam, Nichtzusammenarbeit, Sabotage von Verwaltung und Ressourcennutzung usw. Die Überlegenheit waffenloser Verteidigung gilt aber nur dann, wenn ein Volk im wesentlichen hinter diesem Konzept stünde, d.h. also Vertrauen in die Regierung und staatliche Institutionen hätte. In unfreien Klassengesellschaften mit tiefen sozialen Gegensätzen und Repressionen gegen die Bevölkerung ist aber diese Bedingung für eine soziale Verteidigung nach außen hin nicht erfüllbar. Der Wille zum waffenlosen, entbehrungs- und möglicherweise auch opferreichen Widerstand ist kaum von ausgebeuteten und unterdrückten Menschen mit der nötigen Kraft zu erwarten – **wofür** sollten diese Menschen denn auch Opfer bringen?! (Und ich glaube, **dieser** Aspekt brachte Volker Schlössler (vgl. sf Nr. 7) zur generellen Ablehnung der SV!).



Solche Faktoren wurden nicht berücksichtigt, weshalb die Ideen erstmal in der Versenkung verschwanden. Dennoch gibt es eine Fülle von Beispielen, wo waffenlose Widerstandshandlungen in repressiven Sozialsystemen gegen äußere Aggressoren durchgeführt wurden, z.B. gegen faschistische Okkupanten in Holland, Dänemark und Norwegen. Das bekannteste Beispiel in jüngster Geschichte ist die CSSR, in der die Menschen 1968 offenbar bereit waren, den erfolgten sozialen Wandel hin zu mehr Selbstbestimmung, Autonomie und Freiheit auch zu verteidigen.

Mit den Erkenntnissen aus diesen u.v.a. historischen Fällen (z.B. Ruhrkampf 1923, Kapp-Putsch 1920, Algerien 1962, Indien 1930–39 etc.) verbanden sich im Laufe der letzten 20 Jahre Betrachtungen über Konzepte sozusagen 'intergesellschaftlichen' Kampfes. Mensch fand, daß es bereits vor dem 2. Weltkrieg in den Niederlanden tief diskutierte Vorstellungen gewaltfreier, radikaler gesellschaftlicher Änderung gab, die von Anarchisten , Pazifisten und Linkssozialisten vertreten wurden. Auch die Ideen zivilen Ungehorsams, die in Indien von GANDHI verbreitet wurden, in den USA von THOREAU inspiriert, fanden breitere Beachtung.

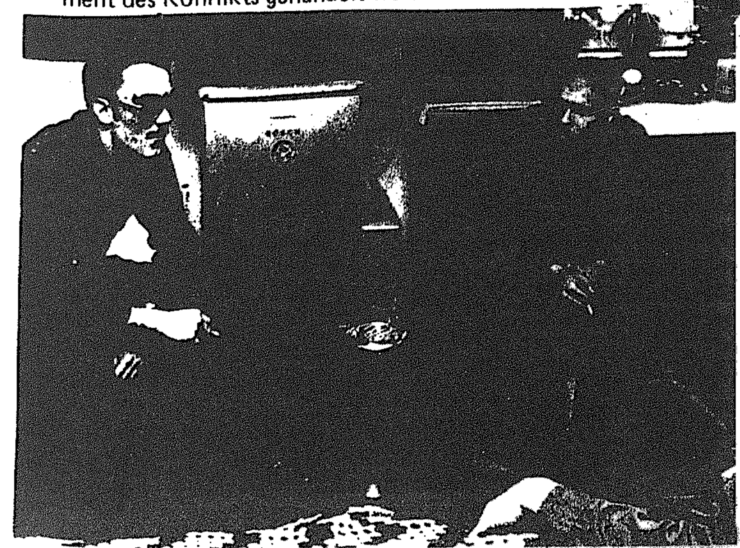
Schließlich hatte sich aus den Überlegungen zu einer waffenfreien Verteidigung, den historischen Beispielen und den neuen Kenntnissen von Vorläufern gewaltfreier Konfliktaustragung ein Konzept der Sozialen Verteidigung herauskristallisiert. Diesem Konzept wurde grundsätzlich immer von Gegnern erstmal vorgeworfen, ineffektiv, pazifistisch, wehrlos und versöhnlerisch zu sein. Es wurde einfach nicht wahrgenommen, daß die Strategie vor allem auch so verstanden wurde, daß sie innerhalb der Gesellschaften und Staaten von unterdrückten Menschen und ausgebeuteten Minderheiten genutzt werden kann, um ihre Lebenszusammenhänge zu verteidigen. Die Soziale Verteidigung wird also mittlerweile überhaupt nicht mehr an die Existenz von Staatssystemen (herkömmlicher Begriff von 'Verteidigung') und Gesellschaften (Herkömmlicher Begriff revolutionärer Kriege und Bürgerkriege) gekoppelt, sondern beschreibt eine Konfliktstrategie für Menschen und Gruppen gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung.

Der Charakter der SV ist daher internationalistisch. Sie hat als Konfliktstrategie für Beherrschte allgemeine Gültigkeit und ist nicht auf bestimmte Situationen und geografische Regionen beschränkt. Repression ist eine internationale Erscheinung in vielen Facetten; dementsprechend kennt die SV horizontale Steigerung ihrer Kampfkraft (Verbreiterung) und vertikal Verschärfungen der Kampfmittel. Da hier nicht alle Mittel und Methoden genannt werden können, ein kleines Beispiel: In der CSSR war es 1968 für die Okkupanten nicht möglich, für sie wichtige Leute zu verhaften, obwohl ihre Repressionsmittel alle nur denkbaren Grade erreichten: Das einfache Mittel, daß alle Wohnungen mit den Namen DUBCEK oder SVOBODA gekennzeichnet waren, verunmöglichte die Verhaftung. D.h. daß mit billigsten Methoden einer total überlegenen Macht Grenzen gesetzt wurden. (Zwar waren letztlich die Tschechoslowaken nicht erfolgreich, doch kann man ihre Niederlage nicht der damals überhaupt nicht vorbereiteten waffenlosen Verteidigung anlasten).

Die SV ist vom Wesen her antimilitaristisch, was von manchem sog. Autonomen oder Anarchisten wahrlich nicht behauptet werden kann. Zumindest verstehe ich unter 'militaristisch' auch eine Gesinnung, die einen in einem repressiven Sozialsystem aufgewachsenen Gegner zum Feind erklärt und ihn zur Vernichtung freigibt. Gewaltfreie Aktionen zwecks sozialer Verteidigung können und sollen auch gerade dies verhindern.

2.) Der Strategie der sozialen Verteidigung liegt der Gedanke zugrunde, daß Auseinandersetzungen und Konflikte mittels gewaltfreier Aktionen durch autonome Basisgruppen ausgetragen werden. Im Gegensatz etwa zu militaristischen Strategien von Guerrilleros, oder auch der RAF z.B. — die physische Vernichtung einplanen müssen, hierarchisch gegliederte, lernpathologische Kampfformationen erfordern (Geheimhaltung, Spitzelangst, Selbstjustiz), und nach aller Erfahrung insbesondere in Großstädten selbstmörderisch sind — verläßt sich die gewaltfreie Aktion auf freiwillige Teilnehmer, statt auf Mitläufer oder Dienstverpflichtete. So sollen auch Verselbständigungsprozesse in Aufstandsgremien verhindert werden, die Revolutionen schon häufig selbstzerstörerische Konflikte beschert haben, wie sich jüngst übrigens einmal mehr in Nicaragua ankündigt. M.a.W.: Gewaltfreie Aktionen können schon heute von Interessierten frei erprobt werden, währen alle anderen Konzepte radikaler Gesellschaftsveränderung autoritäre Elemente (Gewalt, Hierarchie, Wissensvorsprung von Fachleuten) notwendig enthalten.

Gewaltfreie Aktion ist mithin eine trägergebundene Methode, die sehr wohl auch der pragmatischen Bewertung zugänglich ist und griffige Mittel der Auseinandersetzung in die Hände gibt. Denn sie hat nicht nur einen Handlungsaspekt — als Konfliktmethode — sondern auch einen Lernaspekt. Er ergibt sich daraus, daß in einer Bezugsgruppe die Auseinandersetzungen mit den Herrschenden und ihren Bütteln in ihren Formen und Methoden geübt werden, und nicht sofort die verhängnisvolle Alternative 'Steine schmeissen — oder abhauen' auftaucht. Es ist eben wesentlich auch eine Frage des Selbstvertrauens und der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten, genau zu wissen, wie in jedem Moment des Konflikts gehandelt werden kann.



3.) Spätestens hier werden viele Leute sagen, daß die ganze SV ja sehr schön sei; da sie sich aber auf Gewaltfreiheit stütze, könne sie gar nicht erfolgreich sein. Die Diskussion um diesen Zentralaspekt von Konfliktaustragungen geht auch immer von neuem los. Es gibt hier unter sog. Gewaltfreien durchaus unterschiedliche Auffassungen. Einige behaupten, Gewaltfreiheit bedeute, daß weder körperliche Gewalt noch Gewalt gegen Sachen sein dürfe, um die Redlichkeit der eigenen Absicht vor allem auch Unbeteiligten zu vermitteln. Andere meinen, Gewaltfreiheit sei der Ausdruck dafür, daß keinem Gegner (Polizist, Soldat, Manager o.ä.) die körperliche Unversehrtheit bedroht sein dürfe. Denn es werde dessen soziale Rolle als Unterdrücker, als in Uniform gezwungener Büttel bekämpft und nicht er als Mensch. Dabei seien aber Sabotageakte, Zerstörung von Kriegsmaterial, Aktenverbrennungen etc. durchaus richtig und nötig. Von den meisten Leuten, die sich bewußt für Gewaltfreiheit entscheiden, wird Gewaltfreiheit als vernünftigere und wirkungsvollere Handlungsmöglichkeit betrachtet. Dafür gibt es mehrere Gründe; ich versuche sie an einigen Beispielen abschließend zu erläutern.

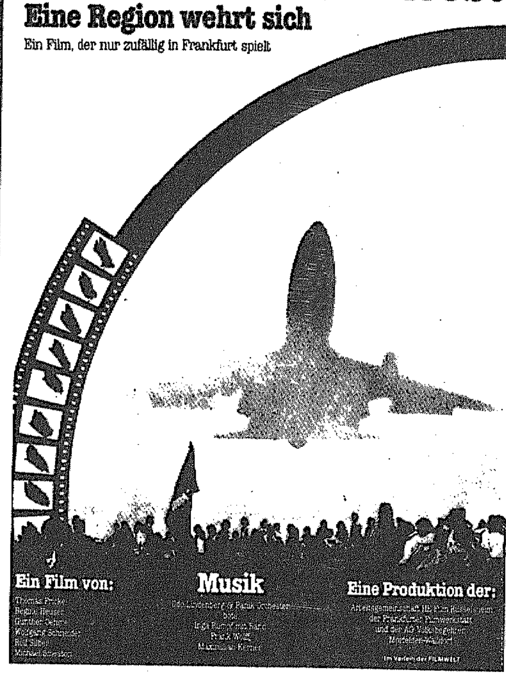
Einmal wird der Gegner als Rollenträger gesehen, dessen Auslöschung unmenschlich ist (genauso wie z.B. die Todesstrafe), aber auch, je gewalttätiger und bedrohlicher die Kämpfe sind, umso eher und massiver ihre Machtmittel gegen Aufständische einsetzen werden. Sinnvoller ist des dagegen, den Gegner zu demoralisieren und ihn auf seine Seite zu ziehen. Die Barrikadenkämpfe vergangener Jahrhunderte hatten im wesentlichen solch psychologische Funktion. Je militanter aber die Kämpfe werden, desto schneller und heftiger ist mensch von ausländischen Waffenlieferungen, Unterstützung ausländischer Mächte, mit einem Wort vom Militarismus abhängig.

Außerdem bringt der gewaltfreie Kampf den wesentlichen Vorteil gegenüber militärischen Auseinandersetzungen, daß die Erweiterung der Basis des Aufstandes einfacher und schneller vonstatten geht. Die Entscheidung von Unbeteiligten für die Aufständischen ist wesentlich schwerer, wenn sie plötzlich Waffen tragen sollen, in geheimnisvolle Kampfstrukturen eingebunden werden, undurchsichtige Befehle erhalten, von ihren Heimatorten entfernt werden und überhaupt nicht mitentscheiden können.

Zudem ist der gewaltfreie Kampf die effizienteste Kampfform in hochindustrialisierten Gesellschaften. Leute, die heute z.B. dafür eintreten, daß an der Startbahn-West Guerrilla-Widerstand o.ä. betrieben wird, haben wirklich keine Ahnung, was sie da vorschlagen. Selbst wenn es gelingen könnte, einige Tausend Entschlossene zu finden, sie zu bewaffnen und zu Aktionen zu überreden, wie sollte dieses Häuflein gegen die geballte Macht von BGS und Bundeswehr etwas bewirken[2]. Und wie schnell wäre das Vertrauen der jetzt gewaltfrei Widerstand leistenden in ihre Aktionen verschwunden, weil die Polizei schießen würde!

Wie sollten diese militanten Kämpfer versorgt werden, was sollten sie tun, wenn die Startbahn nicht gebaut wird? Gegen Bonn ziehen? Das ist so lächerlich wie absurd.

So sehr auch die Konzeption einer Sozialen Verteidigung von Basisbewegungen mit Schwierigkeiten und Risiken behaftet ist, die ich nicht leugne und die ernsthafte Barrieren darstellen, und die hier sicher nur unzulänglich dargestellt werden konnten, so sehr denke ich auch, daß sie angesichts atomarer und ökologischer Gefahren die einzige sinnvolle Handlungsperspektive für Leute darstellt, die politisch handeln wollen und bereit sind, notwendige Risiken in Kauf zu nehmen. Sie ist allerdings keine Rezeptur für Leute, die nur kritisieren wollen, aber selbst zu nicht mehr als isolierter Kraftmeierei fähig sind, und dabei sogar oft noch den Bütteln des Staates in die Hände spielen.



1. Kapitel
Da stimmt irgendetwas nicht. - Eine Betonwüste frißt sich ins letzte grosse zusammenhängende Waldgebiet des Ballungszentrums Rhein-Main: 4 Kilometer lang, 600 Meter breit. Die Startbahn West. Baumaschinen walzen alte Baumbestände nieder, fassungslos stehen die Menschen, die der Verwüstung ihrer Heimat zusehen müssen.

2. Kapitel
Da muß doch was zu machen sein. Die aufgestaute Unzufriedenheit verschafft sich Luft. Der Meinung in einer Demokratie zu leben, gehen die Leute auf die Straße, die unter anderen Umständen keine Macht der Welt zu Demonstranten hätte machen können: der Opel-Arbeiter, der Rentner, die Hausfrau. Da verwischen sich selbst festgefügte Parteigrenzen.

3. Kapitel
So kanns einfach nicht weitergehen. Der Bürgerprotest verhallt ungehört. Unbeeindruckt von allen Argumenten ziehen Flughafen AG und Landesregierung ihre Planungen durch. Die Bürger erkennen, daß sie auf die politische Schiene geleimt werden sollen und sind mißtrauisch geworden - schüchtern zunächst verlassen sie die eingefahrenen Gleise dessen, was die Polizei erlaubt.

4. Kapitel
Jetzt langts uns aber.
Im Herbst 1981 zeigt er den Bürgern seine Zähne. Sie sind hart wie Schlagstöcke, scharf wie NATO-Stacheldraht. Aus mehreren Bundesländern zusammengezogen, bekämpft eine hochgerüstete Polizeiarmee im Sold der Landesregierung die eigene Bevölkerung. Über Gottesdienstbesuchern kreisen Hubschrauber, Gasgranaten und Knüppel schlagen unheilbare Wunden ins demokratische Bewußtsein vieler tausend Bürger.

5. Kapitel
Ab sofort bestimmen wir selbst.
Phantasievolle Aktionen der Unterstützergruppen im ganzen Land erreichen eine vorher nie dagewesene politische Mobilisierung; den ganzen Sommer über bis in den Herbst hinein läuft die Kampagne, deren Erfolg selbst kühne Erwartungen übertrifft: rund 130 000 Unterschriften wären für die erste Phase des Volksbegehrens nötig gewesen; 220 000 können am 14. November bei der größten ökologischen Massendemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik dem Landeswahlleiter in Wiesbaden übergeben werden.

6. Kapitel
Euch blüht noch etwas — denn wir wachsen.
Die Regierung ignoriert das Friedensangebot der Bürgerbewegung, indem sie das Volksbegehren verwirft. Vor 220 000 hessischen Bürgern leistet die Politik einen Offenbarungseid. Das Volksbegehren wird abgeschmettert, die Anti-Startbahnbewegung wird kriminalisiert.
Gewaltlosigkeit ist nicht gefragt. Und schon gar keine Demokratie, die von unten kommt.



WALLA-WALLA GEFÄNGNIS CARL HARP

„Anarchist richtet sich selbst" schrieb die Nazipresse über den Tod Erich Mühsams, den sie erhängt, bzw. nach seinem Tod aufgehängt hatte. „Selbstmord" riefen die amerikanischen Behörden, als am 5. 9. 81 der Tod durch Erhängen von Carl Harp bekannt wurde. Am selben Tag hatte Carl Harp noch Briefe ausgeschickt, in denen er Freunden gegenüber erklärte, daß er sich von faschistischen Wachmannschaften bedroht fühle, die drei Leute auf der Abschußliste hätten. Einer der drei, der schwarze Militante Benny Washington, soll inzwischen bei einem Handgemenge getötet worden sein.

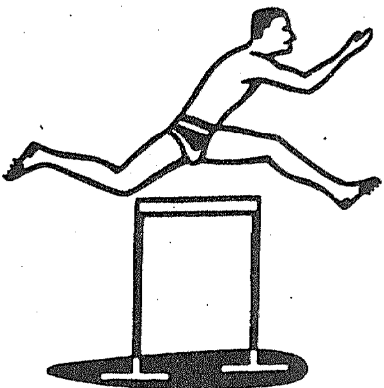
Londoner Anarchisten wollen jetzt Carl Harp's Gefängnistagebuch „Love and Rage" zusammen mit dem 'Hapotoc Pamphlet' „I wanna be free" sowie einer Übersicht zu seiner Ermordung herausgeben. Dafür sammelt die Gruppe Geld und bittet um Spenden an:

Carl Harp Printing Appeal
c/o 121 Books Collective
121 Railton Road; London SE 24

WATERLOO MARCH CND Demo, 6. 6. 82

In der Nummer 6 des SF veröffentlichten wir eine Diskussion englischer Anarchisten zum Verhalten auf Friedensdemos.

Nachdem letztes Jahr die Kundgebung von ca. 200 dadurch gestört worden war, daß sie sich direkt vor die Rednerbühne aufbauten und durch Sprechchöre und schwarze Fahnen den offiziellen Ablauf



störten, zog am 6. 6. sofort Polizei auf und drängte ca. 300 Leute vom Rest der Demo ab. Diese 300 hielten über Mega's in einiger Entfernung eigene Redebeiträge ab, bis sich eine Polizeieinheit gegen sie in Marsch setzte. Daraufhin beschlossen sie, um die 150 000 CND-Friedensmarschierer herumzuziehen und einzelne Gruppen aufzusammeln. Mit insgesamt ca. 500 Anarchisten und Punks zog man in die Oxford Street; ohne Warnung griff die Polizei diese Demo an, als sie sich in Richtung US-Botschaft begeben wollte. Die Polizei begann zu verhaften, um einzelne Verhaftete entwickelten sich Kämpfe. So konnten zwei Leute aus einem Polizeiwagen wieder herausgeholt werden. Insgesamt gab es 48 Verhaftungen; langhaarige Pazifisten und kurzhaarige Punks wurden auch noch in den U-Bahnen aufgrund ihres Aussehens abgegriffen.

Kontakt:
Oxford Street 48 Defense Campaign
Box 48
c/o 84 b Whitechapel High Street
London E 1

SCHWARZ-ROTER KAIN-KALENDER 1982

Ralf G. Landmesser gibt im Guhl-Verlag Berlin einen Nachfolgekalender zum SCHWARZEN KALENDER 81 raus. Der Zusatz 'Kain' lehnt sich an Erich Mühsam an, der seinerzeit sowohl eine Zeitschrift, wie auch Kalender unter diesem Namen veröffentlichte. Wer mitarbeiten will, schicke Beiträge, Sprüche, Bilder, Photos etc. an:

Ralf Landmesser
Mühlenstraße 162
4090 Mönchengladbach



Fortsetzung der Organisations-diskussion



Im Folgenden drucken wir Beiträge zur Organisationsdiskussion, die in Nr. 7 begonnen wurde und die überraschend zahlreiche Resonanz fand, ab.

Was bereits auffällt: die meiste Resonanz kommt von einzelnen; d.h. sowohl, daß ein Bedürfnis nach vermehrten Kontakten vorhanden ist, aber auch, daß es wenig Gruppen gibt, die bereits zuverlässig und kontinuierlich mit eigenen Zielsetzungen arbeiten. Ausnahmen wie in Karlsruhe, Frankfurt, Wien, Hamburg, Emden, Tübingen sind da noch zu wenig. Bestehende Organisationsansätze wie IFAU, GWR, FAU-HH haben sich bisher an der Diskussion noch nicht beteiligt. (?) Was der SCHWARZE FADEN als Diskussionsforum und Kontaktvermittler leisten kann, wissen wir noch nicht: sicher ist natürlich, daß er nur zur Vernetzung von Gruppen und Individuen beitragen kann, die sich vor Ort auch selbstständige Perspektiven ausarbeiten und sich öffentlich einbringen; sei es als politische Gruppe, als libertäre Kulturgruppe, selbstverwaltete Werkstatt oder was auch immer... Mit der Vorstellung der „Werkstatt Liberacion" wollen wir den Anfang machen und bieten anderen interessierten Gruppen (n i c h t Verlagen, Zeitschriften etc. die bereits ihr Forum haben) an, ihre Arbeit vorzustellen bzw. sich als regionalen Kontakt anzubieten.

DIE ANARCHIST ASSOCIATION OF THE AMERICAS: A. A. A.

Die „Anarchist Association of the Americas" ist ein Gruppenzusammenhang von Kollektiven, Kommunen und Bezugsgruppen, die eine radikale Veränderung bestehender Gesellschaftszustände anstreben. Wir stellen sie im Rahmen unserer Organisationsdiskussion vor, weil es sich um eine bewußt regionale Gruppierung handelt, die ganz ähnliche Schwierigkeiten sieht, sich weiter auszudehnen, wie sie auch für die BRD-Situation zutreffen. Das folgende ist also eine Selbstdarstellung, die wir wiederum als **Diskussionsbeitrag** verstehen, – dies nur für diejenigen, die uns (privat) bei Alexander's Artikel gleich auf feste Positionen wie „grüner Wahlaufruf" oder „Anarchomumie hochhalten" etc. festlegen wollten.

* * *

„Seit in Waschington D. C. AAA-Gruppen begonnen haben, Gruppen und Individuen der ganzen Region aktiv zu vernetzen, gab es einen ermutigenden Aufschwung. Viele sind zusammengekommen und haben sich gegenseitig geholfen, – beim Aufbau gemeinsamer Strukturen, bei Veröffentlichungen und bei Aktivistengruppen. ... Nun tauchen viele Fragen auf, warum wir diese Form der Organisation gewählt haben.

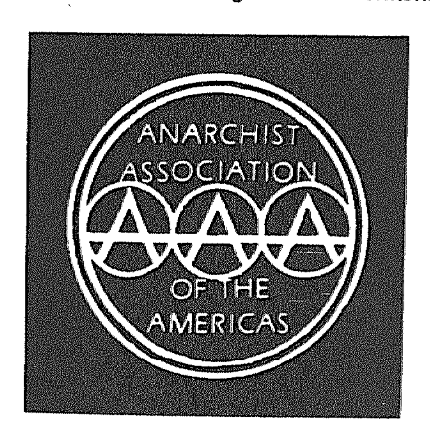
Traditionell haben sich Anarchisten in Föderationen organisiert, gewöhnlich am Arbeitsplatz wie z.B. die CNT in Spanien. Diese Organisationen, die von Bezugsgruppen auf lokaler Ebene kontrolliert wurden, waren in der Vergangenheit erfolgreich, hatten einen gemeinsamen Schwerpunkt und entsprechende Ziele. In bestimmten Gebieten und Zeiten, wie etwa im Spanischen Bürgerkrieg, waren diese Gruppen tatsächlich in der Lage, die Produktion in die Hand zu nehmen und zu koordinieren. Also, warum versuchen wir trotzdem nicht etwas Ähnliches?

Es gibt zwei Hauptgründe, warum es praktisch ausgeschlossen ist, momentan eine nordamerikanische **Föderation** zu gründen. Erstens: als die CNT der Welt die Arbeiterkontrolle vorführte, hatte sie Millionen von Leuten als Mitglieder in einem Gebiet, das unserer Region an Größe nahekommt. Anstelle also von einigen wenigen aktiven Gruppen, die über den ganzen Kontinent verstreut sind, gab es Kollektive, die quasi alles machten, von der Landwirtschaft bis zum Telefondienst. Heute gibt es schätzungsweise 35 Gruppen in unserer Mittel-Atlantischen Region und die wenigsten, wenn überhaupt, kontrollieren ihre eigenen Produk-

tionsmittel. Zweitens und noch entscheidender: der Schwerpunkt der gesamten CNT war die syndikalistische Kontrolle der Produktion. Es gab keine Kommunisten, Syndikalisten, Punks, Pazifisten, Kommunarden, Kollektivisten, Neue Welle, Surrealisten, Christen, Individualisten, Kropotkinianer, Yippies, Bakunisten, ...-Anarchisten; wovon jeder in ein anderes Projekt seine Arbeit und Energien steckt; es gab nur die Syndikalisten mit ihrem gemeinsamen Ziel. Deshalb waren sie fähig, gemeinsam zu handeln und die Organisation von den Bezugsgruppen leiten zu lassen.

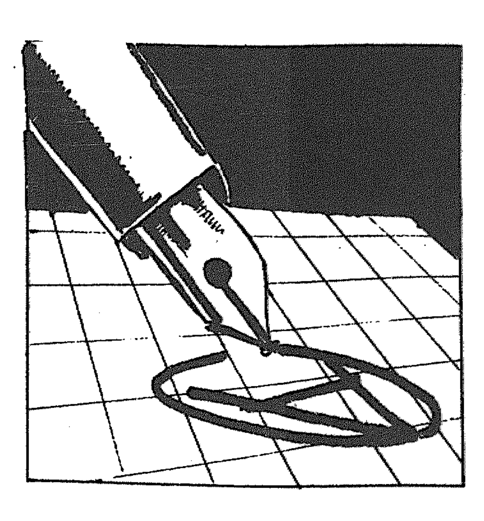
Wenn aber der Zustand der anarchistischen Bewegung nicht mit 1935 zu vergleichen ist, warum **vernetzen** sich dann nicht alle existierenden Gruppen und bleiben auf diese Weise in Kontakt? Ganz einfach, weil eine Liste mit Gruppen auf dem Papier nichts anderes ist als Papier. Die Liste hilft dir, die lokalen Veröffentlichungen zu bekommen, um, falls du die Post bezahlen kannst, dir das Wissenswerte schicken zu lassen. Oder du kannst die Adressen alle anschreiben, wenn du dringend Geld brauchst, um eine Arbeit abzuschließen. Aber letzten Endes bleibt eine Liste eine Liste. Ohne vorherigen Kontakt und Ubereinkunft zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung kann niemand von Leuten, die er nicht kennt, erwarten, daß sie kommen um ihm ein Solardach auf die Kollektivfarm zu bauen, um die Zeitung zu verteilen oder um bei einer direkten Aktion für mehr anarchistische Präsenz zu sorgen.

Eine ganze Reihe von Versuchen für eine nordamerikanische Föderation hat es in den letzten 15 Jahren gegeben. Die ehrgeizigsten davon haben sich gespalten und sind zu faktischer Nicht-Existenz herabgesunken. In manchen Fällen lag der Grund in einem zu eng gesteckten Rahmen, in anderen Fällen gab es überhaupt keine praktischen Ansätze. Die gegenwärtigen Aufgaben der fortschrittlichen Linken sind überaus komplex, und diejenigen für eine anarchistische Bewegung benötigen eine diffizile Planung, Strategie und Taktikdiskussion, um Erfolg haben zu können.



Nimmt man also zur Kenntnis, daß die anarchistische Bewegung in Nordamerika zu klein ist und zu verschiedenartig, um eine Föderation zu bilden, die irgendeinen Sinn hat; und wenn Vernetzungen sich als uneffektiv herausgestellt haben, dann stellt sich die Frage, wie wir unsere lokalen Gruppen organisieren? Unsere Vorstellung ist ein Mittelweg: Die Organisation soll allen Gruppen offenstehen und eine „mutual aid community" (Gemeinschaft für gegenseitige Hilfe) aufbauen, wo jede Gruppe die Hilfe einer anderen oder Informationen über die momentanen Möglichkeiten und Bedürfnisse anderer Gruppen oder Einzelner innerhalb des Gruppenzusammenhangs bekommen kann. Die Verschiedenheit der Gruppen ist dann nicht länger ein Hindernis sondern die Basis. Zum Beispiel wäre es für eine Gruppe möglicherweise nicht sinnvoll, ein lokales Blatt herauszugeben; so schreiben sie, illustrieren und vertreiben EMANCIPATION (Zeitschrift der AAA, Anm. sf-redaktion); auf der anderen Seite wird EMANCIPATION dadurch vielfältiger und erweitert sein Gesichtsfeld und seinen Leserkreis. Dasselbe gilt für die Individuen. Auf einer persönlichen Ebene kann eine Gruppe, die ein städtisches Zentrum eröffnet oder eine Landkommune Hilfe für die Planung und Ausführung von autarken Systemen bekommen, entweder von den Architekten oder von der „Eastern Panhandle Anarchist Group 1" (? don't ask me... d. Übersetzer!). Auf der anderen Seite wird der gesamte Gruppenzusammenhang sich in Richtung Autarkie entwickeln, wenn genügend Land- und Coop-Kollektive funktionieren. Auf diese Weise arbeiten wir an einer anarchistischen Organisation, die Gemeinschaft unter allen Mitgliedern voraussetzt und mitaufbaut, ob sie nun am Arbeitsplatz stehen oder im Geschäftsviertel Pogo abziehen..."

Scott M. Rodell
(Ubersetzung: Wolfgang Haug)



LIBERACION - WERKSTATT
—Entwicklung — Frieden—

LIBERACION — zu Deutsch Befreiung heißt seit dem 2. Mai 1982 ein Laden in Lehrte, einer Kleinstadt mit ca. 38.000 Einwohnern.

Befreiung in der Provinz?

Der „Laden" ist ein Projekt von fünf Lehrter Gruppen sowie einigen Einzelnen. Die Gruppen sind: Antikriegshaus Sievershausen, AG Soziale Verteidigung, KDV-Gruppe Lehrte, ADELAH und dem Ökumenischen Arbeitskreis Eine Welt. Ziel des Projektes ist es, in der kleinbürgerlichen Stadt Lehrte über die sogenannte Dritte Welt und die Ruhe des Nicht-Krieges aufzuklären und eine Bewegung von unten zu begründen. Zitate aus der Vereinssatzung:

- Bewußtsein schaffen für ungerechte Strukturen und Schwierigkeiten in der Welt
- Befreiungsbewegungen unterstützen, die für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker eintreten
- Solidarität unter den Menschen aller Nationen, Rassen, Religionen und Weltanschauungen zu ermöglichen
- kleine Schritte zur Veränderung in unseren Lebensbereichen aufzeigen und einen gewaltfreien aktiven Lebensstil vorleben
- die Notwendigkeit der Veränderung unseres Lebensstiles im Großen wie im Kleinen bewußt machen.

Sicherlich sehr schöne Worte — wie sieht so etwas praktisch aus? In dem „Laden" werden Waren, die direkt Projekte in sogenannten 3.-Welt-Ländern unterstützen, Plakate, Postkarten u.a. Material aus der Friedensbewegung sowie Bücher und Zeitungen die diesen Bereichen zuzuordnen sind, angeboten. Weiter besteht die Möglichkeit, in Gesprächen und durch Anschlagtafeln Kontakte, Infos, Ideen etc. zu vermitteln.

Darüberhinaus sind an fast jedem Abend die o.a. Gruppen und andere AG's anzutreffen. Jeden 4. Sonntag im Monat gibt es einen politischen Frühschoppen, wo Filme, Tonbildserien und Diskussionen angeboten werden. Langfristig ist an regelmäßige Kurse, Seminare, Abendveranstaltungen u.ä. gedacht.

Dieses Projekt ist meiner Meinung nach auch für unsere anarchistische Bewegung von Interesse: Alle Entscheidungen werden in der monatlichen Mitgliederversammlung (alle aktiv mitarbeitenden Menschen gehören dazu, ob sie Beitrag bezahlen oder nicht) durch Konsensbeschlüsse getroffen. Dazu gehört auch die Frage, ob beispielsweise das Buch Y oder die Plakette X im Laden verkauft werden sollen. Überschüsse (bisher noch Fiktion) werden für das Projekt verwendet. Geöffnet ist der Laden die ganze Woche zu den üblichen Geschäftszeiten. was durch Schüler, Studenten etc. (nachmittags) und einige Hausfrauen ermöglicht wird. Speziell für die Hausfrauen gibt es eine AG, die diesen erklärt, warum und wieso Projekt X in Nicaragua unterstützenswert ist usw. Dadurch, und durch die Tatsache, daß die Liberacion von den Lehrter Bürgern (insbesondere den Jugendlichen) recht gut angenommen wird (z.B. bei den Spenden für die Einrichtung oder beim Verkauf), zeigt sich, daß es die vielbeschworene Basis wirklich gibt. Den tatsächlichen Stellenwert der Liberacion kann mensch sicher erst nach 1–2 Jahren feststellen – die guten Ansätze sind jedenfalls da.

Die Anarchie ist für meine Seite derzeit sicher nicht durch eine „große Revolution" zu erreichen, sondern durch beharrliche Arbeit und den Versuch, anarchistische Positionen und Denkweisen in solche Initiativen wie die Liberacion einzubringen. Zumindest in Lehrte ist dazu ein Anfang gemacht, der auch die Chance hat, sich nicht zu einer reinen „Szenensache" zu entwickeln.

Wer noch mehr über die Liberacion wissen will oder uns besuchen will oder gar unterstützen will, kann sich an meine Adresse wenden: Jürgen Rockahr, Berliner Str. 11, 3160 Lehrte-Sievershausen. Spenden sind mehr als willkommen, da die Finanzierung derzeit noch das größte Problem darstellt: Volksbank Lehrte (BLZ 251 915 10), Kto.-Nr. 159 190

Glück und Freiheit!



Jürgen Rockahr

GRÜNER ANARCHISMUS? ?

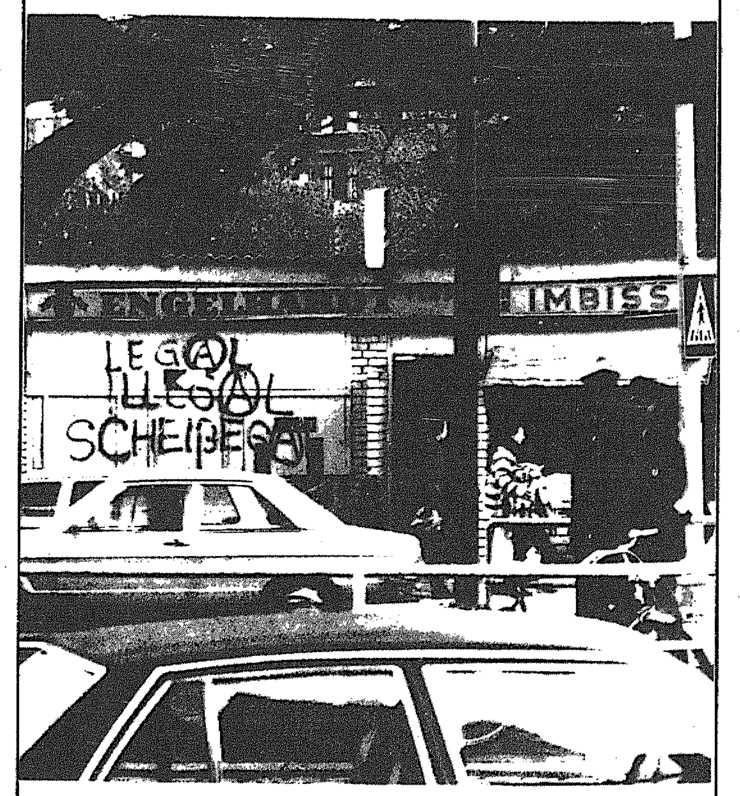
von Volker Schössler

Im Schwarzen Faden Nr. 7 begann eine Diskussion über das Für und Wider einer Organisierung der vereinzelten Anarchisten. Dazu könnte man zuerst einmal die klassischen Theoretiker des Anarchismus bemühen. Während Michail Bakunin 1866 die „Prinzipien und Organisation einer internationalen revolutionaer-sozialistischen Geheimgesellschaft" aufstellte und somit schon indirekt für eine internationale Föderation aller Anarchisten plädierte, fand der bekannteste deutsche Anarchist Erich Mühsam nur harte Worte für eine Organisierung. In seinem Buch „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat" schreibt er im Juni 1932 zum Thema Klassenkampf und Organisation: „Die Führung des Klassenkampfes unter anarchistischen Gesichtspunkten bedarf aber nur der Anwendung der anarchistischen Gesinnung, um ihm die Aussicht auf die Befreiung des Proletariats zu sichern. Zur organisatorischen Zusammenfassung besteht für kommunistische Anarchisten weder eine Verpflichtung, noch ist die Idee des Anarchismus mit der Schaffung einer Organisation verträglich." Aber an anderer Stelle schreibt er wiederum: „... so ist der Wille des einzelnen allein ausschlaggebend für die Art seiner Mitwirkung, auch dafür, ob und wie weit er sich in Verbände eingliedern mag, deren Taktik in mancher Hinsicht von freiheitlichen Gesichtspunkten aus angreifbar ist." Und das führt mich nun zum eigentlichen Thema dieses Aufsatzes.

Im ersten Beitrag zur Föderationsdiskussion im SF Nr. 7 schreibt der Autor des Beitrages, Alexander Celso,: „Wir haben die GRÜNEN und ALTERNATIVEN kritisiert, weil wir sie im Verdacht hatten, daß sie Basisbewegungen und Bürgerinitiativen wieder für das parlamentarische Prozentspiel vereinnahmen..." Das hat mich nun angeregt, in diese Diskussion einzusteigen. Denn ich bin aktiv bei den GRÜNEN, sehe mich aber gleichzeitig auch als überzeugten Anarchisten an. Ja moment mal, wird sich manche(r) Leser(in) jetzt fragen, wie läßt sich das denn mit dem Selbstverständnis als Anarchist vereinbaren, daß mensch gleichzeitig in einer Organisation tätig ist, die „Basisbewegungen und Bürgerinitiativen für das parlamentarische Prozentspiel vereinnahmt, statt das Bewußtsein zu fördern, daß alle für sich selbst handeln und kämpfen müssen"? Nun, das möchte ich gerne hier erklären, denn für mein Selbstverständnis läßt es sich sehr wohl vereinbaren, Anarchist zu sein und gleichzeitig in der grünen Bewegung mitzuarbeiten (denn als Partei sehe ich persönlich sie nicht an. Ich möchte auch gleich jeglichen Verdacht von mir weisen, daß ich etwa in irgendeiner Weise Reklame für die GRÜNEN machen will, das liegt mir nun wirklich fern.)

Ich kann mich an eine Zeit erinnern, als ich so fünfzehn, sechzehn Jahre alt war, da war es unter den jungen Leuten äußerst schick „rot" zu sein. Wer als Jugendlicher etwas auf sich hielt, prahlte damit, Kommunist zu sein, ging auf die Straße und rief: „Ho-Ho-Ho-Tschi-Minh" und selbstverständlich auch die rote Mao-Bibel in der Tasche, ohne vielleicht je richtig darin gelesen zu haben. Und wie die Zeiten sich gleichen, heute ist mensch, wenn er/sie up to date sein will, eben Anarchist oder Anarcho-Punk oder weiß der Gei-

er was sonst noch. Rot ist heutzutage out, damit lockt man keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Schwarz ist jetzt gefragt und das „A" mit dem Kreis drumrum. Aber fragt man sie: „Was weißt Du denn z.B. von Bakunin, oder um aktuell zu bleiben, von Murray Bookchin?" bekommt man nur ein verständnisloses Grinsen und ein „Häh??" zur Antwort. Da liegt nun der Verdacht nahe, daß Anarchismus für diese Leute wohl mehr ein hübsches modisches Gewand ist, das mensch eben trägt, weil es „so toll exotisch ist, eben richtig freaky", wie mir mal ein Punkmädchen in einer Unterhaltung sagte.



Vor ca. zwei, drei Jahren stand ich nun auch vor der Frage, ob ich das Anarchist sein eigentlich nur als Mode ansah oder als überzeugte Geisteshaltung. Da ich mich eindeutig für das letztere entschieden hatte, stellte sich mir die Frage, ob es denn sinnvoll sei, als sogenannter „Einzelkämpfer" meine Überzeugung weiterzuvertreten oder ob es nicht besser wäre, sich zu organisieren, nach dem Motto „Allein machen sie dich ein, aber gemeinsam sind wir unausstehlich". Zufälligerweise entstanden zur gleichen Zeit die GRÜNEN. Und da es weit und breit keinen Zusammenschluß von Anarchisten gab, der mir in etwa zugesagt hätte (die F.A.U. ist für mich aus verschiedenen Gründen derzeit unakzeptabel), habe ich mir die GRÜNEN unter kritischen Gesichtspunkten einmal betrachtet, und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß bei den GRÜNEN doch einige Kriterien erfüllt werden, die von den Anarchisten seit eh und je gefordert werden. Zum Beispiel sollte sich jede(r) Leser(in) einmal die Frage stellen, was denn die Basisdemokratie, die zu den obersten Grundforderungen der GRÜNEN gehört und von ihnen auch weitestgehend praktiziert wird, was sie denn anderes ist als einer der elementarsten Bestandteile der Anarchie? Und über die Wichtigkeit der Verbindung von Ökologie und Anarchie brauche ich hier kein Wort zu verlieren, das ist eh allen klar, und das hat Murray Bookchin schon viel besser gemacht, als ich es jemals könnte (ich empfehle hier ganz besonders seine Aufsatzsammlung „Die Formen der Freiheit", sehr lesenswert!). Und was das „parlamentarische Prozentspiel" anbelangt, so muß gesagt werden, daß die Beteiligung an Wahlen innerhalb der GRÜNEN durchaus nicht so unumstritten ist, wie gemeinhin in nichtgrünen Kreisen angenommen wird. Es gibt nach wie vor eine nicht gerade kleine Fraktion, die ganz und gar nicht von Wahlbeteiligung und Prozentespielen begeistert ist.

Dies sind nur einige der Gründe, die mich bewogen haben, als Anarchist zu den GRÜNEN zu gehen und dort aktiv zu sein, da ich sie durchaus als eine Art semi-anarchistische Bewegung ansehe, eine Tatsache, deren sich die meisten wohl gar nicht bewußt sind. Ich habe hier auch mehr politische Freunde gewonnen, die sich auch völlig bewußt als Anarchisten verstehen (sie lesen übrigens auch den SF). Ich glaube, daß ich hier mehr für die Verwirklichung der Anarchie tun kann, als wenn ich weiterhin wie früher als Einzelgänger meine Überzeugung vertreten hätte.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Modell hinweisen, das Erich Knapp (vom Bundesvorstand der GRÜNEN) vor einigen Monaten in der grünen Wochenzeitung vorgestellt hat. Es ist ein Modell über die Neuorganisierung der Gesellschaft in unserem Land (durch Bürgerinitiativen und Nationalkonvent etc.), das eige.ıtlich jedes Anarchistenherz höher schlagen lassen müßte beim Lesen, da es quasi die vollendete Anarchie darstellt. Außerdem wird hierin auch eine Möglichkeit aufgezeigt, wie mensch auf gewaltlose Weise eine libertäre Gesellschaft aufbauen könnte, also ohne Revolution, durch bewußte Ignorierung, Nichtzurkenntnisnahme, Verneinung des Staates. Wer interessiert ist, das einmal zu lesen, möge sich über die SF-Redaktion an mich wenden, ich werde ihm/ihr gerne eine Kopie dieses Aufsatzes schicken.

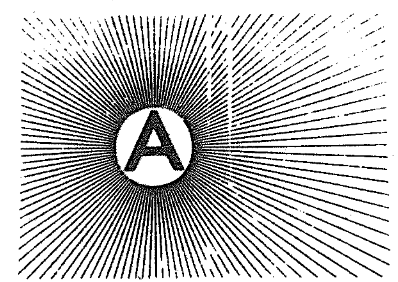
Wie schon gesagt, stimme ich in der Organisationsfrage für eine Organisierung der Anarchisten, schließlich ist es doch wohl allgemeiner Konsens unter uns allen, daß wir die Anarchie so bald wie irgend möglich haben wollen und nicht bis in alle Ewigkeit darauf warten bzw, davon träumen wollen. Das geht m.E. aber nur, wenn wir nicht nur als Einzelkämpfer für die Verwirklichung unseres Traumes kämpfen. Gemeinsam (und **nur** gemeinsam) können wir auf unserem Weg vorankommen, wenn auch nur millimeterweise, aber immer noch besser als weiterhin auf der uns so lieb gewordenen vertrauten Stelle zu treten.

Wie und wo mensch sich organisieren sollte, muß natür-

lich jede(r) für sich selbst entscheiden, da kann es einfach keine verbindliche Regel geben. Ich habe mich für mich entschieden, innerhalb der GRÜNEN tätig zu sein, denn es gibt leider z.Z. keine große effektive anarchistische Organisation wie z.B. die CNT in Spanien. Die FAU halte ich persönlich nicht für eine Alternative, jedenfalls nicht so, wie sie heute ist. Bei den GRÜNEN versuchen ich und meine Freunde nun, die anarchistische Idee zu verbreiten, soweit sie nicht schon ohnehin in den Köpfen vieler Leute, wenn auch nur unbewußt, vorhanden ist. Mit den Mitteln und der Schlagkraft, die die GRÜNEN heute nun einmal unbestreitbar schon besitzen, glaube ich mehr für die Schaffung und Verbreitung der Anarchie tun zu können, als ich es sonst schaffen würde. Und was die Beteiligung an Wahlen angeht, die ja unter Anarchisten sehr verpönt ist, so möchte ich bemerken, daß es für mich egal ist, ob ich mit diesen Mitteln die Anarchie verwirklichen helfe. Der Zweck heiligt die Mittel, heißt es im Volksmund, und mit welchen Mitteln die Anarchie erreicht wird, war schon Erich Mühsam egal. Hauptsache ist, daß sie erreicht wird. Schließlich war sogar Pierre Joseph Proudhon, der Vater der Anarchie, im Jahre 1848 Mitglied der französischen Nationalversammlung, und von Erich Mühsam ist ja hinlänglich bekannt, daß er eine führende Stelle in der Bayerischen Räte-Republik innehatte. Was ich damit sagen will ist, daß sich Anarchisten auch am parlamentarischen Spiel beteiligen können. Wie die Beispiele Proudhon und Mühsam lehren, muß man dabei gar nicht Gefahr laufen seine Überzeugung zu vergessen/verraten. Denn wenn auch beide in ihrer Teilnahme an der Politik erfolglos waren, sind sie doch auch nahher ihrer Überzeugung treu geblieben, was wohl niemand bestreiten kann.

Es werden mir jetzt natürlich die meisten Leser nicht zustimmen, mich wahrscheinlich sogar heftig kritisieren. Ich habe hier nur einen Weg von vielen beschrieben. Die Entscheidung, bei den GRÜNEN aktiv mitzuarbeiten, ist nur für meine eigene Person der richtige Weg (in welcher anderen Partei wäre es wohl sonst möglich, eine Arbeitsgruppe Anarchie aufzubauen, was übrigens selbst für die GRÜNEN ein absolutes Novum ist?), aber ansonsten muß jedermann/jedefrau für sich selbst frei entscheiden, welches der richtige weg für ihn/sie ist. Abschließend möchte ich all den potentiellen Kritikern meines Beitrags einige Worte von Max Stirner aus „Der Einzige und sein Eigentum" entgegenhalten, die ich für mich zur obersten Maxime gewählt habe:

„Doch kann ich sagen im Rechte zu sein, wenn es mir von der Gesellschaft, von allen zugebilligt wird? Und soll ich diese Anerkennung von der Gesellschaft erwarten? Kann mein Recht von der Schätzung eines Fremden abhängen, gleichviel ob es ein Dummkopf oder ein Weiser ist? (...) Auf alle diese Fragen kann ich ja nur mit der Verneinung antworten, und erkläre, daß nur ich allein beurteilen kann, ob ich Recht oder Unrecht habe, ob ich ein Recht habe oder nicht. Die anderen können nur sagen, ob sie meinem Rechte beistimmen oder nicht, und ob das, was für mich Recht ist, auch für sie als Recht besteht."



LESERBRIEF:

(...) Im Vordergrund unserer Überlegungen steht die unterschiedliche Gewichtung von Aktion und Organisation innerhalb der anarchistischen Bewegung, nicht aber die Ablehnung des einen oder des anderen. Wir haben in den vergangenen fünfzehn Jahren hier im Ruhrgebiet an einigen Versuchen teilgenommen, um eine anarchistische Organisation zu gründen, die jedesmal nach dem gleichen Schema abliefen: da treffen sich also einige Genossen mit dem festen Vorsatz, eine „Föderation" oder ein „Syndikat" zu gründen, erarbeiten eine gemeinsame Plattform, geben sich einen mehr oder weniger wohlklingenden Namen, ... und dann ... kommt nichts mehr. Bei all diesen Versuchen blieb uns schließlich nur der Eindruck, daß viele Genossen von der irrigen Annahme ausgehen, daß eine Organisation automatisch auch das Problem der Aktion löst. Aber die Erfahrungen zeigen nun mal das genaue Gegenteil, sogar dann, wenn ein Projekt, an dem gemeinsam gearbeitet werden kann, zur Verfügung steht, wie im Fall der Kölner Genossen mit der BEFREIUNG. Deshalb setzten wir also den Schwerpunkt genau auf die gegenüberliegende Seite. Zunächst müssen sich einzelne Genossen oder besser Gruppen von Genossen zu konkreten Aktionen aufraffen, die sie vielleicht nach genügenden Erfahrungen zu der Einsicht kommen lassen, sich zum Zwecke der Koordination einen gewissen organisatorischen Rahmen zu geben. Eine Organisation kann nur dann in der anarchistischen Bewegung eine aktive Rolle spielen, wenn in ihr das elementare Bedürfnis der aktiven Genossen und Gruppen zum Ausdruck kommt. Nur auf der Basis vielfältigster Initiativen und Aktivitäten hat eine Organisation eine ausreichende Existenzberechtigung. Für den Anfang sind solche Aktivitäten wie Zeitungsmachen, Broschüren-/Bücherverkauf, Plakatklebereien und Kulturveranstaltungen natürlich schon ganz gut, aber in unseren Augen durchaus nicht hinreichende Bedingungen, um sofort mit einer anarchistischen Organisation auf den Plan zu treten. Folglich stellt sich als vordringliches Problem die Frage nach den geeigneten und notwendigen Voraussetzungen zur Gründung einer anarchistischen Organisation.

Peter und Rita von TRAFIK, Mülheim



Niederhüningen, 18. Mai 1982

Liebe Fädler

In Sachen Anarchismusdiskussion herrscht Stille in den helvetischen Gewässern, soweit ich das von meinem Elfenbeinturm-Anarchist-Sein aus beurteilen kann. Kein Forum gibt es hier, das in anarchistischer Richtung theorie- oder meinungsbildend wirken könnte, von Organisation ganz zu schweigen (Abgesehen vielleicht von libertären Gruppen im Jura, doch von denen weiß ich auch nur, weil mir am diesjährigen Ostermarsch zufällig ihr Flugblatt in die Hände geflattert ist).

Andererseits gäbe es zuhauf anarchistische Tendenzen, die Städte strotzen nur so von gesprayten A's, wobei natürlich der Verdacht naheliegt, es handle sich hierbei lediglich um ein Modezeichen ohne Hintergrund und die ganze Bewegung der Unzufriedenen — kurz „Bewegig" —, die nun seit zwei Jahren mehr oder weniger aktiv ist, stehe im Zeichen der Anarchie, wurde von der Eidgenössischen Jugendkommission offiziell konstatiert und „Anarchie" hier erstaunlicherweise nicht im anrüchigen, chaotischen, destruktiven — ich bin versucht zu sagen: polnischen bzw. real-sozialistischen — Sinn gebraucht. Der Kampf um die Autonomen Begegnungszentren (AJZ) war und ist ein anarchistischer (was eigentlich schon dadurch bewiesen wurde, daß die Zentren von den Herrschenden nicht geduldet werden konnten, auch dann nicht, wenn sie leidlich gut funktionierten, wie z.B. das AJZ im Bern).

Trotzdem, scheint mir, sind „erklärte" Anarchisten rar. Die Bewegig fährt vor allem auf Aekschen ab, die nun, nach zwei Jahren, langsam ausleiert. Ein politisches Bewußtsein fehlt weitgehend. Fürchten sich die Anarchisten (sofern es im der Gegend überhaupt welche hat), grinsend über die Kommunisten, die vergeblich versuchen, sich bei der Bewegig anzubiedern, an den Vollversammlungen missionierend und moralisierend zu erscheinen und ebenso abzublitzen? Oder geben sie sich mit den anarchistischen TENDENZEN in der Bewegig — wie gesagt: ohne Theorie und Bewußtsein — schon zufrieden? Beides mag zutreffen und trifft auch auf mich selber teilweise zu. Schon mich zum Anarchisten zu „bekennen", hat einen schalen Beigeschmack und bringt die Furcht mit sich, als Sektierer, Dogmatiker und Theoretiker zu erscheinen und nichts liegt mir ferner als das zu wollen.

Und trotzdem: Ich will aus meinem Elfenbeinturm-Anarchismus ausbrechen, denn alleine stehe ich dauernd auf verlorenem Posten und gebe mich mit Halbheiten zufrieden. Eine Anarchismusdiskussion in der Schweiz tut also not.

Stille ruht hier der See. Möge Eure Föderationsdiskussionswelle nicht nur in der BRD ihre Wirkung tun, sondern auch auf unsere Gewässer überschwappen und hier etwas in Bewegung setzen.

Liebe Grüße

Hans Rudolf Hess

***

Ich glaub, daß 3,— DM wirklich das letzte der Gefühle ist, was Leute in nem Buchladen für 'ne Anarcho-Zeitung ausgeben. Bei den Abonnenten, die den SF kennen, ist vielleicht 'ne Abo-Preiserhöhung drin. Vielleicht läuft das mit den Förderabos ja noch besser an. Eine Spendenaktion, wie eine wiederkehrende Spendenliste ist ok, wo ist denn da die Schwierigkeit? Ich bin sicher, daß im nächsten SF schon die erste Liste abgedruckt werden kann...

PETER GRIGAT, Wilhelmshaven

***

Der Artikel zum Dokumentarfilm war ja ganz nett, doch was hat er für einen Benutzerwert, wenn nicht wenigstens ein paar konkrete Angaben zu lesen sind, welche dieser Filme hier in Deutschland auszuleihen sind, wo und ob sie vielleicht was taugen? Ich finde es notwendig, daß ihr das nachholt.

Zur Föderation: Ich findes es absolut notwendig, daß Anarchisten — wollen sie sich selbst ernst nehmen — sich organisieren. „Ob" ist überhaupt keine Frage, nur das „wie" unterscheidet uns von Marxisten beträchtlich. Daß es auf dem Kronstadt Kongreß nicht nur zu keiner Einigung, sondern nur zu Chaos kam, sollte diejenigen, die für Organisierung eintreten, nicht von ihrem Willen abhalten. Nur: notwendig sind ja wohl zuerst f u n k t i o n i e r e n d e lokale oder regionale Gruppen... Überhaupt: notwendig finde ich wohl vieles!

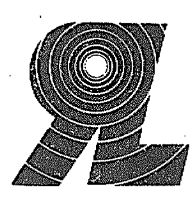
ULRICH, Offenbach

Leider müssen wir zu den Filmen v o r e r s t passen. Vielleicht weiß ein anderer Leser die Antwort?

***

(...) Ich begreife nicht, warum du immer noch — nach Berlin — so überzeugt „die Mumie des Anarchismus" vertrittst und nun gar wieder mit einer Organisation spekulierst. Organisiertheit gut, aber innerhalb der sozialen Bewegung, aber nicht über eine spezifische Position des Anarchismus. (...) Und wenn auch eine Organisation möglich wäre, würde sie derart viel Energie, innovative Kraft und Lust verschlingen, daß die Versuche der IFAU etc. nicht zufällig gescheitert sind, sondern aus einer inneren Zwangsläufigkeit. Neue Ansätze sind lose Zusammenhänge von 'Betonzeit-Anschläge-Leute'...

CHRISTOF PODAK Basel



Radio-Libertaire

(Radio de la FA émettant sur Paris et Proche région)

Tous les jours, sur 89,5 MHz

An die internationale libertäre Bewegung:

RADIO LIBERTAIRE IN GEFAHR!

Während ihres jährlichen Kongresses in Neully sur Marne zu Pfingsten 1981 wurde von den Genossen der Französischen Anarchistischen Föderation (FAF) **Radio Libertaire** ins Leben gerufen. Dieser Radiosender hat die Aufgabe, sowohl für die FAF zu werben als auch allgemein die anarchistischen Ideen zu verbreiten.

Radio Libertaire ist in der Zwischenzeit wichtiger geworden, als es sich ihre Initiatoren erträumt hatten: Rückwirkungen auf internationaler Ebene, engere Beziehungen zur CNT/Spanien (die zusammen mit der libertären Lateinamerikanischen Koordination eine sehr beliebte Wochensendung macht), Teilnahme von Mexikanischen Genossen (der Zeitung 'El Compital') durch Zusendung von Bändern, die wöchentliche Sendung in Esperanto am Freitagabend – all das hat in kurzer Zeit zu einer sehr großen Beliebtheit und einer Zuhörerzahl geführt, die auf 10.000 bis 20.000 geschätzt wird – und zwar aufgrund einer Befragung, die von den Genossen durchgeführt wurde, als "RL" nur 4 Stunden am Tag sentete. Diese Zahl kann heute leicht doppelt so hoch liegen. „RL" gehört zu den 10–15 Radiostationen (auf 107) die die größte Zuhörerschaft in der Ile de France (Paris und Umgebung) haben!

Vom 18 Mai bis 7. Juni schwieg Radio Libertaire. Die Ursache: ein schlimmer Schaden am Sender. Dazu kamen die unvermeidlichen Schwierigkeiten mit der Nachbarschaft, die wohl jedes freie Radio kennt; dies vor allem wegen des politischen Charakters des Senders. Diesen Problemen konnte man nicht wirklich und dauerhaft abhelfen. Deshalb haben sich nun die 50 freiwilligen Betreiber des Radios entschlossen, mittels kurzfristiger persönlicher Darlehen ein richtiges Studio einzurichten und mit den notwendigen Bauarbeiten begonnen.

Das ganze kostet 150.000 Franc. Die Rückzahlungen der Darlehen laufen auf 6 Monate, und die finanzielle Lage von „RL" ist zudem schlecht, weil noch 30.000 Franc aus der Anfangseinrichtung zurückzuzahlen sind.

Die finanzielle Sanierung ist aber die einzige Gewähr für die Unabhängigkeit der Station: Radio Libertaire lebt nur durch die Beiträge der Zuhörer. Das Verlust- und Gewinnkonto kann jeder überprüfen. Damit das Radio weiter funktionieren kann, bittet die FAF um Hilfe auch und gerade aus dem Ausland, um dieses hoffnungsvolle Projekt aus der kritischen Situation herauszuführen. Die Solidarität kann unterschiedlichste Formen haben:

- Kauf von T-Shirts, Postern, badges mit dem Emblem von Radio Libertaire,
- Kauf von jährlichen Hörerkarten: 70 Franc das Stück,
- Kauf von Solidaritätsgutscheinen, von 100, 500 oder 1000 Franc.

Finanzielle Unterstützung bitte direkt an:

Radio Libertaire
145, rue Amelot
F – 75011 Paris

Schecks und Überweisungen bitte an PUBLICO und **nicht** an Radio Libertaire ausfüllen!

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, DAMIT RADIO LIBERTAIRE WEITER LEBT, DAMIT WIR DIE ANARCHISTISCHEN IDEEN WEITER VERBREITEN!

(Relations Internationaux faf / adz Wetzlar)

LETZE MELDUNG:
FRANZÖSISCHE REGIERUNG HAT R – L VERBOTEN ! E VIVA "SOCIALISMO" ! ! !

Programmes de Radio-Libertaire

- Jeudi 24 juin : « La vie d'artiste » (16-18 h) : des moniteurs d'une cité d'urgence ; L'invité quotidien » (18-22 h) : le comité Schenkel.
- Vendredi 25 juin : « Je veux aller sur la rive d'en face » (22-24 h) : la revue Doc(k)s.
- Samedi 26 juin : « Croissant Show » (9-12 h) : rétrospective des galas de la F.A.
- Mardi 29 juin : « La mémoire sociale » (10-12 h) : Analyse de la révolution russe (suite).

Gala de Radio-Libertaire in Bobino 20 h

DEPUIS septembre, Radio-Libertaire (89,5 MHz) émet quotidiennement. Radio de la Fédération anarchiste, elle est la continuatrice de nombre de radios de notre organisation saisies par le gouvernement. Par la qualité et la diversité de ses émissions et de ses invités, Radio-Libertaire est rapidement devenue une des principales radios libres émettant sur Paris et proche région. Dès le premier jour, nous avons annoncé que quelles que soient les décisions gouvernementales, il n'y aurait jamais de publicité sur Radio-Libertaire. A l'instar de notre hebdomadaire, *Le Monde libertaire*, Radio-Libertaire veut pouvoir dire ce qu'elle veut, quand elle veut !

Mais une radio coûte cher. Vous avez été plusieurs centaines à vous procurer nos cartes d'auditeurs à 70 fr ... tes qui nous soutiennent et vous donnent ... ns sur plus d'une soixantaine de ... eprise par d'autres radios lit...

Aujourd'hui, no ... gala de Radio-Libertai ... une chanteur, Alain ... eux qu'il faut bie ... es- e not ... ar édia ... e » av auj aire ! ies par de R.-L ɔs Répul

---

PROCHAINS INVITÉS DE RADIO-LIBERTAIRE

- Le jeudi 13 mai : « La vie d'artiste » (16-18 h) : Li-Chuang (qui sera également l'invité de la rubrique sur les pays de l'Est.
- Vendredi 14 mai : « Le Magazine pour rire » (14 h-18 h) : Rolande Hallard (musicienne) ;
« L'invité quotidien » (18 h-22 H) : Eric, du groupe Bakounine de la F.A. Thème abordé : « autour du Tiers-Monde, l'agriculture ».
- Mardi 18 mai : « Vous avez dit Bigeard » (22 h- 24 h) : à propos de Phillip K. Dick.
- mercredi 19 mai : « L'invité quotidien » (18 h-22 h) : Jacques Lesage de la Haye à propos de la psychiatrie, l'anti-psychiatrie et la nouvelle psychiatrie.
A Partir de 22 H : retransmission de la « Tanière » : Eva-Maria Hagen chante Wolf Biermann.
Jeudi 20 mai : L'invité quotidien » (18h- 22 h) : thème, « transiale et collaboration » par G. Balkanski.



FRANKFURT

(Herz-)Schlag auf Schlag

Am 6. Juni, beim regelmäßigen Sonntagsnachmittagsspaziergang — diesmal im Rahmen der Anti-Nato-Woche — gingen nicht nur einige Mauerstreben zu Bruch.
Nachdem sich an ,,ruhiger Stelle'' eine verschobene Mauerstrebe zum Durschschlupf ,,anbot'' und der Natodraht durchgepetzt war (reicht ein kleiner Bolzenschneider), haben wir auf dem Startbahngelände ein kleines Go- (besser Run-) In veranstaltet.
Den Natodraht (zur Sicherung!!) beidseitig über die Fahrspur (der Wasserwerfer) ziehend, konnten wir einen der beliebten Flutlichtmasten mit ein paar Knüppelschlägen zum leuchten bringen — am Steckerkasten.
Er ist wunderschön ausgebrannt! Auch beistehendes Telefon lag nach unserem Besuch entzweit und vor allem anschlußlos herum. Mittels Brandsätzen wurden an einem weiteren Mast einige Kabel zumindest angeschmort...
Es gibt immer noch viel zu tun... Sie kriegen ihren Rest — die Startbahn West.

Libertäre Grüße
einige Startbahngegner

VIER BETONSTREBEN GEKNACKT: kostet 6300 Mark incl. Mehrwertsteuer. Photo: Klaus Malorny

Rasenersatz im Stadion

Im Sportstadion an der Berliner Straße, in dem am morgigen Donnerstag die 20. Polizei-, Sport- und Musikschau des Wiesbadener Polizeisportvereins Grün-Weiß stattfindet, müssen nach Angaben von Stadtrat Wolfgang Nierhaus rund 500 Quadratmeter Rasen ausgewechselt werden. Vermutlich mit einer chemischen Flüssigkeit haben unbekannte Täter eine gegen die Polizei gerichtete Parole und ein Anarchistensymbol gut sichtbar in den Rasen geätzt. Das verunreinigte Grün soll durch neu eingesäte Rasenflächen ersetzt werden, die etwa 6000 DM kosten werden. Die Polizeischau, die zum ersten Mal nicht in der Rhein-Main-Halle, sondern anläßlich des 10. Kongresses der Internationalen Polizeivereinigung IPA in diesem Stadion stattfindet, bleibt von dieser Maßnahme unberührt. Nur von Motorradfahrern der Polizei, so Nierhaus, solle der neue Rasen nicht benutzt werden.

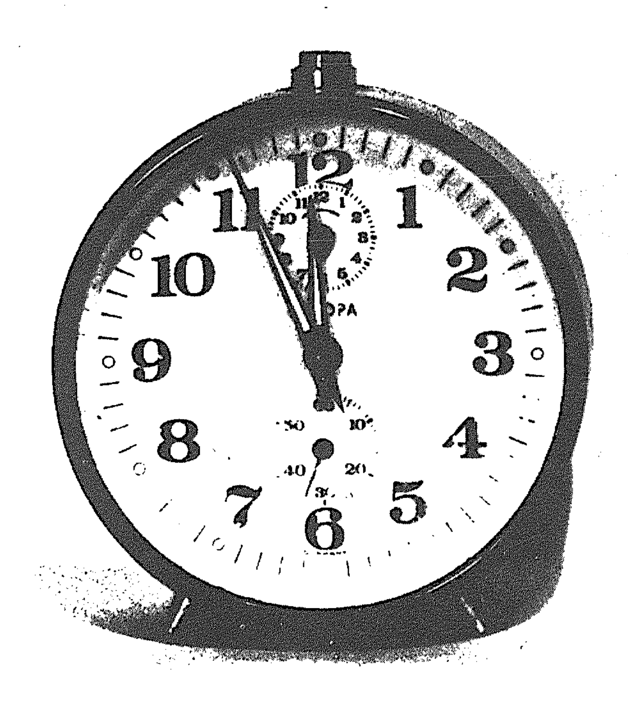
FRANKFURT

Once more!

In der Nacht auf den 16.6. ist es wiedermal einigen Startbahn-Gegnern gelungen unbekannt auf die Baustelle zu gelangen. Sie zerschnitten den Schutzzaun um die Mauer, knackten ein Beton-Element und zündeten zwei Planierraupen an, bei denen es nun nichts mehr zu retten gibt. Sachschaden: 300.000 DM.
Kein Schutz vor fun oder more fun for everyone!

Abonniert!

Der Schwarze Faden ist also trotz Einsparungen und Spenden teurer geworden und wir können nur um Euer Verständnis (insbesondere das der Wiederverkäufer!) bitten und versichern, daß wir tatsächlich die Unkosten nicht decken können, obwohl die Redaktion, das Lay out, die Weiterverarbeitung in der Druckerei und der Vertrieb unentgeldlich gemacht werden. Insgesamt standen wir vor der Entscheidung, entweder immer mehr Beiträge rauslassen zu müssen, oder eben die Preise zu erhöhen und weiterhin 40 Seiten pro Vierteljahr zur Verfügung zu haben. Unumgänglich wurde die Preiserhöhung letztlich durch die Zwickmühle zwischen Postgebühren und Satzkosten. Um die Post zu verbilligen, wollen wir den SF auf Postvertriebsstücke umstellen (deshalb hat diese Nummer auch ein verändertes Impressum



und nicht etwa aus Profilneurose). Zu den Auflagen der Post zählt allerdings der Satz und da wir (noch) keinen Composer haben, fallen im Moment eher Mehrkosten an. Trotzdem haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen, weil wir glauben, daß wir auf lange Sicht (mit steigender Auflage!) mehr Porto einsparen bzw. den Satz noch selbst machen können. Postvertriebsstücke werden ohne Verpackung verschickt, was weitere Ersparnis bringt; allerdings wollen wir denjenigen Abonnenten, die die Zeitung lieber in neutralem Umschlag geschickt haben wollen, dies auch weiterhin anbieten; eine kurze Postkarte diesbezüglich genügt!

4 Nrn. Abo: 15,– DM
8 Nrn. Abo: 30,– DM
Förderabo (4 Nrn.):20,– DM
Postscheckkonto Stuttgart
F. KAMANN
Konto-Nr.: 574 62 – 703

Redaktionsanschrift;
SCHWARZER FADEN
Obere Weibermarktstr. 3
7410 Reutlingen
Redaktionsschluß Nr. 9
(= 4/82): 1. Nov. 82

Fortlaufende Spendenliste im SF:
V.S. Dortmund: 10,–; S. W., Frankfurt: 20,–; K. N., Euskirchen: 10,–; Emdener Gruppe: 9,–; T. + H. H. - P., Niederhüningen: 10,–; R. T., Bremen: 20,–; B. W., Wolfratshausen: 10,–; H. + R.S., Hamburg: 20,–; A. K., Straubing: 10,–; L. K., Speyer: 20,–; O. R., Laufenburg: 8,– , H. T., Reutlingen: 10,– A. B., Rheinfelden: 4,– ...



B. TRAVEN – KONFERENZ ZU SEINEM 100. GEBURTSTAG

Vom 21. bis 23. Oktober findet in Pennsylvania eine Internationale Konferenz zum 100. Geburtstag von B. Traven statt. Unter den zahlreichen Beiträgen (meist literarischer Art) finden sich u.a.:
- Krieg und Kriegsgefahr im Werk
- Traven-Verfilmungen
- Max Stirners Einfluß
- Revolution in Lateinamerika in B. Travens Werk
- B. Traven – Rezeption (Aufnahme, Verbreitung etc.)

Teilnehmer ist u.a. auch Will Wyatt, dessen Buch „The man who was B. Traven" die langgesuchte Identität B. Travens klärte (vgl. SF Nr. 4). Anmelden kann man sich bei: Mary Ann Solic, The Pennsylvania State Univ., 410 Keller Conference Center, University Park, PA 16802, USA



Marlboro

WENN DIE HERRSCHENDEN
GESPROCHEN HABEN,
WERDEN DIE
BEHERRSCHTEN SPRECHEN...

Wir trauern um

Klaus Jurgen Rattay
18 Jahre

getötet am 22.9. in Berlin
nach den Häuserräumungen

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten [illegible]